



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Sozialrevolutionäre Bewegung in Nordafrika.

Eine Fallanalyse zu Tunesien und Ägypten

verfasst von / submitted by

Hacer Akyildiz, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the
degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /

UA 066824

degree programme code as it appears on

the student record sheet:

Studienrichtung lt. Studienblatt /

Masterstudium Politikwissenschaft

degree programme as it appears on

the student record sheet:

Betreut von / Supervisor:

Doz. Dr. Gernot Stimmer

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG.....	5
1.1	Hinführung zum Thema.....	5
1.2	Forschungsfragen und Hypothesen	7
1.3	Methodik.....	8
2	THEORETISCHE ANSÄTZE.....	9
2.1	Politische Systemtypologien.....	9
2.1.1	Demokratische Systeme	10
2.1.2	Autokratische Systeme	13
2.2	Systemtransformation.....	15
2.2.1	Transformationstheorie	16
2.2.2	Transformationsbegriffe.....	19
2.3	Soziale- und revolutionäre Bewegung.....	21
2.3.1	Soziale Bewegung	21
2.3.2	Revolutionäre Bewegung	24
2.3.3	Gegensätze und Gemeinsamkeiten zwischen revolutionären und soziale Bewegungen.....	26
3	HISTORISCHER RÜCKBLICK	28
3.1	Allgemeine Merkmale der arabischen Diktaturen.....	28
3.2	Tunesien.....	29
3.2.1	Charakteristika	29
3.2.2	Die Ära Zine Al-Abidine Ben Ali (1987-2011).....	31
3.3	Ägypten	32
3.3.1	Charakteristika	32
3.3.2	Die Ära Muhammed Husni Mubarak (1981-2011).....	33
4	DIE SOZIALREVOLUTIONÄRE BEWEGUNG	36

4.1	Allgemeiner Verlauf der Proteste	36
4.2	Tunesien.....	37
4.3	Ägypten	39
4.4	Hintergründe und Ursachen der Protestbewegungen	40
4.4.1	Politische Hintergründe.....	41
4.4.2	Sozio-ökonomische Hintergründe.....	46
4.5	Gemeinsamkeiten und Gegensätze der sozialrevolutionären Bewegung in Tunesien und Ägypten	50
5	ENTWICKLUNGEN SEIT DEM ARABISCHEN FRÜHLING	55
5.1	Tunesien.....	55
5.2	Ägypten	61
6	FAZIT.....	73
6.1	Abstract.....	76
6.2	Abstract.....	76
7	LITERATURVERZEICHNIS	77
7.1	Monographien und Sammelbände	77
7.2	E-Books	80
7.3	Wissenschaftliche Zeitschriften, Arbeitspapiere und Berichte.....	80
7.4	Weitere Internetquellen	83

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

FJP	Partei für Freiheit und Gerechtigkeit
UPL	Freien Patriotischen Union
MB	Die Muslimbruderschaft
NPD	National-Demokratische Partei
RM-Ansatz	Ressourcenmobilisierungsansatz
oiip	Österreichisches Institut für Internationale Politik
UGTT	Union Générale Tunisienne du Travail
USA	United States of America
LfV	Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg
LIPortal	Das Länder-Informations-Portal
VAE	Vereinigten Arabischen Emirate
INSAMER	Insani ve Sosyal Arastirmalar Merkezi (Humanitarian and Social Research Center)
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
ZWG	Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft Leibniz Information Centre for Economics

ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Merkmale von demokratischen, autoritären und totalitären Systemen	S. 10
Tabelle 2: Zentrale Parteien	S. 63
Abbildung 1: Bevölkerungsstruktur Ägyptens	S. 43
Abbildung 2: Arbeitslosigkeit in Nordafrika	S. 46
Abbildung 3: Wahlergebnisse in Ägypten 2014	S. 65

1 EINLEITUNG

1.1 Hinführung zum Thema

Hunderte von Publikationen haben sich seit 2011 mit sozialen Bewegungen und ihren Folgen im Nahen Osten und in Nordafrika in verschiedenen Namen und Begriffen beschäftigt. Begriffe wie Arabischer Frühling, Hoffnung, Protest, Aufstand, Rebellion, Bürgerkrieg sind hier unter anderem zu nennen (vgl. Clasmann 2016: 11 f.).

Die vorliegende Masterarbeit beschäftigt sich mit den Bewegungen seit 2011 und zwar unter dem Titel „Sozialrevolutionäre Bewegung in Nordafrika. Eine Fallanalyse zu Tunesien und Ägypten“. In dieser Masterarbeit soll die sozialrevolutionäre Bewegung in Nordafrika ab 2011 und ihre Folgen in Tunesien und Ägypten während bestehender autoritärer Herrschaften untersucht werden. Diese sozialrevolutionäre Bewegung begann zuerst unter dem Zine el-Abidine Ben Ali-Regime im Jahr 2011 in Tunesien, die starken politischen und sozialen Umbrüche in Tunesien hatten einen Dominoeffekt auf die anderen arabischen Länder, weshalb diese Umbrüche als der Arabische Frühling oder auch Arabellion bezeichnet werden. Die Gründe waren unter anderem die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit Korruption oder mit ihrer sozialökonomischen Situation und Forderungen nach einer Demokratisierung. Mit dieser sozialrevolutionären Bewegung brach ein neuer Zyklus in dieser Region an. In meiner Masterarbeit sollen die Auswirkungen, die seit dem Beginn von Protesten in Tunesien und Ägypten zu beobachten sind, mit der Transformationstheorie analysiert werden. Die Themenwahl begründet sich auf einem persönlichen Interesse für die Region und die dortigen politischen Entwicklungen.

Der Begriff der sozialen- und revolutionären Bewegung wird mit zahlreichen Studien besonders aus sozialwissenschaftlicher Perspektive untersucht und identifiziert. Soziale Bewegungen oder Protestbewegungen werden oft als „die treibende Kraft des sozialen Wandels“ (Kern 2008: 9) gesehen. Tausende Menschen aus verschiedenen Gruppen gehen auf die Straße, um ihre Wünsche auszudrücken und zu gewährleisten, dass diese umgesetzt werden. Revolutionäre Bewegungen verursachen einen politischen und sozialen, radikalen und umfassenden Wandel im existierenden politischen System. Die revolutionären Bewegungen werden immer als soziale Bewegungen definiert, aber soziale Bewegungen sind nicht notwendigerweise revolutionär (vgl. Schulze Wessel 2014: o. S.).

Im Schatten der sozialrevolutionären Bewegung in Nordafrika setzt sich diese Arbeit mit den Entwicklungen der politischen Ereignisse, die im Rahmen des arabischen Frühlings

stattgefunden haben, auseinander. Das Ziel ist die Entwicklungen in Ägypten und Tunesien voll und ganz nachvollziehen zu können.

Der Aufbau der Arbeit machte eine breite Auseinandersetzung mit Transformationstheorien notwendig. Darüber hinaus wurden die Theorien über sozial- revolutionäre Bewegungen analysiert und angewandt. Dieser Teil befindet sich im Theorieteil der Arbeit im zweiten Kapitel. Der theoretische Teil meiner Arbeit besteht aus drei wichtigen Punkten: eine Typologie politischer Systeme, Systemtransformation nach Wolfgang Merkel, Erklärung der Begrifflichkeiten von sozialen und revolutionären Bewegungen und Herausarbeitung der Gegensätze und Gemeinsamkeiten zwischen revolutionären und sozialen Bewegungen. Diese Abschnitte werden mir helfen, meine Forschungsfragen zu beantworten.

Beide Staaten waren vor dem arabischen Frühling zwar autoritäre Regime, jedoch sagt dies wenig über die innere Konstitution eines Systems aus. In beiden Staaten kam es zu Massenprotesten, doch sagt auch ein Protest nicht zwangsläufig etwas darüber aus, ob es sich um eine soziale Bewegung handelt, eine Revolution oder einen Putsch. Daher habe ich im theoretischen Teil dieser Masterarbeit zunächst Typologien politischer Systeme nach Merkel vorgestellt, wie etwa Merkmale von demokratischen und autokratischen Systemen. Ich vertrete dabei explizit die These, dass sowohl Ägypten als auch Tunesien vor den Ereignissen autoritäre Regime nach Merkel darstellten. Aufbauend auf diesen Theorien habe ich mittels der Systemtransformationstheorie herausgearbeitet, wie Systeme transformiert werden und welche Aspekte relevant bei einer Analyse sind. Erst dann habe ich die Situation in Ägypten und Tunesien historisch, sozio-ökonomisch sowie kulturell betrachtet. Daher wird im dritten Teil der Arbeit der Arabische Frühling in einem historischen Abriss vorgestellt. Hier geht es um eine klassische historische Darstellung des Geschehens. Im Hauptteil vergleiche ich die sozialen Bewegungen in den beiden Ländern Tunesien und Ägypten, analysiere ihre Hintergründe und arbeite abschließend Gemeinsamkeiten und Gegensätze heraus. Hier werden die Hauptgründe der größten Bewegung des neuen Jahrhunderts dargestellt, die als „Arabischer Frühling“ und „sozialrevolutionäre Bewegung“ usw. bezeichnet werden, damit man die politischen Entwicklungen und Ereignisse nachvollziehen kann. In erster Linie wird der Anfang der Proteste in Tunesien und in Ägypten behandelt und zudem werden der Präsident von Tunesien, Zine el-Abidine Ben Ali, und Ägyptens Präsident Muhammed Husni Mubarak und ihre politischen Regime vorgestellt. Dabei werden auch die politischen Ereignisse analysiert, die 2011 stattgefunden haben. In zweiter Linie beschäftige ich mich mit der Frage, inwieweit die sozialrevolutionäre Bewegung die vorhandenen politischen Regime

in diesen beiden Ländern beeinflusst haben. Ich werde die sozialrevolutionäre Bewegung in Tunesien und Ägypten aus einer theoretisch-kritischen Perspektive betrachten und den Wandel in den beiden Untersuchungsländern mit der Transformationstheorie nach Merkel erklären. Im fünften Kapitel werden die Ergebnisse und die heutige Situation in den beiden Ländern beschrieben. Im darauffolgenden Teil folgt das Fazit, wo auch die Ergebnisse dieser Arbeit präsentiert werden. Die ägyptische Revolution blieb aus, es entstand keine breite Zivilgesellschaft und ein autoritäres System wurde durch ein anderes autoritäres System ersetzt. In Tunesien fällt eine Klassifizierung der Ereignisse nicht so negativ aus und man kann durchaus von einer Revolution sprechen.

1.2 Forschungsfragen und Hypothesen

Um die Komplexität der sozialen Bewegungen und Transformation in Nordafrika zu untersuchen habe ich mich mit folgender Forschungsfrage befasst:

„Wie lassen sich die Trägerbewegungen des arabischen Frühlings in Ägypten und Tunesien kategorisieren und welche Gründe begünstigten bzw. verhinderten eine erfolgreiche Demokratisierung der beiden Staaten?“

Um diese Forschungsfrage zu behandeln mussten folgende Kontextfragen geklärt werden:

1. Was sind soziale Bewegungen und wie unterscheiden sich diese von sozial-revolutionären Bewegungen?
2. Wie waren die politischen Systeme in Tunesien und Ägypten vor und nach dem arabischen Frühling aufgebaut?
3. Welche AkteurInnen beteiligten sich an den Protesten?

Folgende Arbeitshypothesen habe ich dabei untersucht:

- Die Hintergründe der sozialrevolutionären Bewegung waren wirtschaftlicher, soziale und politischer Natur (vgl. Kislakci 2013: 94-108).
- Aufgrund systemischer Unterschiede scheiterte die Transformation in Ägypten, da die alten Eliten nicht durch eine sozial-revolutionäre Bewegung ersetzt wurden
- Geopolitische Unterschiede trugen dazu bei, dass die Transformation in Tunesien im Gegensatz zur Transformation in Ägypten, von „Außen“ gestützt wurde.

1.3 Methodik

Die Methode dieser Arbeit ist eine vergleichende Analyse. Hierzu habe ich Primär- und Sekundärliteratur als auch Internetquellen hinzugezogen und anhand der Kategorien

- Aufbau der Protestbewegung
- Ziele der Protestbewegung
- Historische Besonderheiten
- Politisches System und
- Politische Kultur

den arabischen Frühling in beiden Staaten miteinander verglichen. Eine historische Kontextualisierung und sozio-ökonomische Betrachtung war unabdingbar, da ansonsten kein adäquater Vergleich möglich wäre. Um die nötige Literatur zu erheben, war ich unter anderem in der Türkei und habe an verschiedenen Universitätsfakultäten der Osteuropastudien in Sakarya und Istanbul Recherche betrieben. Dabei habe ich auch Literatur in verschiedenen Sprachen wie Türkisch und Englisch hinzugezogen. Es handelt sich bei dieser Arbeit um eine vergleichende Fallstudie von Tunesien und Ägypten.

2 THEORETISCHE ANSÄTZE

2.1 Politische Systemtypologien

Merkel (2010: 21) definiert das politische System als ein „funktional spezialisiertes Teilsystem“. Die Aufgabe dieses Teilsystems ist, das Überleben der Gesellschaft durch die gesellschaftlich „verbindliche Allokation von Werten und Gütern“ zu ermöglichen. Aber dieses Teilsystem benötigt besondere staatliche Gewalt- und Sanktionsmittel, um diese Funktion zu erfüllen. Das politische System ist aber nicht nur „funktional spezialisiert“, sondern auch eine „Manifestation politischer Herrschaft.“ Dieses System verfügt auch über unterschiedliche Formen der Legitimation. Das politische System bildet bestimmte Strukturen und Mechanismen des Zugangs und der Sicherung von politischer Macht. Darunter versteht man die normative und institutionelle Innenausstattung eines politischen Systems. Es gibt dabei einige Regeln, die den jeweiligen politischen Systemen zugrunde liegen. Diese Regeln (Normen) prägen zwei Dimensionen, den Herrschaftsanspruch und die Konfiguration der staatlichen Herrschaftsinstitutionen. Diese beiden Dimensionen wirken auf die Formen, Verfahren und Organisationen des Herrschaftszugangs, der Herrschaftsstruktur und der Herrschaftsweise (vgl. ebd.).

Während Merkel seine typologische Einteilung politischer Systeme beschreibt, behandelt er auch sechs Kriterien der politischen Herrschaft: die Herrschaftslegitimation, den Herrschaftszugang, das Herrschaftsmonopol, die Herrschaftsstruktur, den Herrschaftsanspruch und die Herrschaftsweise. Danach teilt er drei Grundtypen politischer Systeme ein: die Demokratie, das Autoritäre System und das Totalitäre System, wie in der Tabelle unterhalb gezeigt wird (vgl. ebd.: 22-26).

Tabelle 1: Merkmale von demokratischen, autoritären und totalitären Systemen

	Demokratie	Autoritäres System	Totalitäres System
Herrschaftslegitimation	Volkssouveränität	Mentalität	Geschlossene Weltanschauung
Herrschaftszugang	offen (universelles Wahlrecht)	eingeschränkt (eingeschränktes Wahlrecht)	geschlossen (kein Wahlrecht)
Herrschaftsmonopol	bei demokratisch legitimierten Institutionen	bei Führen/Oligarchien über Mentalitäten „legitimiert“ und über Repression abgesichert	bei Weltanschaulich legitimierten und durch Repression abgesicherten Führer (n)
Herrschaftsstruktur	pluralistisch (Gewaltenteilung, Gewaltenhammung, Gewaltenkontrolle)	semipluralistisch (weitgehend eingeschränkte Gewaltenteilung, Gewaltenhammung, Gewaltenkontrolle)	monistisch (keine Gewaltenteilung, Gewaltenhammung, Gewaltenkontrolle)
Herrschaftsanspruch	eng begrenzt	umfangreich	unbegrenzt
Herrschaftsweise	rechtsstaatlich	rechtsstaatlich bis nichtrechtsstaatlich, repressiv	nicht rechtsstaatlich, systematisch repressiv, terroristisch

Quelle: Merkel (1999: 28)

Diese Tabelle zeigt uns, wann ein politisches System demokratisch, autokratisch oder totalitär genannt werden kann. Die drei politischen Systeme werden kurz im folgenden Kapitel behandelt, um ihre Relevanz für die Transformation zu erklären und die Fallbeispiele zu analysieren.

2.1.1 Demokratische Systeme

Das Grundprinzip der Demokratie ist, dass eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern sich selbst regiert. Alle Menschen, die der Gruppe der Regierenden und der Regierten angehören, sind gleich vor den Gesetzen (vgl. Demokratiezentrum Wien). Laut Merkel wird Demokratie als ein institutionalisiertes Regelsystem zur gesellschaftlichen Konfliktbearbeitung definiert, darin darf eine der Gewalten, Institutionen oder ein Akteur allein nicht die politischen

Entscheidungsergebnisse kontrollieren bzw. bestimmen (vgl. Merkel 2010: 29). Demokratie verbindet mit der „Volksouveränität, den Prinzipien der politischen Gleichheit, der Freiheit und der Herrschaftskontrolle“ (ebd. 2003: 18). Merkel definiert Demokratie als ein Bündel von Normen und Institutionen, welche drei Dimensionen der politischen Herrschaft begründen: (1) die vertikale Dimension enthält „das universale Wahlrecht, vertikale Machtkontrolle und die effektive Gewährleistung grundlegender politischer Partizipationsrechte“; (2) die horizontale Dimension bezeichnet „Herrschaftskontrolle im Rahmen der Gewaltenteilungen, Organisation der Staatsgewalt und der rechtstaatlichen Herrschaftsausübung“; (3) die transversale Dimension bedeutet „die effektive Zuordnung der Regierungsgewalt zu den demokratisch legitimierten Herrschaftsträgern“ (ebd.). Nach Merkel werden diese Definitionen als eine notwendigerweise abstrakte Beschreibung der Demokratie gesehen.

Die Demokratisierung und ihre Prozesse werden mit der Theorie der Transformation verbunden, weil Demokratisierung sich so wie Transformation mit der Politik, der Wirtschaft, der Macht, der Kultur und der Gesellschaft befasst (vgl. ebd.: 32-47). Sie wird durch Wolfgang Merkel in drei Typen unterteilt; Polyarchien, Embedded Democracy und Defekte Demokratien.

Der Begriff „Polyarchien“ bezeichnet eine Vielherrschaft in modernen Demokratietheorien. Merkel (2010) beleuchtet den Begriff Polyarchien anlehnend an Dahl, so dass Polyarchien zum „wichtigen Referenzmodell der Transformationsforschung“ wurde. Merkel betont in Dahls Konzept der Polyarchien einige Bedingungen für die Demokratie, die nach ihm „nur notwendige“, aber „nicht hinreichende“ sind (Merkel 2010: 28 ff.). Diese betreffen die Präferenzen der BürgerInnen, ihre Möglichkeiten diese Präferenzen zu artikulieren und die Berücksichtigung durch die Regierung. Darüber hinaus muss die Demokratie durch institutionelle Garantien, wie z.B. das Recht auf freie Meinungsäußerung oder passives und aktives Wahlrecht, garantiert sein (vgl. Merkel 2010: 28). Merkel betont das Prinzip der Gewaltenteilung und er betrachtet diese und insbesondere die Gewaltenkontrolle und Gewaltenhemmung in seinem Kriterium „Herrschaftsstruktur“ (siehe Tabelle) „als eine wichtige Trennlinie“ zwischen autokratisch-monistischen und demokratisch-pluralistischen Systemen (ebd.: 29). Nach ihm muss jede Demokratie nicht eine gänzliche Trennung von Exekutive und Legislative aufweisen, aber in allen echten demokratischen Systemen ist die Judikative weitgehend unabhängig von der Exekutive und der Legislative. Dennoch, so Merkel, gibt es eine analytische Schwäche im Polyarchiemodell von Dahl. Es besteht darin,

dass lebenswichtige Garantiedimensionen der horizontalen Gewaltenkontrolle und des Rechtsstaates nicht konzeptualisiert sind, die in der Demokratie von entscheidender Bedeutung sind (vgl. ebd.: 29 f.).

Das zweite Demokratie-Modell von Merkel ist jenes der Embedded Democracy (eingebetteten Demokratie). Die eingebettete Demokratie entsteht mit der Idee der doppelten Einbettung von stabilen rechtsstaatlichen Demokratien, einer internen und einer externen Einbettung (vgl. Merkel 2010: 30 ff.). Externe Einbettung ist bezogen auf die Interessen der BürgerInnen:

„Der Begriff des Eigeninteresses kann dabei weiter gefasst sein, oder enger, sodass er in der Hauptsache nur ökonomische Elemente umfasst. Entscheidend für diesen Ansatz ist dabei, dass die Präferenzen, nach denen die Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie handeln und entscheiden, für das politische System selber als externe Größen anzusehen sind.“ (Meyer 2009: 70)

Interne Einbettung bezieht sich auf Institutionen und die politische Realität, das Handeln der politischen AkteurInnen und die funktionsbezogene Interaktion dieser AkteurInnen. Außer diesen Merkmalen erklärt Merkel die eingebettete Demokratie noch mit vier wichtigen Punkten: sozioökonomischer Kontext, Zivilgesellschaft, internationale und regionale Integration, und Teilregime, verstanden als interdependente Grundsysteme der Demokratien. Es werden fünf Teilregime definiert, welche rechtsstaatliche Demokratien ausmachen: a) Wahlregime; b) Politische Partizipationsrechte; c) Bürgerliche Freiheitsrechte; d) Gewalteinteilung und horizontale Verantwortlichkeit; e) Effektive Regierungsgewalt. Nur die Umsetzung aller Teilregime gewährleistet sowohl das Prozedere als auch die Ziele demokratischer Wahlen (vgl. Merkel 2010: 30 ff.). Merkel spricht dabei von einem dreidimensionalen Demokratiebegriff:

„Die erste Dimension besteht in einer wirkungsvollen vertikalen Machtkontrolle. Sie wird durch ein universelles, aktives und passives Wahlrecht und den damit verbundenen politischen Partizipationsrechten erfüllt. Die zweite Dimension bezieht sich auf die horizontale Herrschaftskontrolle, nämlich die gewaltenteilige Organisation der Staatsmacht und der rechtsstaatlichen Herrschaftsausübung. Die dritte, transversale Dimension zielt auf die effektive Zuordnung der Regierungsgewalt zu den demokratisch legitimierten Herrschaftsträgern.“ (Meyer 2009: 227)

Unter „eingebetteter Demokratie“ versteht man, dass die drei Dimensionen die Bedingungen der Demokratie sichern. Das dritte und letzte Demokratiemodell nach Merkel ist die Defekte Demokratie. Um den Begriff „Defekte Demokratie“ verstehen zu können, sollte man einige Frage stellen: wann kann eine Demokratie als defekt bezeichnet werden und wann geht eine

Demokratie in ein autoritäres Regime über? Wenn eine Demokratie nur zum Schein existiert, kann sie die Tür zum autoritären Regime öffnen. Aus diesem Grund muss „ein systemerhaltendes Mindestmaß“ geschaffen werden, welche einige Bedingungen der Demokratie in defekten Demokratien verwirklichen kann, wie zum Beispiel, Freiheit, Gleichheit und Kontrolle für politische Selbstbestimmung. In diesem Konzept versteht man unter defekten Demokratien, dass in den Demokratien die wechselseitige Einbettung der Teilregime (wie in dem Teil von Embedded Democracy erwähnt) zerbrochen und „die Gesamtlogik der rechtstaatlichen Demokratie“ gehemmt ist (vgl. Merkel/ Puhle/ Croissant/ Eicher/ Thiery 2003: 65 f.). Also werden defekte Demokratien als Herrschaftssysteme bezeichnet,

„die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugang auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik eines oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind.“ (ebd.: 66)

2.1.2 Autokratische Systeme

2.1.2.1 Totalitäres- und autoritäres Regime

Wolfgang Merkel unterscheidet zwischen autoritären und totalitären Systemen als Subtypen autokratischer Systeme, und arbeitet einige gemeinsame Eigenschaften von autokratischen Herrschaftsordnungen heraus. Merkel erklärt anlehnd an Hans Kelsens „Allgemeine Staatslehre“ (1925), dass alle nicht demokratischen politischen Systeme als Autokratien bezeichnet werden können. Merkel bevorzugt für die begriffliche Klarheit den Begriff der Autokratie gegenüber dem Begriff der Diktatur, den Kelsen verwendet. Merkel erklärt eingehend die politikwissenschaftliche Definition von autoritären Systemen mit den drei Merkmalen von Juan J. Linz, die autoritäre von demokratischen und totalitären Systemen unterscheiden: (vgl. Merkel 2010: 40 ff.).

(1) autoritäre Systeme haben prinzipiell einen begrenzten politischen Pluralismus anstelle des unbegrenzten Pluralismus der Demokratie oder des Monismus totalitärer Herrschaft;

(2) sie rechtfertigen sich nicht aus einer globalen Perspektive, wie totalitäre Systeme, sondern über den Rückgriff auf individuelle Werte und Denkweisen;

(3) die politische Partizipation ist begrenzt und die Gesellschaft ist demobilisiert; hingegen sind totalitäre Systeme durch eine organisierte, kontrollierte und ritualisierte Mobilisierung gekennzeichnet.

Mit diesen Merkmalen betont Linz, dass die politische Partizipation bei autoritären Systemen begrenzt und die politische Opposition in ihren Möglichkeiten behindert ist. Die Feststellung eines beschränkten Pluralismus und der Abwesenheit von institutionalisierten Kanälen für die politische Beteiligung und für die Opposition gestattet uns eine klare Unterscheidung zwischen Autoritarismus und demokratischen Regimen (vgl. Linz 2003: 223).

Hannah Arendt (1955), die wichtigste philosophische Begründerin der Totalitarismustheorie, unterscheidet autoritäre von totalitären Systemen durch deren unterschiedliche Zerstörung der persönlichen Freiheit. Autoritäre Herrschaft, schrieb sie im Jahr 1955, beschränke die persönliche Freiheit, totalitäre Herrschaft schaffe sie ab. Die Grundlage des totalitären Herrschaftsprinzips sind daher die uneingeschränkten Verfügungsansprüche der Machthaber über das Individuum. Der Staat selbst wird dabei nicht als Machthaber gesehen, es sind eher eine totalitäre ideologische Partei oder ein „Führer“, die ihre eigenen Regeln ideologisch legitimieren und diese Regeln verbindlich für alle Individuen erklären. Der Staat wird in diesem System nur zum Träger des Ziels. Der Begriff Totalitarismus und sein Konzept wird in seinen verschiedenen historischen Prozessen behandelt, es entwickelte sich eine Denkschule, welche den Unterschied zwischen Totalitarismus und Diktatur zeigt (vgl. Arendt 1955 zit. nach Merkel 2010: 48 f.). Arendt sieht den Terror als das zentrale Wesen totaler Herrschaft und stellt Totalitarismus als eine Regierungsform dar, „deren Wesen der Terror ist und deren Handlungsprinzip die logische Folge des ideologischen Denkens ist.“ (Arendt 1966: 474 zit. nach Linz 2003: 63).

Zusammenfassend hat Merkel mit der Demokratie und der autokratischen Herrschaft zwei Grundtypen politischer Systeme vorgestellt, wobei es nicht einfach ist, die Trennlinie zwischen autoritären und totalitären Systemen oder zwischen autokratischen und demokratischen Systemen ganz genau zu bestimmen und zu verstehen. Aber diese System-Typologie von Merkel ist hilfreich, um die Fallanalyse zu Tunesien und Ägypten zu veranschaulichen.

2.2 Systemtransformation

Die Transformationsforschung ist eine sehr komplexe Disziplin, bestehend aus verschiedenen Teildisziplinen. Transformationsforschung hat verschiedene „terminologische Rüstzeuge“, wie Transition, Transformation, Revolution, Zusammenbruch, Modernisierung, Liberalisierung, Demokratisierung, Konsolidierung, Regimewandel oder Systemwechsel, die obendrein noch miteinander interagieren (vgl. Merkel 2010: 62). Aus diesen Gründen kann man sich mit der Theorie der Transformation aus verschiedenen Perspektiven befassen und die Zusammensetzung dieser Theorie und ihr terminologisches Rüstzeug können länderspezifische Unterschiede aufweisen. Zum Beispiel kann es sich um eine gegenseitige Verbindung von Theorien der Transformation und Theorien der Revolution in Ägypten handeln, aber es könnte sein, dass diese Verbindung in Tunesien nicht gilt.

Der Begriff der Transformationstheorie wurde in den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozessen untersucht. Wolfgang Merkel identifiziert zwei verschränkte Dimensionen für die Untersuchungen, um den Transformationsbegriff exakt zu erfassen und zu erklären (vgl. ebd.: 62). Die erste Dimension behandelt die Beantwortung der Frage: „Was wird transformiert? Handelt es sich dabei nur um die Regierung, das Regierungssystem, ein politisches Regime, den Staat oder gar das ganze soziopolitische System?“ (ebd.). Die zweite Dimension beinhaltet die Frage: „In welcher Form, Geschwindigkeit und in welchen Etappen vollzieht sich die Transformation, welche politischen und gesellschaftlichen Akteure sind wie und mit welchem Einfluss an ihr beteiligt?“ (ebd.). Letztendlich kann noch zu dieser Dimension die Frage angefügt werden: „Können wir von einer Reform, einem Wandel oder müssen wir von einer Revolution oder einem Wechsel sprechen?“ (ebd.).

Die Antworten auf die oben gestellten Fragen werden die Anwendbarkeit der Transformationstheorie beleuchten. Daneben sollte man aber auch die Begriffe der Transformationstheorie kennen und verstehen, welche eingangs erwähnt wurden. Denn die Transformationsforschung fordert eine scharfe Trennung der Begriffe, um einen Transformationsprozess exakt behandeln zu können und um festzustellen welche Art von Wandel stattgefunden hat (vgl. ebd.).

Sandschneider (1994) verwendet den Begriff Systemtransformation auch als einen allgemeinen Begriff für alle Aspekte der intentionalen Veränderung eines Systems und seiner komplementären Systeme. Der Begriff ist also nicht auf einen Fall beschränkt, welcher als Systemwechsel bezeichnet wird, sondern kann auch eine Kontinuität umfassen. Bei einem

Systemstabilitätsfehler sollten die betroffenen Systemstrukturen geändert und angepasst werden, um eine Fehlfunktion bzw. Störung zu ausgleichen. In diesem Fall kann man auch von einem Systemwandel im Spektrum dieses Begriffes sprechen. Wenn eine strukturelle und funktionale Kompatibilität nicht ausreicht, um die Fehlfunktion zu kompensieren, wird ein Systemwechsel erforderlich sein, wie die Änderung von Identität, Strukturen und Ablaufmuster interner Regelung- und Entscheidungsvorgänge, nach der sich das System in einem neuen Zustand befindet (vgl. Sandschneider 1994: 24). Das System muss in den Hauptelementen seiner Struktur geändert werden, um eine neue Systemidentität zu bilden. Das heißt, ein Systemwechsel findet statt, wenn die alte Struktur einer Einheit aufgelöst und eine neue Struktur aufgebaut wird, wie Sandschneider und Ettrich (1992:122) definieren. Dieser Prozess ist erst dann abgeschlossen, wenn die neuen Systemstrukturen beweisen, dass der neue Systemtyp ausreichend und stabil ist, um dysfunktionale Anreize zur Erreichung eines Gleichgewichts auszugleichen (vgl. ebd.). Transformation ist meist zielgerichtet doch ist das Resultat nicht vorhersehbar:

“Finally, although societal transformations start as projects of a planned, modelled and controlled holistic change, the results after two or five decades disclose that the real processes always exceed this character of a projected change – by unrecognized conditions, spontaneous re-combinations, shifting targets, unintended consequences, etc. Thus, the results diverge substantially from the early projects and never end up in real „copies“ of the selected models.” (Kollmorgen 2010: 2 f.)

2.2.1 Transformationstheorie

Angelehnt an Parsons definiert Merkel (2010: 68) die Entwicklung von traditionellen zu modernen Gesellschaften als die Differenzierung sozialer Teilsysteme. Mit der industriellen Revolution entstand die Differenzierung von Ökonomie und politischer Herrschaft, politischem System und ziviler Gesellschaft. Aus diesen Differenzierungsprozessen hat sich die Grundstruktur moderner Gesellschaften entwickelt. Nach Parsons führt der Weg in die Moderne über die Ausdifferenzierung von vier zentralen Funktionssystemen: Wirtschaft, Politik, soziale Gemeinschaft und Kultur. Neben diesen vier Funktionssystemen gibt es auch wichtige Universalien, welche sogenannte höhere Entwicklungsstufen prägen, wie zum Beispiel Bürokratie, Marktorganisation, universalistische Organisation im Rechtssystem, demokratisches Assoziationsrecht und allgemeine freie Wahlen. Laut Parsons kann ohne diese zentralen Universalien das politische System nicht die notwendige Richtung vorgeben, um die zunehmende Komplexität der Umwelt zu konteragieren. Der Strukturwandel wird als Wandel

der normativen Kultur bezeichnet. Die demokratischen Strukturen und Verfahren werden als unverzichtbare Universalien angesehen, damit sich aus diesem Wandel eine höhere und modernere Gesellschaftsstufe entwickeln kann. Wenn eine Gesellschaft stark und funktionell ausdifferenzieren kann, bezüglich ihrer Verwaltungskapazität und auch bezüglich ihrer Umsetzung einer universalistischen Rechtsordnung, ist eine effektive politische Organisation vorhanden. Zusammenfassend sind zwei Aspekte wichtig als Entscheidungselement für die Stabilität politischer Systeme: die funktionale Differenzierung der Gesellschaft und die ausreichende Legitimation der politischen Herrschaftsform (vgl. Parsons 1969b: 57 zit. nach Merkel 2010: 68 f.).

Merkel verbindet die Modernisierungstheorie mit der orientierten Demokratieforschung aufbauend auf Parsons und Seymour Martin Lipset (1959). Die fundamentale Erfolgsbedingung der Demokratisierung wurde von Lipset als die wirtschaftliche Entwicklung und Überwindung von Not und Armut identifiziert. Hier beschäftigt er sich mit einer klaren Wechselbeziehung zwischen der sozioökonomischen Entwicklungsstufe und der Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft (vgl. Lipset 1981: 31 zit. nach Merkel 2010: 70). In diesem Punkt ist die wichtigste These: „Je entwickelter ein Land wirtschaftlich ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass dort eine Diktatur existiert oder längerfristig Bestand haben kann“. Die umgekehrte Bedeutung dieser These ist: „Je reicher ein Land ist, umso wahrscheinlicher ist es, dass das politische System demokratisch ist und als Demokratie Bestand haben wird“ (Schmidt M. G. 2006: 438 ff. zit. nach Merkel 2010: 71). Deshalb kann man sagen, dass gesellschaftlicher Wohlstand eine der wichtigsten Bedingungen für erfolgreiche Demokratisierungsprozesse und den gesellschaftlichen Ausgleich ist.

2.2.1.1 Kulturtheorien

Von der Vergangenheit bis zur Gegenwart spielen religiöse und kulturelle Faktoren eine wichtige Rolle bei der Erforschung der Demokratie, und bei der Entwicklung des Kapitalismus und bestimmter Staatverfassungen. Diese Faktoren und ihre Wirkung werden auch in der Religionssoziologie von Max Weber und mit Samuel P. Huntingtons Essay "The Clash of Civilizations" (1993) als kulturelle und zivilisatorische Voraussetzungen der Demokratie angesprochen und ihre Bedeutung betont. Denn es ist wichtig, tief verwurzelte religiöse und kulturelle Traditionen zu analysieren, damit man die Bedingungen und Hindernisse für eine erfolgreiche Demokratisierung begreifen kann (vgl. Merkel 2010: 79).

Deshalb werden in diesem Abschnitt zwei kulturelle Aspekte geprüft, die sich auf die Demokratisierung auswirken (ebd.):

1. „Religiös-kulturelle Zivilisationstypen“
2. „Soziales Kapital“

Der religiös-kulturelle Zivilisationstyp beschreibt eine grundsätzlich religiöse Kultur, welche die Verbreitung der demokratisierenden Normen und Handlungsweisen in der Gesellschaft bzw. die Demokratisierung des Staates blockiert (vgl. Merkel/ Puhle 1999: 49 zit. nach Merkel 2010: 80). Von diesem Typ existieren zwei Varianten in der Kulturhypothese, eine „restriktive“ und eine „moderate Version“. Die restriktive kulturelle Hypothese geht davon, dass nur die westliche Kultur eine förderliche Grundlage für die Demokratie darstellt und sie zeigt gleichzeitig auf, dass die liberale Demokratie nicht für nicht-westliche Gesellschaften geeignet ist (vgl. Huntington 1991: 298 zit. nach Merkel 2010: 80).

Nach der weniger restriktiven Variante der Kulturhypothese gibt es nicht nur eine bestimmte Kultur, die eine geeignete Basis für eine Demokratie abgeben kann, sondern stehen einige religiöse Kulturen der Demokratie positiv gegenüber und andere verhalten sich skeptisch oder ablehnend (vgl. Merkel 2010: 80).

Nach Huntington stehen die folgenden Zivilisationstypen in ihrer Reihenfolge der Demokratie in abnehmendem Maß freundlich gegenüber: die westliche, lateinamerikanische, japanische, slawisch-orthodoxe, hinduistische, afrikanische, konfuzianische und islamische Kultur (vgl. Huntington 1993: 298 zit. nach Merkel 2010: 80).

Das soziale Kapital spielt auch wichtige Rolle in der Erforschung der Demokratisierung in einer Gesellschaft. Gesellschaftliche Werte, soziale Traditionen und die historischen kollektiven Erfahrungen von Gemeinschaft sind wichtig für den Aufbau einer Demokratie. Wenn die demokratischen Institutionen wie Verfassungen, politische Institutionen, Parteien und Verbände, schnell konstruiert und formal in Existenz gebracht werden, kann Demokratie nicht vollständig verwirklicht werden. Denn diese demokratischen Institutionen sollen in einer langfristig zivilgesellschaftlichen Konvention gelernt, traditionell und historisch als soziales Kapital akkumuliert werden (vgl. Merkel 2010: 83 zit. nach Putnam 1993). Für Demokratie sind Vertrauen und gemeinschaftliche Kooperation nötig und diese sind miteinander verbunden. Das heißt, je größer das gesellschaftliche Vertrauen ist, desto

einfacher ist es, soziale Kooperation zu erreichen. Das gesellschaftliche Vertrauen hilft die gesellschaftlichen und politischen Institutionen der Demokratie zu stärken.

Das historisch angesammelte Sozialkapital verbessert daher die Stabilität, Wirksamkeit und Qualität einer Demokratie. Je mehr soziales Kapital in einer Gesellschaft akkumuliert wurde, desto eher überleben demokratische System in Vergleich zu autokratischen Systemen (vgl. Merkel 2010: 83 f.).

2.2.1.2 Akteurstheorie

Die Akteurstheorie fokussiert sich auf die AkteurInnen im politischen System. Die Akteurstheorie untersucht die Unsicherheit politischen Handelns hinsichtlich des Verlaufs der Systemveränderungen und deren Folgen. Sie geht davon aus, dass der Ausgang von Transformationsprozessen weniger von objektiven Strukturen oder Machtkonstellationen abhängig ist, als von subjektiven Bewertungen, Strategien und Handlungen der politischen AkteurInnen. Diese AkteurInnen fällen die Entscheidungen, welche den Prozess und den Verlauf der Transformationen bestimmen. Akteurshandeln wird dabei immer primär als Elitenhandeln verstanden. Massenbeteiligung bzw. Massenbewegung werden als zeitlich begrenztes Phänomen zu Beginn der Transition bewertet, welches nur bedingt funktional ist. Letzten Endes wird wieder das Handeln der Eliten im Rahmen der Proteste als relevant wahrgenommen (vgl. Merkel 2010: 84).

Sowohl System- als auch Akteurstheorien alleine reichen nicht aus, um Systemwechsel zu analysieren. Daher müssen verbindende theoretische Konzepte in Betracht gezogen werden.

2.2.2. Transformationsbegriffe

Ein Regierungswechsel ist ein konstitutives Element in einer etablierten Demokratie. Er gehört dort zur politischen Normalität und funktioniert ohne Turbulenzen. Die wichtigste Rolle bei einer demokratischen Transformation kommt dem Regierungswechsel zu. Wenn die erste demokratische Regierung durch eine andere demokratische ersetzt wird, kann die Transformation als erfolgreich bewertet werden. Der Wechsel muss dabei den Regeln der eingebetteten Demokratie entsprechen. Regierungswechsel können innerhalb autoritärer und

totalitärer Systeme ebenso stattfinden und als kein eigentlicher Machtwechsel benannt werden, aber der Wechsel der Regierung kann eine Richtungsänderung in der Politik anzeigen (vgl. Merkel 2010: 63).

Der Begriff der Regime bezeichnet die dauerhaften Formen politischer Herrschaftsorganisationen und Machtbeziehungen zwischen den Herrschaftseliten, sowie das Verhältnis der Herrschaftsträger und der Bevölkerung. Regime haben in der Regel kürzeren Bestand als der Staat. Regime sind dabei Teilsysteme des politischen Systems, wie zum Beispiel das Rechtssystem (vgl. Merkel 2010: 63 f.). Das politische System umfasst die drei Begriffe Regierung, Regime und Staat. Daneben beinhaltet es auch funktional und abgrenzbare Teilsysteme wie Wirtschaft, Recht, Kultur etc. (vgl. Merkel 2010: 65).

Wenn es zu einem Wandel des Regimes kommt, spricht man vom Regimewandel. Das bedeutet, dass sich fundamentale Funktionsweisen und Strukturen einer Herrschaftsordnung zu verwandeln anfangen. Dieser Verwandlungsprozess wird evolutionär bewertet, d.h. er verläuft „allmählich“ und nicht „abrupt“. Es handelt sich um einen vollständigen Regimewandel, wenn sich Herrschaftszugang, Herrschaftsstruktur, Herrschaftsanspruch und Herrschaftsweise grundlegend geändert haben (vgl. Merkel 2010: 65).

Anfänglich kann Regimewandel und Regimewechsel gleich aussehen, aber es gibt einen Unterschied zwischen ihnen. Bei einem Regimewandel beginnen sich grundlegende Strukturen eines Systems zu verändern. Es ist jedoch offen, ob ein Regimewechsel stattfindet oder nicht. Bei einem Regimewechsel liegt ein bestehender Transformationsprozess zu Grunde, welcher letztlich zu einem anderen Systemtypus führt (vgl. Merkel 2010: 66).

Einen Sonderfall stellt die „Transition“ dar. Der Begriff der Transition bezeichnet den Übergang von einem autoritären System zu einem demokratischen System. Bei der Transformationsforschung sind zwei Punkte wichtig: erstens die Rolle von AkteurInnen in den Übergängen zur Demokratie, zweitens die Entwicklung einer systematischen Periodisierung des Transitionsprozesses (vgl. Merkel 2010: 66). Der Begriff der Transformation hat keine spezifische Bedeutung, aber er ist ein Oberbegriff und umfasst die Begriffe von Regimewandel, Regimewechsel, Systemwandel, Systemwechsel oder Transition (vgl. Merkel 2010: 66).

2.3 Soziale- und revolutionäre Bewegung

2.3.1 Soziale Bewegung

In der sozialen Bewegung sind Ursachen und Erscheinungen zentral, besonders im Zuge zunehmender gesellschaftlicher Differenzierung. Aus diesem Grund gilt es verschiedene Fragen zu stellen, um soziale Bewegungen zu verstehen: „Was ist eine soziale Bewegung? Worin findet sie ihre Einheit? Woraus besteht eine soziale Bewegung? Was gehört dazu, was nicht?“ (Ahlemeyer 1989: 175). In dieser Arbeit möchte ich mich mit Raschke dem Begriff der sozialen Bewegung annähern.

Raschke (1985: 77) definiert eine soziale Bewegung als einen kollektiven Akteur, welcher das Ziel hat, sozialen Wandel auszulösen. Diese relativ breite Definition wird verständlich, wenn man wieder an die Transformationstheorien denkt. Die Akteurstheorie, wie in Kapitel 2.2.1.2 beschrieben, geht davon aus, dass Akteure den Wandel und die Theorien bestimmen. Die soziale Bewegung ist so ein Akteur. Dabei muss eine Bewegung bestimmte Kriterien erfüllen, damit sie nicht als eine reine Protestbewegung klassifiziert werden kann:

- a) sie muss immer mobilisieren wollen,
- b) sie muss eine gewisse zeitliche Kontinuität aufweisen,
- c) Ziele müssen vorhanden sein,
- d) kollektive Aktionen werden genutzt um ein Ziel zu erreichen,
- e) hohe symbolische Identifikation der Teilnehmenden mit den Strukturen der sozialen Bewegung muss vorhanden sein.

Ausgehend von diesen Kriterien definiert Raschke eine soziale Bewegung wie folgt:

„Soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.“ (ebd.: 77)

Die soziale Bewegung ist zu unterscheiden von Protestbewegungen oder gar von Bürgerinitiativen. Die Kontinuitätsdimension ist dabei entscheidend (vgl. Nover 2008: 29). Das bedeutet grundlegend, dass die soziale Bewegung sich von der Protestaktion oder der Initiative dadurch unterscheidet, dass sie ein langfristiges Ziel verfolgt und auch eine kontinuierliche Struktur aufweist. Zum Beispiel war die Besetzung der Hainburger Au eine

Protestaktion, eine kollektive Aktion, wenn man so will. Das alleine hätte sie jedoch nicht zu einer sozialen Bewegung gemacht. Die Organisation und die Weiterführung durch AkteurInnen führten aber zu einer Reorganisation und dann zum Entstehen der Grünen-Bewegung, welche eine langfristige Transformation der Gesellschaft, im Sinne ökologischer Ziele, verfolgte. Der Unterschied ist klar - das eine war eine singuläre Aktion zum Schutz eines Waldes, das andere war eine Bewegung zum Wandel des Umgangs der Gesellschaft mit Ressourcen und Umwelt.

Außerdem entsteht eine soziale Bewegung oder auch singulärer Protest aus sozialen Krisen und ihre Auswirkungen (vgl. ebd.: 320). Luhmann beschäftigt sich mit dem Thema Soziale Bewegung in der soziologischen Modernisierungstheorie und unterscheidet die gesellschaftlichen Differenzierungen der sozialen Bewegungen mit den genannten drei Merkmalen (vgl. Luhmann 1996 zit. nach Kern 2008: 20).

(a) segmentäre Differenzierung basierend auf ähnlichen und gleichen Teilsystemen wie Familien, Clans bzw. Stämmen;

(b) hierarchische Differenzierung basierend auf unterschiedlichen und ungleichen Teilsystemen wie Ständen, Schichten, Kasten usw.;

(c) funktionale Differenzierung basierend auf verschiedenen, aber gleichrangigen Teilsystemen wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Religion.

Durkheim unterscheidet zwischen Organisationen und anderen Erscheinungen, wie sozialen Bewegungen. Für ihn bedeutet soziale Bewegung folgendes: „Es [soziale Bewegungen] sind dies die sogenannten sozialen Strömungen“ (Ahlemeyer 1989: 176 zit. nach Durkheim 1976: 107). Es handelt sich daher um keine formale Organisation oder dergleichen. Dennoch sind sie zielgerichtet. Während Ziel und Motive eine verbindliche Rolle in seiner Analyse spielen, so wird darin die Rolle der Mitglieder wenig beachtet (vgl. Rammstedt 1981: 320). Ahlemeyer behandelt die soziale Bewegung mit drei Kernelementen angelehnt auf Brand und Raschke.

1. Soziale Bewegungen sind keine traditionellen Organisationen (vgl. Raschke 1987), aber sie können nur in Differenz zu diesen voll begriffen werden. Raschke nennt dies neue soziale Bewegungen der post-industriellen Phase (vgl. Raschke 1985 zit. nach Ahlemeyer 1989: 179).

2. Zweiter wichtiger Punkt sind die Zieldimension und strategisches Handeln. Wie können soziale Bewegungen, ohne die eigene Identität zu verleugnen, ihre Zielstellungen ändern? Sozialer Wandel wurde auch von Gewerkschaften, Parteien und Interessengruppen versucht zu erreichen. Raschke (1985) stellt neue soziale Bewegungen daher in die Tradition alter Bewegungen, welche jedoch durch ihre Statik, i.e. Einbettung in das institutionelle Korsett, den Bewegungskarakter verloren haben (vgl. Ahlemeyer 1989: 178).
3. Moderne soziale Bewegungen sind entlang großer gesellschaftlicher Bruchlinien aufgestellt (vgl. ebd.), womit die traditionellen Organisationsmuster nicht mehr haltbar sind. Brand argumentiert daher eindeutig, dass man neue Lebensentwürfe und gesellschaftlichen Wandel beim Aufkommen sozialer Bewegungen beachten muss (vgl. Ahlemeyer 1989: 178).

Zum Beispiel werden soziale Bewegung von Reform-, Revolution- und expressiven Bewegungen unterschieden. Weiter unterscheidet man directed/undirected (Gusfield 1968), werttraditionale, emotional-affektuale (Heberle 1968), exklusive und inklusive (Zald & Ash 1966: 329) Bewegungsorganisationen. Außerdem werden diese neuen sozialen Bewegungen von der liberal-humanitären Tradition und der sozialistischen Tradition (Turner 1969: 392) differenziert. Soziale Bewegungen der industriellen Phase unterscheiden sich von neuen sozialen Bewegungen. Im Gegensatz zu den alten sozialen Bewegungen sind die Forderungen nicht mehr auf den klassischen Bruchlinien von Kapital und Arbeit aufgebaut, sondern anhand neuer Bruchlinien, welche sehr vielschichtig sind (vgl. Brand 1987: 27).

Soziale Bewegungen nützen kollektive Aktion und Mobilisierung. Sie nutzen dabei unterschiedliche Kommunikationswege. Ein Merkmal der neuen sozialen Bewegungen ist die Nutzung elektronische Kommunikationswege, was die Organisation von Protesten und Mobilisierung beschleunigt.

Die Bewegungen in Ägypten und Tunesien müssen daher unter diesen Aspekten betrachtet werden. Welche Ziele verfolgten sie, wie mobilisierten sie und welche AkteurInnen handelten? Diese drei Fragen sind zentral für den Vergleich der Motive und Auseinandersetzung der sozialen Bewegungen, welche den arabischen Frühling ausmachten.

Es handelt sich um neue soziale Bewegungen, welche anhand noch aufzuzeigender Konfliktlinien aufgestellt sind. Hierzu gilt es das politische System als Handlungsrahmen zu

analysieren, so wie alle weiteren Faktoren, die zum Erfolg oder Misserfolg einer sozialen Bewegung beitragen (vgl. Raschke 1985; Nover 2008; Brand 1987).

2.3.2 Revolutionäre Bewegung

Revolutionäre und soziale Bewegungen sind eng miteinander verbunden, streben sie doch beide eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse an. Das Ziel ist bei beiden, durch kollektive Aktion eine Veränderung auszulösen. Um diese Verbindung herauszuarbeiten, gilt es nun die beiden Begriffe kurz einander gegenüberzustellen (vgl. Kreisky 2012: 21 ff.).

Beschäftigt man sich mit dem Begriff „Revolution“, so kann man verschiedenste Bereiche unterscheiden, wie zum Beispiel Revolutionen auf politischem, industriellem, kulturellem oder künstlerischem Gebiet. Der Fokus hier soll jedoch eindeutig auf den politischen Revolutionsbegriff gelegt werden, und darauf wie dieser eine Transformation auslösen kann. Den Begriff der politischen Revolution kann man in verschiedenen Ausformungen antreffen, wie zum Beispiel Staatsstreich, Putsch, Bürgerkrieg usw. Sie wird von verschiedenen AutorInnen unterschiedlich definiert (vgl. Lindner 1972: 11 f.).

Nach Sigmund Neumann ist „eine Revolution ein umfassender, grundlegender Wandel in der politischen Organisation, der Sozialstruktur, der Kontrolle wirtschaftlichen Eigentums und dem herrschenden Mythos der Gesellschaftsordnung, was auf einen entscheidenden Bruch in der Kontinuität der Entwicklung hinweist“ (ebd.: 12).

Nach H. D. Lasswell und A. Kaplan bedeuten Revolution die Umwälzung des politischen Systems durch radikale Methoden, welche eine totale Neuordnung bedeuten, im Gegensatz zu „gemäßigten Methoden“, die die politische Legitimitätsgrundlage der Gesellschaft miteinbeziehen (vgl. ebd.). Revolutionen sind „[...] politische und soziale Wandlungen [...], die unter Anwendung von Gewalt extrem rasch verlaufen und äußerst tiefgehende Wirkungen zeitigen“ (ebd.:13).

Nach Hannah Arendt können wir nur über Revolution sprechen, wenn bestimmte Situationen vorliegen. Zum Beispiel „wo sich Wandel als Neubeginn ereignet, wo Gewalt zur Errichtung einer völlig verschiedenen Herrschaftsform gebraucht wird, um eine neue politische Ordnung herbeizuführen, wo die Befreiung von Unterdrückung auf die Konstituierung der Freiheit zielt“ (ebd.).

Hans Wassmund definiert den Begriff Revolution so, dass „Revolution als ein in kurzer Zeit gewaltsam und illegal bewirkter radikaler Umbruch im Bereich der Institutionen, der Sozialstruktur, der Ideologie, Eigentumsverhältnisse und der Elitezusammensetzung einer gegebenen Gesellschaft“ vollzogen wird. Laut Wassmund ist Revolution „entweder gedacht als einmaliges Ereignis mit Umsturz-Charakter im politischen Bereich oder als systematisch geplanter, bewusst vorantriebener Prozeß der Gesellschaftsveränderung oder als Kombination beider Elemente“ (Wassmund 1978: 25).

Das gemeinsame Ergebnis der obigen Beispiele ist, dass Revolutionen mit tiefgreifenden Wandlungsprozessen verbunden werden, und dass Revolutionen in der Regel nicht den vorhandenen rechtlichen Möglichkeitsrahmen in einem politischen System nutzen. Jedoch gibt es über die Art des Wandels keine Einigkeit. Das Ziel der Revolution ist, eine neue Gesellschaftsordnung zu erreichen, welche die soziale oder gesellschaftliche Situation vieler Mitglieder der Gesellschaft verändert. Bei der Definition des Revolutionsbegriffs werden einige Aspekte immer wieder vorgebracht. Wichtige Punkte sind nach T. Geiger „der Wandel des Kulturstils“, nach Lasswell und Kaplan „die Veränderung von Herrschaftspersonen, politischer Verfassung und Gesellschaftsstruktur“, nach Gert und Mills die Veränderung „der Herrschaftsstruktur und ihrer Legitimation“, nach Dahrendorf „politische und soziale Wandlungen, die äußerst tiefgehende Wirkungen zeitigen“, nach Arendt ein Wandel zu einer Regierungsform, die Freiheit bringt“ (Lindner 1972: 13).

Wenn die gewaltsamen Konflikte mit dem Sieg einer Partei abgeschlossen sind, gilt die Revolution als beendet. Aber mit dem Ende der Revolution entstehen verschiedene neue Probleme, wie z. B. „ob Revolutionen immer in Diktaturen enden, stets zu nationaler Machtentfaltung beitragen, notwendigerweise mehr Gleichheit bringen etc.“ (Lindner 1972: 195). Dabei unterscheidet Lindner zwischen vier Outcomes (ebd. 196):

1. Revolutionen, die mit einem Sieg der Herrschenden enden; das bedeutet ein Scheitern der Revolution;
2. Revolutionen, in denen zwar die herrschende Elite von der Macht verdrängt wird, es den Revolutionären jedoch nicht gelingt, die Macht zu ergreifen;
3. Revolutionen, die mit einer Niederlage der Herrschenden und der Machtergreifung der Revolutionäre enden, ohne dass diese jedoch ihr Gesellschaftsprogramm verwirklichen;

4. Revolutionen, deren Resultat die Verwirklichung aller genannten Ziele der Revolutionäre ist (ebd.: 196).

Diese vier potenziellen Resultate werden uns helfen, das Ergebnis der Revolution /Bewegung in Ägypten und Tunesien zu beurteilen. Aber dies wird je nach beteiligter Gruppe unterschiedlich bewertet, da verschiedene AkteurInnen zeitgleich agieren. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn es sich um mehrere miteinander rivalisierenden Gruppen von RevolutionärInnen handelt. Während in diesem Fall die Revolution erfolgreich für eine Gruppe sein kann, kann sie gleichzeitig ein Misserfolg für die andere Gruppe sein. Aus diesem Grund muss man die Erfolge und Misserfolge der Aktionen der RevolutionärInnen betrachten.

2.3.3 Gegensätze und Gemeinsamkeiten zwischen revolutionären und soziale Bewegungen

Um die Fallbeispiele Tunesien und Ägypten analysieren zu können, muss man sich die Gegensätze und Gemeinsamkeiten zwischen sozialer und revolutionärer Bewegung bewusst sein.

Eine Revolution sollte nicht als „one single blow“ (Holloway 2002 zit. nach Schulze Wessel 2014: o.S.) definiert werden, sondern als Bewegung, die außerhalb des staatlichen Rahmens handelt und agiert. Diese kann eine soziale Bewegung sein, muss es aber nicht. Daher unterteilt man soziale Bewegungen in reformistische und revolutionäre. Reformbewegungen streben eine Änderung bestimmter Aspekte in der Gesellschaft an, ohne aber ihre wichtigsten sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Institutionen zu verändern, während Revolutionsbewegungen das Ziel verfolgen, das gesamte System zu verändern. Es geht um das Erneuern von sozialen, ökonomischen oder politischen Institutionen durch kollektive Aktionen. Nach John Holloway ist der Bezugspunkt einer revolutionären Bewegung nicht der Staat, sondern die transnationale Gesellschaft, die darüber hinaus geschaffen wird. Der Staat nimmt die Rolle einer Organisationsform ein, die durch ihre Ausrichtung den BürgerInnen einen Handlungsrahmen vorgibt. Daraus folgend geht es RevolutionärInnen darum, den Staat als zentrale Instanz der gesellschaftlichen Ordnung zu transformieren und seine Institutionen grundlegend zu verändern, um der Bewegung die Möglichkeit zu geben, diese

weiterzuentwickeln und einer von der Revolution als würdig empfundenen Gruppe Selbstbestimmung zu geben. Revolutionäre Bewegungen verfolgen daher eine radikale Form der emanzipatorischen Selbstverwirklichung. Sie wird nicht mehr als einziges Moment des Systemumsturzes innerhalb einer nationalen Gesellschaft gesehen, sondern wird viel mehr als ein Prozess betrachtet, der im Rahmen globaler und transnationaler Verhältnisse agiert (vgl. Schulze Wessel 2014: o. S.).

Wichtig dabei ist, dass soziale Bewegungen einige Voraussetzungen erfüllen müssen, um sie revolutionär sein zu können. Sie konzentrieren sich darauf, die institutionellen Bedingungen zu ersetzen oder Aktivitäten zu setzen, um das System von außerhalb zu verändern, anstatt innerhalb eines bestehenden politischen Systems zu agieren. Der Systemwandel ist das immer das zentrale Ziel einer revolutionären Bewegung. Eine revolutionäre Bewegung ist daher nicht auf die Machtübernahme konzentriert, sondern strebt nach einer Veränderung der Systemstrukturen. Schulze und Wessel (2014) legen nahe, dass revolutionäre Bewegungen immer eine Form der sozialen Bewegung, aber soziale Bewegungen nicht immer revolutionär sind (vgl. Schulze Wessel 2014: o. S.).

Die Gegenüberstellung der beiden Bewegungsformen zeigt einige wichtige Ähnlichkeiten. Zunächst sind soziale und revolutionäre Bewegungen kollektive Akteure. Das Ziel ist es dabei, durch kollektive Aktion einen Wandel im Sinne der agierenden Gruppe auszulösen. Wichtig dabei ist, dass die soziale Bewegung nicht unbedingt das gesamte politische System verändern möchte, und auch nicht außerhalb des politischen Systems handelt. Die sozialrevolutionäre Bewegung hingegen hat das Ziel das politische System selbst zu transformieren. Es geht darum die politische Handlungsmöglichkeit vom existierenden Staat in die Hände der Bewegung zu legen. Die Organisationsform der revolutionären Kernbewegung ist dabei formalisiert, aber beide Bewegungsformen besitzen hohe symbolische Identifikation ihrer Mitglieder mit der Bewegung selbst. Kurz zusammengefasst kann daher gesagt werden, dass eine sozialrevolutionäre Bewegung ein kollektiver Akteur ist, der eine Transformation des politischen Systems selbst anstrebt und in der Regel die Legitimität des gesamten Systems hinterfragt. Die soziale Bewegung will nur Teilaspekte ändern und steht im konstitutionellen und institutionellen Rahmen des politischen Systems.

3 HISTORISCHER RÜCKBLICK

In diesem Kapitel möchte ich auf die Entwicklungen der sozial-revolutionären Bewegungen in Ägypten und Tunesien eingehen. Hierzu habe ich zunächst vor, arabische Diktaturen selbst zu typologisieren, um Handlungsrahmen und Strukturen zu analysieren. Das Ziel ist dabei, die historischen Gegebenheiten und politischen Systeme zu untersuchen. Dies ist notwendig, um die gravierenden Veränderungen zu verstehen, die in den beiden Ländern stattgefunden haben.

3.1 Allgemeine Merkmale der arabischen Diktaturen

Wenn man die allgemeinen Merkmale der Diktaturen in den arabischen Ländern betrachtet, ist es offensichtlich, dass sie von externer politischer Unterstützung abhängig sind. Die alten Diktatoren glauben, dass sie die Verfassung, das Gesetz, das Volk und die Regierung selbst sind, es kommt zu einer konstruierten Union zwischen Repräsentant und Repräsentierten. Um Legitimation zu konstruieren nutzen sie Bilder der alten Zeiten, und konstruieren sich selbst als moderne Sultane. Das Volk wird dabei als eine Form der Herde konstruiert und die eigene Rolle als Hirte beschrieben. Die arabischen Autokraten verwalten den Staat im Sinne eines Unternehmens, wobei ihre Wegbegleiter, welche oftmals gemeinsam im Rahmen von post-kolonialen Umstürzen an die Macht gekommen sind, als VerwalterInnen und MinisterInnen eingesetzt werden (vgl. Saif 2012: 1). In den arabischen Autokratien herrscht ein strenges Rentiersystem, die Bürokraten werden durch höhere Löhne an Bord gehalten, und sobald ein Beamter oder Minister dem System nicht mehr dienlich ist, wird er abgesetzt (vgl. Kislakci 2013: 73 f.).

Ein weiteres Hauptmerkmal der arabischen Führer ist die Inszenierung als starker Mann, basierend auf patriarchalischen Strukturen. BürgerInnenrechte werden dabei schnell abgeschafft, doch wird ein demokratischer Schein gewahrt. Ein weiteres Merkmal ist, dass die politischen Führer selten öffentlich sprechen, und wenn dann meist in dramatisierender Art und Weise. Das Ziel der Inszenierung ist dabei die Darstellung von Stärke und Stabilität in Anbetracht von realen oder konstruierten Gefahren, welche das Regime bedrohen. In der Regel wird eine westliche oder islamistische Verschwörung vorgeschoben (vgl. Kislakci 2013: 91 ff.).

Es handelt sich bei den arabischen Regimen meist um autokratische Systeme. Dennoch zeigt sich, dass grundlegende Bürgerrechte formal existieren. Kressen Thyen (2016: 1) beschreibt die Situation dabei folgendermaßen:

„Um ihre Legitimität gegenüber ihren Bevölkerungen und der internationalen Gemeinschaft zu erhöhen, versprochen die Machthaber in der Vergangenheit daher vermehrt demokratische Reformen. Zwar verfügen die meisten arabischen Staaten heute über demokratisch anmutende Institutionen wie Parlamente, Wahlen oder Verfassungen, doch wurden mit deren Einführung keine wirkliche Demokratisierung, sondern vielmehr eine Strategie der Modernisierung autoritärer Herrschaft verfolgt.“ (Thyen 2016: 1 f.)

Es handelt sich nicht um einen demokratischen Systemtypus, wenn man wieder an Merckels (2009) Definition von Demokratie denkt. Denn Demokratie erfordert, dass eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern sich selbst regiert, Grundrechte besitzt und der demokratische Prozess gemäß rechtsstaatlichen Normen abläuft (vgl. ebd.). Allerdings zeigt sich, dass die Systeme eher einem autoritären Typus gleicht als einem totalitären, da kein ideologisches Monopol etabliert wurde, was als zentral für totalitäre Systeme gilt (vgl. ebd.). Es existieren formale Verfassungen, Wahlsysteme und Grundrechtskataloge. Die Typen selbst und ihre Eigenheiten, bezogen auf Tunesien und Ägypten, werden in den folgenden Kapiteln behandelt.

3.2 Tunesien

3.2.1 Charakteristika

Tunesien ist der Ort, wo die sozialrevolutionäre Bewegung gegen die autoritären Regime und Despoten im Nahen Osten begann (vgl. Thyen 2016: 1 f.). Deswegen sind Tunesien und die Folgeentwicklungen dort besonders relevant für eine Analyse der Entwicklungen, was den arabischen Frühling angeht. Es ist ein nordafrikanischer Staat, welcher im Norden durch das Mittelmeer begrenzt wird, und an die Staaten Libyen und Algerien grenzt. Tunesien gehört zu den sogenannten Maghreb-Ländern und mit etwa 10,5 Millionen Einwohnern zu den kleineren Staaten der arabischen Welt (vgl. Perthes 2011: 40). Die Amtssprache des Landes ist Arabisch, aber nach wie vor sind Französisch und Italienisch weitverbreitet. Tunesien wird als modernes und relativ liberales Beispiel arabischer Staaten betrachtet (vgl. Tekin Sürek 2011: 16).

Die Haupteinnahmequelle in Tunesien ist der Tourismus, es handelt sich um kein Öl-exportierendes Land. Die Reisenden in Tunesien sind hauptsächlich WesteuropäerInnen, welche als UrlauberInnen kommen. Allerdings kommen auch geringe Zahlen an BesucherInnen, um Arabisch zu lernen. Andere Einnahmequellen Tunesiens sind der Export von Dünger, Olivenöl und Datteln. Allerdings werden fast alle Arten von Waren und Halbfertigwaren importiert, ein großes Handelsbilanzdefizit ist die Folge. In den letzten Jahren bemühte sich die Regierung, eine heimische Industrie zu etablieren. Der tunesische Außenhandel besteht hauptsächlich aus Exporten nach Frankreich und zu einem geringen Teil in andere europäische Länder (vgl. Aydin 1996: 144).

Wie viele arabische Staaten hat auch Tunesien eine ethnisch diverse Bevölkerungsstruktur. Die ältesten EinwohnerInnen Tunesiens sind die „BerberInnen“. BerberInnen können allerdings nicht als geschlossene ethnische Gruppe bezeichnet, sondern als eine kulturelle Gruppe, das bedeutet, dass die BerberInnen sich im Lebensstil und der Lebensführung ähneln, doch keine Ethnie per se bilden. Außerdem sprechen die meisten BerberInnen heute Arabisch, nicht mehr traditionelle Sprachen. Allgemein treffen in der tunesischen Gesellschaft kulturelle Elemente aufeinander, welche sowohl christlich als auch islamisch geprägt sind (vgl. Ruf 1969: 16 ff.). Die heutige Bevölkerung von Tunesien besteht zu 99 Prozent aus sunnitischen MuslimInnen, der Rest sind ChristInnen, JüdInnen, SchiitInnen und Bahai. Das heißt, dass Tunesien verschiedene kulturelle Spuren besitzt, welche eine andere Form der Gesellschaft hervorgebracht hat als in anderen arabischen Staaten (vgl. Clasmann 2016: 93).

Die Geschichte des modernen Tunesiens begann im Jahr 1571 als es zum Osmanischen Reich gehörte, dessen Herrschaft dauerte bis 1881. Im Jahr 1881 begann die französische Kolonialherrschaft in Tunesien (vgl. Aydin 1996: 144). Tunesien etablierte nach der Unabhängigkeit im Jahr 1957 ein westlich demokratisches System französischer Prägung.

Habib Bourguiba, der später langjähriger Machthaber war, stellte sich gegen die französische Kolonialherrschaft und kämpfte für die Unabhängigkeit von Frankreich (vgl. Ruf 1969: 214). Er war studierter Jurist und hatte in Frankreich studiert, wo er tiefe Einblicke in das politische System erlangte. Die ersten Proteste der Tunesier gegen die Franzosen begannen 1938, und am 20. März 1957 erreichte Tunesien seine volle Unabhängigkeit. Habib Bourguiba, der eine wichtige Rolle bei der Befreiung von Tunesien gespielt hatte, wurde zum Staatschef. Er erklärte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des „Parti du Neo-Destour/ PND“ eine Republik errichten zu wollen, falls das Volk dies wünsche.

Am 25. Juli 1957 verkündeten die Abgeordneten der konstituierenden Nationalversammlung die Gründung der Republik und wählte Habib Bourguiba zu ihrem ersten Präsidenten. Nach Schlumberger (vgl. Axtmann 2007: 110 ff.) konnte Tunesien seit den 1960er Jahren mit zunehmender Berechtigung als „bürokratisch-autoritäres Regime“ bezeichnet werden. Und Schlumberger bezeichnet Tunesiens politisches System bis in die 1970er Jahre als Prototyp eines „mobilizational single-party regime“. Habib Bourguiba unternahm verschiedene Verfassungsänderungen mit dem Ziel das autoritäre System zu etablieren, bevor Ende der 1980er Jahre Reformprozesse in Tunesien einsetzten. Offiziell ging Tunesien im Jahr 1983 zu einem Mehrparteiensystem über, aber trotzdem war das tunesische Volk nach Bourguiba noch nicht reif für die Demokratie (vgl. Axtmann 2007: 110-113), so dass er seinen Herrschaftsanspruch durch eine Schirmherrschaft rechtfertigte. Es folgte ein langer Reformstillstand, geprägt durch das Erstarken einer islamistischen Opposition im Laufe der 1980er und 90er Jahre.

3.2.2 Die Ära Zine Al-Abidine Ben Ali (1987-2011)

Als in den 1980er Jahren die Opposition im Land einflussreicher wurde, entschied Habib Bourguiba plötzlich, dass er Innenminister Ben Ali zu seinem Nachfolger machen werde. Ben Ali behauptete, dass es das fortschreitende Alter Bourguibas verhindert habe, das Land effektiv regieren zu können. Deshalb enthob Premier Zine el-Abidine Ben Ali am 7. November 1987 Habib Bourguiba des Amtes. Bourguiba wurde bis zu seinem Tod in seiner Geburtsstadt Monastir unter Hausarrest gehalten (vgl. Tekin Sürek 2011: 22).

Sobald General Zine Al-Abidine Ben Ali an die Macht kam, versprach er, den Staat zu demokratisieren und den Patrimonialismus zu beenden. Nebenbei wurde eine Öffnung des Wirtschaftssystems, sowie Wohlstand versprochen. Er erfüllte keines seiner Versprechungen (vgl. Tekin Sürek 2011: 23), sondern begann er eines der repressivsten autoritären Systeme des Nahen-Ostens zu etablieren (vgl. Cimen 2011: 219). Mit der Machtergreifung durch Ben Ali sanken die Reformbemühungen des autoritären Systems in Tunesien auf ein Minimum. Infolgedessen stellte sich Tunesien mit seinem quasi demokratischen System am Ende autoritärer dar, als zuvor mit dem Einparteiensystem. Ben Ali, im Unterschied zu Habib Bourguiba, bewertete das tunesische Volk als „reif“ für die Demokratie. Eine wichtige strukturelle Reform war, dass am 25. Juli 1988 die Präsidentschaft auf Lebenszeit abgeschafft und die Amtszeit des Präsidenten auf eine zweimalige Wiederwahl (also max. drei

Amtszeiten) beschränkt wurde. Präsident Ben Ali hätte in dieser verfassungsrechtlichen Situation seine Präsidentschaft nicht wieder aufnehmen können nach dem drei Amtszeiten schon vorbei waren (vgl. Axtmann 2007: 111-115). Deshalb änderte Ben Ali das Gesetz und wurde 1999, 2004 und 2009 erneut nominiert.

Es gab keine unabhängige Institution bei den tunesischen Wahlen, welche die Entscheidungen kontrollierte. Die Entscheidungen wurden von der Verwaltungsbürokratie kontrolliert. Aber diese war, wie in anderen arabischen Regimen, Teil Ben Alis Regimes, freie Wahlen fanden de facto nicht statt, da die Medien staatlich kontrolliert wurden und Parteien, die offiziell zugelassen waren, wurden während der Wahlen Repressionen ausgesetzt. Zum Beispiel wurde die liberale und säkulare Progressive Demokratische Partei (PDP) und die postkommunistische Ettajdid-Bewegung bei den Wahlen 2009 Repressionen ausgesetzt und die Meinungs- und Pressefreiheit wurde eingeschränkt. Offizielle und private Medien waren unter der Kontrolle von Ben Ali und es gab keine Opposition. Ben Ali kontrollierte mit seinem Regime den Sicherheitsapparat, welcher die Stabilität des Regimes sicherte. Dies ist auch in den Zahlen wieder zu finden. 35.000 Armeemitglieder und rund 170.000 Polizeikräfte standen 2011 bereit (vgl. Tekin Sürek 2011: 24 f.). Daneben konnte Ben Ali Netzwerke und Strukturen schaffen, die das Land zu einem zentral regierten System umbauten. Jelloun (2013: 27) legt dar, dass das System Ben Alis noch repressiver war, als jenes der Franzosen zuvor.

Die Diktatur Ben Alis basierte auf totaler Unterdrückung jeglicher Opposition, demokratischer als auch islamistischer. Es existierte kein unabhängiges Vereinswesen, doch war nach wie vor formal eine demokratische Verfassung in Kraft. Meinungsäußerung war theoretisch möglich, wodurch auch dieses sehr repressive System als autoritär zu betrachten ist und nicht als totalitär. Ben Alis Tunesien war daher eine zentralistische Ein-Parteien Diktatur, aber dennoch kein totalitäres Regime. Medienkontrolle, Rechtsbeschränkungen und Unterdrückung der Opposition sind zwar nicht demokratisch aber nach wie vor nicht totalitär.

3.3 Ägypten

3.3.1 Charakteristika

Ägypten befindet sich im Nordosten Afrikas. Die Nachbarländer Ägyptens sind Saudi-Arabien, Libyen und Sudan, außerdem grenzt Ägypten an den Gazastreifen und Israel. Mit über 82 Millionen Einwohnern ist Ägypten das bevölkerungsreichste arabische Land. Die

ägyptische Bevölkerung besteht zu 90% aus MuslimInnen, die restlichen 10 % sind ChristInnen und andere Minderheiten. Der Fluss Nil, welcher seit mehreren Millionen Jahren die Grundlage menschlicher Besiedlung in Ägypten bildet, ist eine der wichtigsten geographischen Besonderheiten. Wasserstraße, Energieversorgung und Tourismus sind die wichtigsten Merkmale des Flusses Nil (vgl. Haktanir 2010: 19).

Ägypten kam ebenso wie Tunesien unter osmanische Herrschaft und verblieb unter dieser offiziell bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Im 19. Jahrhundert etablierte Großbritannien de facto eine Kolonialherrschaft und finanzierte, gemeinsam mit Frankreich, den Suez-Kanal. Dieser ist eine wichtige Handelsstraße und verbindet den Arabischen Golf mit dem Mittelmeer. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Ägypten zunächst britisches Protektorat, dann Königreich unter Fuad I. Im Zweiten Weltkrieg wurde Ägypten Schauplatz der Wüstenkämpfe zwischen Italien/Deutschland und Großbritannien. Nach dem verfehlten Versuch, die Staatsgründung Israels zu verhindern, wurde der damalige König Faruq von der Bewegung der „Freien Offiziere“, angeführt von Muhammed Naguib und Gamal Abdel Nasser, im Jahr 1952 gestürzt und am 1. Juni 1953 wurde eine formal-demokratische Republik ausgerufen. Das Land wurde geteilt, der südliche Landesteil wurde zur Republik Sudan. (vgl. Mansfield 2010: 111, vgl. Koziel 2018: o.S., vgl. Ohle 2019 o.S.).

3.3.2 Die Ära Muhammed Husni Mubarak (1981-2011)

Das ägyptische Volk wurde ab 1954 von Gamal Abdel Nasser regiert. Dieser war einer der führenden Köpfe des Sturzes der Monarchie in Ägypten und eine zentrale Figur des arabischen Nationalismus, dessen Ziel es war, eine vereinigte arabische Republik zu etablieren. Es folgte, die Suez-Krise 1956, erneuter Krieg mit Israel und Rückschläge, so dass das Projekt des arabischen Nationalismus scheiterte. Nach dem plötzlichen Tod von Nasser durch einen Herzinfarkt im Jahr 1970 kam Anwar As-Sadat an die Macht. Sadat fiel im Oktober 1981 einem Attentat der GegnerInnen seiner Friedenspolitik mit Israel zum Opfer. Sein Stellvertreter Muhammad Husni Mubarak (geb. 1928) wurde sein Nachfolger und blieb bis zu seinem Rücktritt 2011 an der Macht (vgl. Jelloun 2013: 43).

Mubarak selbst war nicht Teil des politischen Establishments, sondern ehemaliges Militärmitglied. Während seiner dreißigjährigen Präsidentschaft baute er ein politisches System auf, welches jenem der 1950er Jahre in Ägypten, der Prä-Nasser Ära, entsprach, wobei Husni Mubarak den politischen Entscheidungen von Sadat treu blieb. Mubarak näherte

sich stark an die USA an und bezog von dort sowohl militärische als auch wirtschaftliche Unterstützung (vgl. Okumus 2015: 60). Mubarak erweiterte das Netzwerk der eigenen Regierung der National Demokratischen Partei (NDP) durch Stadtversammlungen, Behörden, Polizeistationen und Unternehmen. Durch Klientelismus wurden Positionen und Staatsaufträge an Günstlinge vergeben (vgl. Schumacher/ Gaby 2012: 10).

In den 1980er Jahren leitete er eine politische und wirtschaftliche Entwicklung ein, und die Mittelschicht wurde stärker in das (politische) System eingebunden. Zum ersten Mal im Jahr 1984 begann die Muslimbruderschaft offiziell unabhängige Kandidaten für das Parlament aufzustellen, um damit das Verbot der Organisation zu umgehen. Als einziger Kandidat in den Referendumswahlen 1982, 1987, 1993 und 1999 erhielt Mubarak die Mehrheit der Volksabstimmungen, und umging damit Restriktionen bezogen auf das Präsidentenamt. Obwohl die Präsidentschaftswahl des Landes durch eine Verfassungsänderung im Jahr 2005 die erste Mehr-Kandidaten-Wahl war, wurden viele Kandidaten blockiert, die Wahlbeteiligung war bei 23 % geblieben und der Oppositionskandidat Aiman Nur wurde nach den Wahlen verhaftet (vgl. Okumus 2015: 60 ff.).

In den 90er Jahren erlebte der Staat einen Rückgang bei fast allen Einkommensquellen, obwohl Ägypten ein vergleichsweise einkommensstarkes arabisches Land war. Ägyptisches Einkommen basierte auf Tourismus, Beiträge von ausländischen BürgerInnen, Steuern vom Suez-Kanal, und Unterstützung von den Vereinigten Staaten sowie der Partnerschaft mit der EU. Das System Ägyptens unter Mubarak war eng angelehnt an klientelistische Systeme, die Einnahmen wurden von wenigen Eliten abgeschöpft und die politische Repräsentation der BürgerInnen wurde eingeschränkt. Dadurch kam es zu einer mangelhaften Legitimation (vgl. Kislakci 2013: 76). In Ägypten kam es mit dem Rückgang der Einnahmen und der Wirtschaftsleistung zur weiteren Delegitimation des Systems. Erdöleinnahmen und Fremdwährungen von ausländischen ArbeitnehmerInnen gingen zurück, aber die Bevölkerung wuchs weiter. Zur selben Zeit stiegen die Lebenshaltungskosten entsprechend den internationalen Trends rasch an und erreichten die höchste Rate seit 65 Jahren. Der Staat konnte aufgrund der negativen wirtschaftlichen Lage der wachsenden jungen Bevölkerung keine Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Durch Privatisierungen wurden staatliche Anstellungen verunmöglicht, wodurch das klientelistische System, welches legitimierend wirken hätte können, zum Erliegen kam. Nur eine kleine Elite um den Präsidenten profitierte von diesem System. Durch die Abhängigkeit von amerikanischer Hilfe wurde eine eigenständige Außenpolitik verunmöglicht (vgl. Okumus 2015: 60 f.). Hinzu kam,

dass Mubarak in den 2000er Jahren versuchte das Präsidentenamt direkt seinem Sohn zu übergeben, was dann letztlich Widerstand in der Bevölkerung auslöste (vgl. Okumus 2015: 62).

4 DIE SOZIALREVOLUTIONÄRE BEWEGUNG

4.1 Allgemeiner Verlauf der Proteste

In der arabischen Welt wurden Revolten und Revolutionen meist von verschiedenen Gruppen getragen, wobei zwischen ethnisch motivierten, klassenbasierten und gesamtgesellschaftlichen Mobilisierungsmustern zu unterscheiden ist. Zum Beispiel gab es am Anfang des 20. Jahrhunderts Revolten gegen die Kolonialherren in den arabischen Ländern, einschließlich Tunesien und Algerien. Diese Revolten dauerten jahrelang und veränderten ihre Form. Im 21. Jahrhundert kam es zu neuen Protesten, wobei sich die Frage stellt, ob diese sozial-revolutionär waren oder nicht.

Durch Ideologien, die auf einem neuen Verständnis der Gesellschaft und Politik basierten, entstanden neue Revolutionen, wie zum Beispiel unter Nasser. Der Panarabismus begründete gepaart mit dem Sozialismus den arabischen Nationalismus. Je nach TrägerInnengruppe wurden dabei auch liberale Ziele verfolgt. 2010 erlebten wir eine neue sozialrevolutionäre Bewegung in der arabischen Welt, die offen nach demokratischen Mitteln und einem demokratischen Umbau der Gesellschaft verlangte (vgl. Kislakci 2013: 15-19).

Mit dieser sozialrevolutionären Bewegung begann im Dezember 2010 eine neue Ära in der arabischen Welt, wobei der mediale Diskurs den Bewegungen verschiedene Namen gab, wie Umbruch, arabisches Erwachen, arabischer Frühling, arabische Bewegung, arabische Revolution, Rebellion etc. (vgl. Nordhausen/ Schmid 2011: 10-13). Man verband mit dieser Bewegung die Hoffnung, dass der Nahe Osten sich an westlichen Demokratien orientieren und damit die Ära der autoritären Regime zu Ende gehen würde (vgl. Clasmann 2016: 11). Die Bewegung beeinflusste die gesamte Region in einer sehr kurzen Zeit und wurde deshalb als „Massenprotest“ bezeichnet (vgl. Kislakci 2013: 9).

Die junge Generation in der arabischen Welt war in den Jahrzehnten davor unzufrieden gewesen, da sie meist trotz sehr guter Ausbildung wenig Aussichten auf sozialen Aufstieg vorfand. Bedingt durch die unsichere ökonomische Situation waren junge Menschen auch nicht in der Lage einen eigenen Haushalt zu gründen. Damit wurde wiederum die Furcht geweckt, dass der soziale Abstieg sich noch weiter vertiefen würde. Die Proteste begannen dann mit der Selbstverbrennung des Mohamed Bouazizi in Tunesien am 17. Dezember 2010 (vgl. Nordhausen/ Schmid 2011: 10). Aufgrund der herrschenden Arbeitslosigkeit musste

Bouazizi als fliegender Händler am Straßenrand Obst und Gemüse verkaufen, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Bei einer Polizeikontrolle konnte er keinen Gewerbeschein vorweisen, weshalb die Polizisten seine Ware mehrmals beschlagnahmte und ihn bei der Amtshandlung misshandelte. Dieser Vorfall dürfte als Auslöser dafür gedient haben, dass Bouazizi beschloss seinem Leben ein Ende zu bereiten. Er verbrannte sich selbst vor einem öffentlichen Gebäude in der kleinen Stadt Sidi Bouzid. Obwohl er gleich ins Krankenhaus gebracht wurde, erlag Bouazizi seinen schweren Verbrennungen (vgl. Neunert 2011: 7).

Nach dem Selbstmord von Bouazizi gingen die Menschen auf die Straße, um gegen das damalige Regime zu protestieren (vgl. ebd.). Bei den Demonstrationen wurde immer wieder das Schlagwort „Hau ab!“ („Irhal!“) gerufen. Mit diesem Ruf wollten die DemonstrantInnen ausdrücken, dass „die autokratischen Machthaber das Land verlassen sollten und mit ihnen die alte Ordnung [abgeschafft werden sollte]“ (Schulze 2011: 144). Daneben demonstrierten arabische AktivistInnen, unter anderem in Ägypten, mit dem Slogan „Al shaab yurid iskat al nizam!“, zu Deutsch „Das Volk bringt das Regime zu Fall!“ (vgl. Alvarez-Ossorio 2016: 80). Die meist jugendlichen DemonstrantInnen nahmen dabei auch in Kauf Opfer von Polizeigewalt zu werden, was wiederum eine neue Dimension der Protestereignisse in der arabischen Welt bedeutete (vgl. Kislakci 2013: 9).

Die Demonstrationen verbreiten sich in anderen arabischen Ländern, wobei die staatlich kontrollierten Medien durch Soziale Medien, wie Facebook oder Twitter, umgangen wurden. Die sozialen Netzwerke beschleunigten daher die Verbreitung der sozialrevolutionären Bewegung (vgl. Nordhausen/ Schmid 2011: 10 f.). Im Folgenden werden die Entwicklungen dieser Bewegung in Tunesien und Ägypten genauer ausgeführt.

4.2 Tunesien

Nach dem Selbstmord von Mohamed Bouazizi versammelten sich vor dem Amtssitz des Gouverneurs in Sidi Bouzid einige Dutzend Jugendliche, um gegen das aktuelle Regime von Tunesien zu protestieren. Wie üblich griff die Polizei in dieser Situation durch Prügel und Festnahmen ein. Aber das war für diese jungen Leute nicht genug, um sie einzuschüchtern, sie versammelten sich wieder. Wegen der Zensur vernetzten sich die Jugendlichen mittels sozialer Netzwerke. Sie nahm Videofilme auf und luden diese hoch. So verbreiteten sich schnell Szenen und Bilder der Polizeigewalt im Internet, und ermöglichten es die sozialen Netzwerke, eine außergewöhnliche Beschleunigung der Entwicklungen zu verursachen. Die

Unruhen wurden in anderen tunesischen Städten beobachtet. Das harte Eingreifen der Polizei wurde ins Zentrum der Berichterstattung gerückt. So erschoss die Polizei bei der Demonstration vom 24. Dezember zwei Aktivisten, welches von offiziellen Medien, wie Presse, Rundfunk oder Fernsehen, ignoriert wurde. Es wurde versucht, zur Tagesordnung überzugehen. Erst am 28. Dezember äußerte sich Ben Ali zu den Protesten, wobei er die Ereignisse als von außen gesteuerte Aktionen einer extremistischen Minderheit beschrieb. Die AktivistInnen reagierten mit Missbilligung und die Proteste erhielten weiteren Zulauf, wobei verschiedenste soziale Schichten daran teilnahmen, unter anderem Mitglieder der Bildungselite, ArbeiterInnenschaft und sogar der Exekutive (vgl. Schmid 2011: 15 ff.).

Da die Proteste nicht abebbten, reagierte Ben Ali am 10. Januar mit einer Fernsehansprache, in welcher er wirtschaftliche Reformen und eine Liberalisierung des politischen Systems anbot. Die AktivistInnen ließen jedoch nicht ab von den Protesten und forderten erneut den Rücktritt Ben Alis. Selbst der Rücktritt des Innenministers, der durch den nominell liberalen Ahmed Friaa ersetzt wurde, ließen die Proteste nicht abebben. Andere Maßnahmen, wie das Bilden einer Untersuchungskommission zur Polizeigewalt, wurden ebenso als nicht ausreichend betrachtet (vgl. Schmid 2011: 17). Ben Ali meinte zur Gewalt gegen DemonstrantInnen: „Ich habe an keinem Tag akzeptiert und werde nie akzeptieren, dass auch nur ein Tropfen tunesisches Blut fließt.“ (ebd.:18). All dies reichte jedoch nicht. Da trotz Reformversprechen und trotz Gewalt seitens der Exekutive die Demonstrationen landesweit nicht abebbten, wurde am 13. Januar eine außerordentliche Nationalversammlung einberufen, die beschloss, dass Ben Ali 2014 zurücktreten möge. Da die Protestbewegung nun auch vehementer seinen Rücktritt forderte, verließ er am 14. Jänner 2011 fluchtartig das Land. Ministerpräsident Mohammed Ghannouchi übernahm die Regierungsgeschäfte (vgl. Kocak 2012: 41). Die Regierung erließ ein Ausgangsverbot, welches spontane Feiern und Unruhen verhindern sollten. Jedenfalls war der Sturz der Regierung erfolgreich. Diese Ereignisse werden von Schmid als „Jasminrevolution“ bezeichnet (vgl. Schmid 2011: 19) und viele westliche Medien verwendeten diesen Begriff. In Tunesien selbst verbindet man mit dem Begriff „Jasminrevolution“ jedoch ein anderes Ereignis, nämlich den Putsch Ben Alis gegen seinen Vorgänger Bourguiba (vgl. Mersch 2019: o.S.), und verwendet andere Begriffe für die Arabische Revolution.

Wenn man die Ereignisse von Bouazizis Selbstverbrennung bis zu Ben Alis Flucht ins Ausland betrachtet, kann man sehen, dass die Demonstrationen nicht eine reine Protestaktion darstellten, sondern eine revolutionäre Bewegung hervorbrachten. Anfänglich entstanden

diese Proteste aus wirtschaftlichen Gründen, aber zwangen dann die politische Elite zum Rücktritt. Als entscheidender Moment könnten sicherlich die Ereignisse um die Erschießung von DemonstrantInnen betrachtet werden, welche dann wiederum eine Mobilisierung der gesamt-gesellschaftlichen AkteurInnen, i.e. der Zivilgesellschaft, auslösten. Wirtschaftliche Motive und auch gesellschaftspolitische Ziele korrelierten, wodurch es zu einer kollektiven Aktion kam, die in mehrere Wochen andauernde Proteste einfluss.

4.3 Ägypten

Die sozialrevolutionäre Bewegung begann sich von Tunesien aus nach Ägypten auszubreiten. Ebenso wie in Tunesien gab es einen dramatischen Todesfall, der zu Massenprotesten führte. Der junge Khalid Said wurde von Polizisten misshandelt und ermordet (vgl. Clasmann 2016: 64 ff.). So wie in Tunesien spielten auch hier soziale Medien wie Facebook eine wichtige Rolle, um die Proteste gegen die Mubaraks Regime zu organisieren. Tausende Menschen mobilisierten sich mit Hilfe des Internets unter dem Schlagwort „Tag des Zorns“ und gingen am 25. Januar 2011 auf die Straße. Der zentrale Versammlungsort in Ägypten war der Tahrir-Platz, welcher sehr weitläufig ist. Erste Tote und Verletzte gab es sehr schnell, doch auch hier entwickelte sich eine hartnäckige Gruppe, mobilisiert durch online verbreitete Bilder. Obwohl das Innenministerium zu dieser Zeit den Zugang zu hunderten Webseiten sperrte, konnte nicht verhindert werden, dass die sozialen Medien zugänglich blieben. Da die Sicherheitskräfte, allen voran die Polizei, hart gegen die DemonstrantInnen vorging, begannen diese sich selbst zu organisieren und Platzwachen zu etablieren. Das Militär verhielt sich aber neutral und ging nicht gegen die DemonstrantInnen vor (vgl. Lüders 2011: 72-74). Ebenso wie Ben Ali verkalkulierte sich Mubarak, als er erklärte „er könne auf keinen Fall zurücktreten, da er allein Garant für Sicherheit und Stabilität sei, das Land andernfalls im Chaos versinken würde“ (ebd.:75 f.).

Mubaraks Versuch durch nicht-uniformierte PolizistInnen und GeheimdienstmitarbeiterInnen die Proteste gewaltsam zu beenden führte zu Toten und Verletzten, landesweit wurden 846 Menschen getötet, darunter 26 Polizisten. 6.467 Menschen wurden verletzt. Am 10. Februar 2011 hielt Mubarak seine letzte Fernsehansprache und bereits am nächsten Tag kündigte die Armee den Rücktritt von Mubarak an.

4.4 Hintergründe und Ursachen der Protestbewegungen

Die sozialrevolutionäre Bewegung in Ägypten und Tunesien hat augenfällig mehrere Gründe, welche äußerst komplex sind und daher genauer betrachtet werden müssen. Ein zentrales Problem war, dass sowohl in Tunesien als auch in Ägypten keine Zivilgesellschaft existierte, die arabischen Diktatoren, die jahrzehntelang die Region regierten, hatten alle Arten von gesellschaftlicher Organisation blockiert. In keinem der beiden Staaten waren unabhängige politische Parteien, Gewerkschaften oder StudentInnengruppen erlaubt. Daher gab es keine Instrumente, um die Bewegung aufzustellen oder darin effektiv sein zu können. Dennoch konnten sich Jugendliche, RegimegegnerInnen, ArbeiterInnen, und StudentInnen organisieren, um für politische Freiheiten zu demonstrieren (vgl. Kislakci 2013: 62). Ein anderer Grund war die grassierende Arbeitslosigkeit. Nach Angaben der International Labour Organisation war die Jugendarbeitslosigkeit 2010 im Nahen Osten und Nordafrika ist die höchste der Welt. In dieser Region waren laut UNO 2009 ca. 32,4 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze, das bedeutete, dass den Menschen dort weniger als 2 Dollar pro Kopf und Tag zur Verfügung standen. Diese Entwicklung ließ sich auf Korruption, wachsende Ungleichheit und verschlechterte Lebensbedingungen aufgrund gestiegener Preise für Nahrungsmittel und Wohnen zurückführen (vgl. Prollius/ Schnabl 2016: 13).

Die Ursache für die Proteste waren daher drei Kernaspekte: Arbeitslosigkeit, politische Ineffizienz, gesellschaftliche Stagnation. Die Ausgangssituation in Ägypten und Tunesien ist allerdings differenziert zu betrachten. Zum Beispiel lag in Ägypten die Macht bei der Militär-Kaste um Präsident Mubarak, während die Diktatur Tunesiens nach außen hin eine laizistische Republik verkörpern wollte. Hinzu kam, dass Tunesien keine natürlichen Reichtümer besaß und besitzt, und auch geografisch weiter entfernt von politischen und wirtschaftlichen Krisenherden des Nahen Ostens gelegen war. Ägypten zog jedoch durch seine geopolitische Lage und vor allem durch die wirtschaftliche Bedeutung des Suez Kanals stets mehr westliche Aufmerksamkeit auf sich (vgl. Nordhausen/ Schmid 2011: 11 f.). Aus diesem Grund waren die Ursachen für die sozialen Bewegungen im Inneren gleich gelagert, jedoch die Ausgangspositionen für die Proteste unterschiedlich.

4.4.1 Politische Hintergründe

In beiden Staaten führten Diktatoren das Land durch politische Repressionen und massive Unterdrückungsstrukturen, welche die Medien und Parteienlandschaft betrafen. Vor allem der Medienapparat wurde gleichgeschaltet und eingeschränkt (vgl. Clasmann 2016: 53). Ben Ali und Mubarak wollten ihre Position und Macht erhalten und machten die politische Opposition unwirksam (vgl. Kislakci 2013: 100). Beispielweise wurde die Justiz unter die Kontrolle der Exekutive gestellt, sowie offizielle und private Medien staatlich reglementiert und zensuriert (vgl. Tekin Sürek 2011: 24). Sowohl Tunesien als auch Ägypten waren gleichermaßen betroffen. Während der Regierungszeit von Husni Mubarak wurden alle Oppositionsbewegungen sowohl islamistischer als auch anderer ideologischer Gruppen unter politischer Kontrolle gehalten. Medien und Organisationen der Zivilgesellschaft waren verschiedenen Formen der Unterdrückung ausgesetzt. Vor allem bei Mubarak zeigte sich dies in der Inszenierung der Macht in politischen Diskursen, welche von offiziellen Medien transportiert wurden (vgl. Telci 2017: 46 f.).

Zunächst soll argumentiert werden, dass es sich bei beiden Staaten um autoritäre Regime handelte. Es ist sehr schwierig, die Systeme der arabischen Staaten zu typisieren, wie der deutsche Politik- und Islamwissenschaftler Michael Lüders feststellt: "Islam und Demokratie seien eben nicht miteinander zu vereinbaren. In dem Fall allerdings dürfte es die arabische Revolution und deren Forderung nach Freiheit und Demokratie gar nicht geben" (Lüders 2011: 23). Populäre wissenschaftliche Argumente behaupten oft, dass der Islam oder die orientalische Kultur mit der Demokratie grundsätzlich nicht vereinbar wären, wobei diese Diskussionen in wissenschaftlichen Debatten weitgehend ignoriert wurden, da ein empirischer Nachweis fehlt. Stattdessen wird festgestellt, dass die autoritären Regime durch eine Kombination anderer Faktoren selbst sozialrevolutionäre Bewegungen in Tunesien und Ägypten ausgelöst haben. Diese Faktoren waren: ökonomische, politische Systemstrukturen, Gesellschaftsstrukturen ebenso wie internationale und regionale Einflussfaktoren (vgl. Schlumberger/ Kreitmeyr/ Matzke 2013: 34).

An diesem Punkt trat eine Allianz von liberalen über säkularen bis zu islamistischen Kräften auf, welche die tunesische und die ägyptische Bewegung hervorbrachte. Gemeinsam war diesen Bewegungen die Zielsetzung, eine echte Demokratie zu etablieren, um die alte Diktatur zu überwinden (vgl. Wagner 2015: 20). Denn nach tunesischem und ägyptischem Diskurs war klar, dass „Demokratie kein westlicher Wert, sondern genauso ein arabischer

oder muslimischer“ Wert sein kann (Tadros 2011: 7). Die Regime die Regime Ben Alis und auch Mubaraks waren, wie in Kapitel 2 dargestellt, formal demokratisch, wodurch man sie als autoritär und nicht als totalitär bezeichnen konnte. Deshalb wurde eine echte Teilhabe eingefordert, was möglich wurde, da eben eine Opposition existierte, wenngleich in ihrem Handlungsrahmen real eingeschränkt.

Ausgehend von der These, dass es sich um autoritäre Regime handelte, wird festgestellt, dass die Unterdrückung der Opposition sowohl in Tunesien als auch in Ägypten zentral für das Handeln der Parteien war. Das Ziel der arabischen Diktatoren war es seit langen Jahren, die Opposition wirkungslos zu machen. Dafür nutzen sie all ihre Ressourcen, wobei vor allem marxistische und islamistische Gruppen unterdrückt wurden. Mubaraks und Ben Alis Regime stützen sich auf militärpolizeiliche Maßnahmen und einen ausgeprägten Geheimdienst, welcher das Ziel verfolgte, die Opposition zu unterdrücken. Liberale Gegner wurden geduldet und versucht durch Reformen, welche das System nicht änderten, in Schach zu halten.

Vor allem seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und nach dem Scheitern des Panarabismus begannen islamistische Bewegungen Fuß zu fassen. Das führte dazu, dass die Regime fürchteten, dass islamistische Massenbewegungen die Regierungsgewalt übernehmen könnten. In Ägypten und Tunesien kam es daher einerseits zur Verfolgung von Wegbegleitern, aber vor allem zur Unterdrückung islamistischer Bewegungen. In Ägypten ist hier vor allem die Muslimbruderschaft zu nennen:

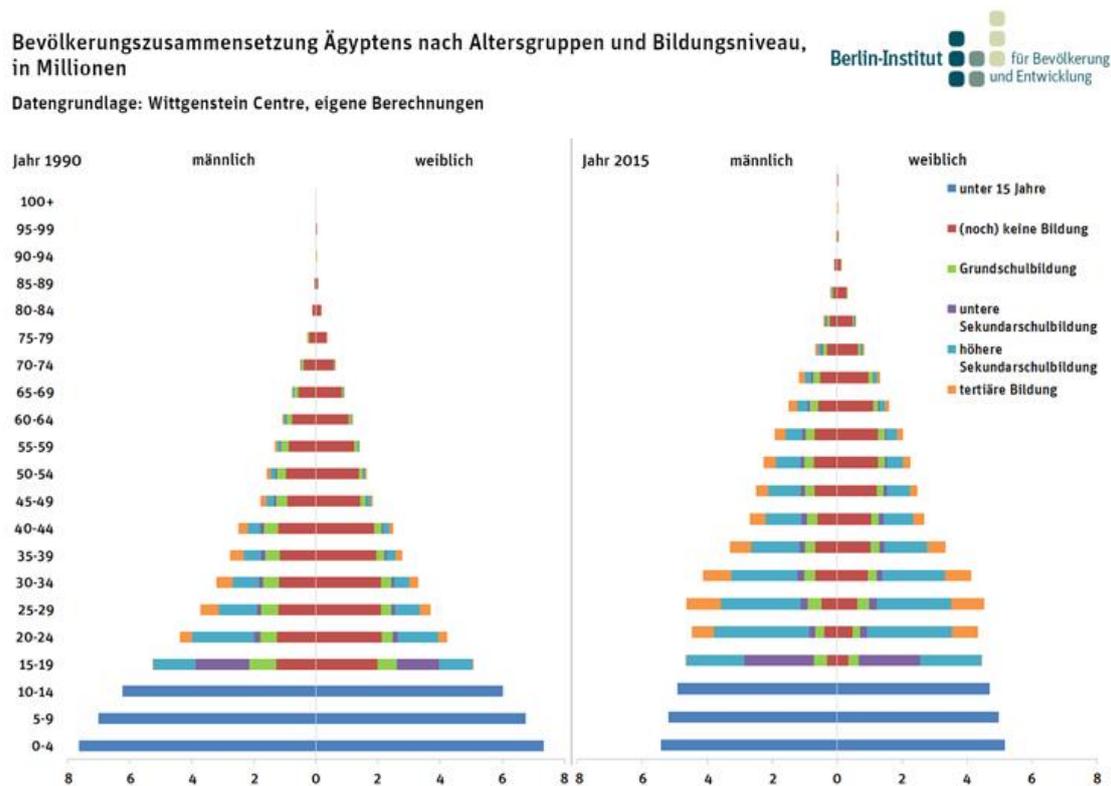
„Die neue Generation von Muslimbrüdern rekrutierte sich v.a. aus der gebildeten Mittelschicht. Bereits in den 1960ern und 1970ern konnte die Muslimbruderschaft Einfluss als Oppositionskraft zum Staat und islamische Alternative an den ägyptischen Universitäten erlangen. Die aus diesem früheren studentischen Milieu stammenden Fachkräfte und Eliten waren es, die in den 1980ern die neue Linie der Ikhwan mitprägten. Diese neue Machtbasis war deutlich reformwilliger, offener und kompromissbereiter als die politisch verbitterten Vertreter der „prison generation“¹⁶. Die Muslimbruderschaft war in den 1980ern eine von der gebildeten Mittelschicht dominierten Bewegung geworden. Die neue Doktrin lautete Akkomodation mit dem existierenden politischen System.“ (Gemeinhardt-Buschardt 2009: 8)

In Ägypten war das Erstarben der Muslimbrüder, welche sich in den 80er Jahren als Partei organisierten, eine Gefahr für die herrschende Elite um Mubarak. Die MB taten sich auch in sozialen Aktivitäten wie der Hilfe für Erdbebenopfer hervor, was der Regierung ebenso ins Auge stach. Sie verbot daher die Annahme ausländischer Geldmittel, was die MB schwer traf. Außerdem griff die Regierung zunehmend zu physischer Gewalt, 1995 wurden mehrere MB verhaftet (vgl. Gemeinhardt-Buschardt 2009: 14).

Die Problematik mit der liberalen Opposition war die Tatsache, dass es einen massiven Reformstau gab. Seit den 80er und 90er Jahren stagnierte die gesellschaftliche Entwicklung, die Diktatoren drückten in ihren offiziellen Erklärungen stets aus, dass alles in Ordnung sei.

Bei den Wahlen 2009 in Tunesien wurde gezielt versucht, junge Menschen von den Wahlen fern zu halten. Ben Alis Präsidentschaft wurde vor allem bei jungen Menschen negativ betrachtet, da die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stagnation seiner Regierung zugeschrieben wurde (vgl. Kislakci 2013: 94 f.). Tunesien mag zwar nur ein Beispiel sein, doch ist ziemlich sicher anzunehmen, dass Jugendbewegungen in arabischen Autokratien mit Sorge betrachtet wurden (vgl. ebd.). Jugendliche (i.e. 16-29-jährige) galten in arabischen Diktaturen als unsichere politische Größe, da ihr Verhalten nicht entlang traditioneller Konfliktlinien ausgerichtet war. Hinzu kam, dass eine starke Entfremdung zwischen dieser Bevölkerungsgruppe und den politischen Strukturen in Tunesien und Ägypten existierte. Zum Beispiel berücksichtigten politische Parteien in Tunesien die Interessen Jugendlicher nicht, weshalb sich diese nicht aktiv im politischen und sozialen Bereich agieren konnten. Die Parteien hatten auch kein Interesse daran, für das Regime potenziell gefährliche Themen aufzugreifen. Die Problematik war daher eine zunehmende Entfremdung einer breiten und auch zahlenmäßig großen Schicht der ägyptischen und tunesischen Bevölkerung. Die Brisanz wird klar, wenn man die Bevölkerungspyramide Ägyptens betrachtet:

Abbildung 1: Bevölkerungsstruktur Ägyptens



Abrufbar: https://www.berlininstitut.org/newsletter/anzeige.html?tx_news_pi1%5Bnews%5D=248&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=367dbfc26576d6354d58798c885497e4 (gesehen am 20.05.2019)

Ähnlich verhielt es sich in Tunesien (vgl. ebd.). Die politischen Führer hatten stets im Sinne des Klientelismus Behörden besetzt und durch die Aneignung des Staatsapparats Gewinne und Interessen an ihre Klientel verteilt. Dadurch entstand ein System, in dem ein Großteil der jugendlichen Bevölkerung trotz guter Bildung vom politischen Leben ferngehalten wurde, und diesem auch kritisch gegenüberstand. (vgl. Kislakci 2013: 95).

„Wie eng die Wechselwirkungen zwischen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen sind, haben die Unruhen von 2011 gezeigt. Sie waren einerseits Folge wachsender Einkommensdisparitäten und hoher Jugendarbeitslosigkeit: Vom früheren Wirtschaftswachstum hatten nur wenige profitiert, die Mehrheit war mit stagnierenden Reallöhnen und Preissteigerungen konfrontiert.“ (Angenendt/Popp 2012: 6)

Der Reformstau in der Region basierte auf den Herrschaftssystemen seit dem Ende der 1960er Jahre. In der arabischen Welt wurde die Macht seit Jahrzehnten von bestimmten Familien ausgeübt, wobei die Verfassung meist einen stark ausgeprägten Präsidentialismus vorsah. Sowohl die Präsidenten Mubarak und Ben Ali änderten die Verfassung, um an der Macht bleiben zu können. Ben Ali stieß dabei auf großen Widerstand bei den ersten Änderungen und begründete diese mit einem Ausnahmezustand. Sobald im Ausnahmezustand regiert wurde, wurden die daraufhin angekündigten demokratischen Reformen verzögert oder ganz ausgesetzt (vgl. Kislakci 2013: 96 f.).

Wie Kislacki (2013) beschreibt war ein weiterer politischer Grund für die Proteste in Ägypten, dass Mubarak begann die Weitergabe des Amts jenseits der formal demokratischen Strukturen vorzubereiten. Von jeher war die Amtsübergabe weniger an Kompetenz gebunden, sondern eher an klientelistische Systeme und interne Vernetzungen. Wie in Syrien, wo Baschar Al-Assad von seinem Vater als Erbe eingesetzt wurde, wollte Mubarak in Ägypten ein derartiges System etablieren. Mubarak versuchte seinen Sohn Gamal als Nachfolger zu etablieren, was jedoch in Anbetracht der allgemeinen politischen Unzufriedenheit von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wurde. Im Sinne eines autoritären Regimes hielt Mubarak die formal demokratischen Vorgehensweisen ein, und ernannte seinen Sohn zunächst zum Parteiobmann, um ihn dann in Folge als Präsident vorschlagen zu können, dies scheiterte jedoch am Widerstand der Straße (vgl. Kislakci 2013: 97 f.).

Kurt (2017) stellt eine weitere politische Besonderheit im arabischen politischen System dar, nämlich eine Verschmelzung militärischer und ziviler Eliten. Islamistische Strömungen sowie die stete Konstruktion des Ausnahmezustands hatten dazu beigetragen, dass sicherheitspolitische Diskurse als Machtsicherung dienten. In Ägypten zeigte sich, dass unter der Präsidentschaft des ehemaligen Generals Mubarak immer mehr Schlüsselpositionen im Staat und in den Behörden von Militärs besetzt wurden. Das heißt, dass einflussreiche Personen aus der Armee in allen Ebenen des Staates installiert wurden, einschließlich der lokalen Regierungen. Eine zentrale Forderung der Opposition war daher der Abbau dieser Verflechtung zwischen ziviler Verwaltung und Militärapparat (vgl. Kurt 2017: 77-80).

Seit den 80er Jahren kam es zu einer Liberalisierung der wirtschaftlichen Situation, was zu einer erstarkenden Mittelschicht und damit reger Geschäftstätigkeit führte. Sowohl in Ägypten als auch in Tunesien wurde unter anderem der Tourismus als Geldquelle für den Staat entdeckt. Daraus ergab sich, dass eine Schicht von Geschäftsleuten entstand, welche den

Regimen nahestanden oder sogar Teil der bereits regierenden Eliten waren (vgl. Kislacki 2013: 102). Dadurch wurde das bereits existierende klientelistische System noch weiter dazu genutzt, um durch Geldflüsse Einfluss auf die herrschenden Regime zu erlangen. Diese Art von Korruption war laut Kislacki (2013) als systemisch zu betrachten und führte zu einer ineffizienten Staatsführung und einer Verstrickung von politischen EntscheidungsträgerInnen und wirtschaftlichen AkteurInnen. Das Resultat war, dass an der Bevölkerung vorbei Einnahmen generiert wurden, welche grundlegend nur einer kleinen elitären Oberschicht zu Gute kamen.

Zusammenfassend existierten politisch-systemische Gründe für die Protestbewegungen in Ägypten und Tunesien. Beide Staaten fußten auf Scheinverfassungen, welche formal demokratische Rechte zusicherten, es handelte sich also um autoritäre Regime, nicht um totalitäre. Hinzu kam eine Elitenkontinuität, welche einen gesellschaftlichen Wandel in beiden Fällen verunmöglichte, so wie ein konstruierter Ausnahmezustand in beiden Staaten. Notstandsgesetze wurden genutzt, um politische Rechte weiter einzuschränken sowie Medien zu zensurieren. Aus der Vermengung von Militär, Politik und Wirtschaft wurde ein Klientelismus gespeist, der unter anderen zur Verfestigung von Ungleichheitsstrukturen beitrug.

4.4.2 Sozio-ökonomische Hintergründe

Bislang wurde festgehalten, dass die politischen Systeme in Tunesien und auch in Ägypten geprägt waren von autoritären Zügen und Klientelismus. Weiter wurden die mangelnde politische Repräsentation der jungen Generation und die Verflechtung von Militär und zivilen Eliten als Gründe für politische Unzufriedenheit ausgemacht. Nun gilt es weitergehend zu analysieren, welche sozio-ökonomischen Ursachen für die Proteste, neben den bereits erwähnten politischen Hintergründen, zu identifizieren sind.

Im Allgemeinen verursachten wirtschaftliche und soziale Probleme die aktuellen Bewegungen. Diese Probleme nahmen ihren Anfang in den 1970er und 80er Jahren. Ausgehend von Systemtheorien wären autoritäre Regime, welche Wohlstand generieren eher stabil (vgl. Nordhausen/ Schmid 2011: 13 f.). So waren die Bewegungen in Tunesien in den 1960er, 70er und 80er Jahren stets mit der Forderung nach Demokratisierung verbunden, mündeten jedoch noch nicht in den Sturz der aktuellen Präsidenten und Machthaber. Kislacki

(2013) identifiziert Arbeitslosigkeit, mangelnde soziale Aufstiegsmöglichkeiten und Ungleichheit als Hauptauslöser des „arabischen Frühlings“ (vgl. Kislakci 2013: 102 f.).

Die Arbeitslosigkeit in Tunesien und Ägypten war dabei vor allem unter Jugendlichen massiv. So zeigen Studien auf, dass die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen in Ägypten bei 24,8% lag, in Tunesien bei 35,6% (siehe Grafik unterhalb). AkademikerInnen in Ägypten waren zu 18% von Arbeitslosigkeit betroffen (vgl. Angenendt/Popp 2012: 3). Der Anstieg der Arbeitslosigkeit, unter anderem durch eine verfehlte Arbeitsmarktpolitik, führte zu einer verstärkten Sorge um die Zukunft. UniversitätsstudentInnen und –absolventInnen wurden zu KerntträgerInnen der sozialen Bewegung in Tunesien und Ägypten. Vor allem in Tunesien waren es gut gebildete Menschen im Alter zwischen 19 und 35 Jahren, welche zu den HauptträgerInnen der Proteste gegen Präsident Ben Ali wurden (vgl. Kislakci 2013: 103).

Abbildung 2: Arbeitslosigkeit in Nordafrika

Jugendbeschäftigung und -arbeitslosigkeit in Nordafrika (in Prozent)

	Ägypten	Algerien	Libyen	Marokko	Sudan	Tunesien
Anteil der 15- bis 24-Jährigen an der erwachsenen Bevölkerung (ab 15 Jahren) (2010) ^a	28,5	27,9	25,2	27,0	32,6	25,0
Anteil der 15- bis 24-Jährigen an der Gesamtbevölkerung (2010) ^a	19,6	20,4	17,6	19,5	19,6	18,8
Jugendbeschäftigungsquote Männer (2011) ^b	35,8	36,5	35,7	43,2	35,5	28,8
Jugendbeschäftigungsquote Frauen (2011) ^b	7,6	5,6	12,5	15,7	18,5	15,1
allgemeine Arbeitslosenquote ^c	9,0	10,0	k.A.	9,1	16,8	18,1
Jugendarbeitslosenquote ^c	24,8	21,0	k.A.	17,6	24,3	35,6

Quelle: Angenendt/Popp 2012: 3

Grundlegend war die Arbeitslosigkeit auf demographische Faktoren zurückzuführen, das so genannte demographische Moment war nach wie vor stark wirksam:

„Erstens sind die Arbeitsmärkte in Nordafrika nach wie vor einem Zuwachs an Jugendlichen ausgesetzt. Die durchschnittliche Kinderzahl hat zwar überall in der Region abgenommen, war aber in den letzten beiden Jahrzehnten immer noch so hoch, dass derzeit weiterhin starke Jahrgänge von Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf die Arbeitsmärkte drängen (»demographisches Moment«).“ (Angenendt/Popp 2012: 3)

Qualifikation wurde oft nicht mit einem Job belohnt, da eine systemische Korruption sozialen Aufstieg behinderte:

„Korruption ist ein gesamtgesellschaftlich betrachtet suboptimales Verfahren der Verteilung von Ressourcen, erhöht aber in spezifischer Weise die Legitimität bei - häufig strategischen - Gruppen, während

jene, die die Kosten aufbringen müssen, oft eine große, diffuse Gruppe bilden, der es nicht leichtfällt, sich gegen den systematischen Charakter von Korruption in den arabischen Systemen zur Wehr zu setzen.“ (Beck 2013: 648)

Korruption wurde dabei in Ägypten und Tunesien als Kernproblem identifiziert:

„Schließlich haben Korruption und Bereicherungsstreben der Eliten in allen Ländern die wirtschaftliche Entwicklung behindert und das Interesse ausländischer Investoren gebremst“ (Angenendt/Popp 2012: 5).

Die Gruppe der jungen Erwachsenen begann daher, sich zu organisieren und zielte auf einen radikalen Wandel ab, so zumindest im Jahr 2011. Wie am Beispiel von Tunesien gezeigt wurde, wo Mohamed Bouazizi in einer Kleinstadt mit hoher Arbeitslosigkeit lebte, löste die radikale Vorgehensweise der Polizei gepaart mit dem steigenden Bewusstsein der sozialen Ungleichheit die ersten Proteste aus (vgl. Prollius/ Schnabl 2016: 17).

Durch soziale Medien und informelle Kontakte wurde die Jugend in den arabischen Staaten sensibilisiert für die Ungleichheit. So verbrachten die Kinder und Familien der arabischen Führer das Wochenende unter anderem in London, Washington, Madrid und Rom, oder lebten dauerhaft außer Landes (vgl. Kislakci 2013: 71 f.), was der großen Anzahl der unter der Armutsgrenze lebenden Jugendlichen bewusst machte, dass der Wohlstand abgeschöpft wurde. Um eine Anstellung zu erhalten, wurde vermehrt auf informelle Kanäle gesetzt (vgl. Kislakci 2013: 103 f.). Obwohl in Tunesien Verwaltungsreformen durchgeführt wurden, hatten diese Reformen nicht zu einer signifikanten Veränderung der Leistung staatlicher Institutionen geführt. Die staatliche Macht war nicht in der Lage, die Korruption zu unterbinden. Bildungsabschlüsse waren sekundär, es zählten eher Verbindungen zu Eliten (vgl. ebd.: 105). Daher können soziale Ungleichheit und Korruption als wichtige Gründe für die sozialen Bewegungen in den beiden Staaten identifiziert werden:

„Gefahren durch die hohe Jugendarbeitslosigkeit drohen aber auch kurzfristig. Neuere Untersuchungen der Ursachen sozialer Konflikte – wie der »Social Unrest Index« der ILO – zeigen, dass in erster Linie Arbeitslosigkeit und zunehmende Einkommensungleichheit Nährboden für soziale Proteste sind. Dies trifft für Nordafrika in besonderer Weise zu.“ (Angenendt/Popp 2012: 5)

Die Normalisierung staatlicher Willkür und wirtschaftlicher Ungleichheit wurden von Jugendlichen nicht akzeptiert, es kam zur Mobilisierung und dem Wunsch nach einem Systemwechsel. Die Transformation liegt daher nicht nur in den politischen Systemen

begründet, sondern auch in der sozialen Ungleichheit in beiden Staaten (vgl. Kislakci 2013: 107f.).

In Tunesien war ein weiteres Problem, dass die wirtschaftliche Entwicklung stagnierte. Die Steuern stiegen, die öffentlichen Ausgaben wurden beschränkt, die Beschäftigung in staatlichen Betrieben reduziert, und der Sozialstaat wurde verschlankt. Ungleichheit stieg und das Ziel, im Staatsdienst zu arbeiten, war schwerer zu erreichen (vgl. Kislakci 2013: 108 f.). Die Einkommensquellen des Landes waren auf Landwirtschaft und Tourismus begrenzt. Differenzen in der nationalen Einkommensverteilung waren offenkundig, Korruption war ein starker wirtschaftlicher Hemmschuh (vgl. Angenendt/Popp 2012: 7). Das Staatsbudget war für wirtschaftliche Entwicklungsprojekte nicht ausreichend. Besonders Preisveränderungen auf den Weltrohstoff- und -lebensmittelmärkten beeinflusste direkt die Lebensbedingungen, die Lebensführung wurde verteuert. Ansteigende Lebensmittelpreise und Nahrungsmittelknappheit sowie die zunehmende Proteststimmung in Nordafrika verhielten sich genau proportional zueinander (vgl. Prollius/ Schnabl 2016: 12-16).

Im Jahr 2009 schwappte die Wirtschaftskrise der europäischen Länder direkt auf die tunesische Wirtschaft über. Ausländische Investitionen und der Tourismus gingen zurück und der Inlandskonsum nahm ab, was die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Tunesien noch verstärkte (vgl. Kislakci 2013: 108 f.).

In Ägypten sind Liberalisierungen und Misswirtschaft als wirtschaftliche Ursachen zu identifizieren. Die neoliberale Politik der Regierung Mubarak in den 2000er Jahren verursachte Unruhe in der ägyptischen Öffentlichkeit. Später lösten im Jahr 2004 die Privatisierungswellen unter Ministerpräsident Ahmad Nazif Proteste der Öffentlichkeit aus, da ansteigende Grundnahrungs- und Transportpreise die Inflation erhöhten und die Lebensführung verteuerten (vgl. Telci 2017: 46). Nahrungsmittelhilfe für Bedürftige wurde gesenkt oder vollständig gestrichen. Preiserhöhungen wurden begleitet von steigenden Kosten des öffentlichen Dienstleistungssektors und höheren Steuern, welche Einschränkungen der Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen erhöhten, von denen vor allem einkommensschwache Schichten betroffen waren. Dies verursachte wirtschaftliche und soziale Probleme und Disparitäten. Der Mittelstand verarmte zusehends und die Unterschicht wurde unter die Armutsgrenze getrieben. Der Staat konnte die Erwartungen, welche mit den

Reformen geweckt wurden, nicht erfüllen. Die junge Generation war von Arbeitslosigkeit bedroht und auch die wirtschaftliche Situation von BäuerInnen und ArbeiterInnen war schlecht. Die Stagnation schien 2011 nicht mit dem aktuellen Regime überwindbar.

Allerdings musste die ägyptische Gesellschaft seit jeher mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfen. Diese Schwierigkeiten spiegelten sich auch in den Gesetzen wider. Zum Beispiel entfernte die ägyptische Regierung Regulationen in Bezug auf den privaten Sektor, wie den „Artikel 53“ im Jahr 1991 und „Artikel 93“ im Jahr 1993. Danach wurden die öffentlichen Einrichtungen verkauft und privatisiert, um ausländisches Kapital zu generieren. Dies führte zwar zu wirtschaftlichen Wachstum, doch kam es nicht zu einer Verbesserung für die sozial schwächeren Schichten, im Gegenteil, die Mittelschicht, welche von staatlichen Anstellungen profitiert hatte, geriet zunehmend unter Druck (vgl. Kislakci 2013: 109 ff.). Außerdem hatte die Armee mehr Einfluss auf die ägyptische Wirtschaft als auf jeden anderen Bereich (vgl. Kurt 2017: 89-90) Dieser Sachverhalt erhöhte die Wut gegenüber der Regierung und dies wurde zu einem wichtigen wirtschaftlichen Grund, der die sozialrevolutionäre Bewegung in Ägypten auslöste. Ungleichheit und wirtschaftliche Stagnation waren also auch hier als ein mobilisierender Faktor zu politischer Unzufriedenheit dazu gekommen (vgl. Kislakci 2013: 111; vgl. Nordhausen/ Schmid 2011: 11).

Zusammenfassend waren die Ausgangspunkte der sozialrevolutionären Bewegung wirtschaftliche Gründe. Obwohl Jugendliche in Tunesien und Ägypten gut ausgebildet waren, hatten sie keine Arbeitsmöglichkeiten. Die wachsende Armutsquote verschärfte in beiden Ländern die Klassenunterschiede, die herrschenden Familien bildeten die Reichen und die Eliten, welche als einzige von den Reformen profitierten.

4.5 Gemeinsamkeiten und Gegensätze der sozialrevolutionären Bewegung in Tunesien und Ägypten

Grundsätzlich lassen sich einige Gemeinsamkeiten, aber auch Gegensätze zwischen der sozialen Bewegung in Tunesien und Ägypten beobachten. Beide Bewegungen verfolgten das Ziel, eine Systemtransformation auszulösen, waren also getragen von einem Wunsch ein System zu verändern, weg von einem autoritären Staat hin zu einem nicht näher definierten demokratischen Staat.

Zu den wichtigsten Gemeinsamkeiten gehört, dass es in beiden Staaten einen Dominoeffekt gab. Sowohl in Ägypten als auch in Tunesien wurde aus den Protesten gegen Missstände eine breite sozialrevolutionäre Protestbewegung. Infolgedessen wurden die Diktatoren gestürzt. Dies beeinflusste die Wirtschaft in beiden Ländern: Einbruch des Tourismus, Rückgang von Auslandsinvestitionen, Produktionsausfälle. Dies wiederum lief direkt den sozio-ökonomischen Motiven der Bewegungen zuwider, da die Arbeitslosigkeit als wesentlicher Grund für diese sozialrevolutionäre Bewegung bewertet und gesehen wird.

In beiden Staaten war Einkommensungleichheit, die durch ein sehr starkes Bevölkerungswachstum verstärkt wurde, ein wichtiger Auslöser. Besonders stark wuchs die Bevölkerung im Nahen Osten und Nordafrika zwischen 1970 und 2010. Nach 2010 waren über 50% der Bevölkerung in der Region jünger als 35 Jahre. Für diese jungen Menschen wurde in beiden Staaten nicht ausreichend getan, um ihnen wirtschaftliche und gesellschaftliche Emanzipation zu ermöglichen (vgl. Prollius/ Schnabl 2016: 13). Diese jungen Menschen leisteten Pionierarbeit für Massenbewegungen im arabischen Raum (vgl. Kislakci 2013: 75). Beide Staaten stellten daher den Startpunkt für sozialrevolutionäre Bewegungen im arabischen Raum dar, welche bislang nur auf europäische Staaten beschränkt waren (vgl. Kislakci 2013: 10).

Eine weitere Gemeinsamkeit ist, dass die Demonstrationen trotz militärischen Eingreifens und Gewalt seitens der Behörden weiter gingen (vgl. Kislakci 2013: 68). Das führte dazu, dass diese Bewegung das System Ben Alis und Hosni Mubaraks zerstörte. Der Ausgangspunkt der Bewegung in diesen beiden Ländern war die Forderung nach einem Rechtsstaat und freien, gerechten und demokratischen Wahlen (vgl. Kislakci 2013: 140). Bis zum Sturz von Ben Ali und Hosni Mubarak wurde die Straße nicht verlassen (vgl. Kislakci 2013: 142). Sowohl die tunesische Bevölkerung als auch das ägyptische Volk hatten entgegen ihrer Angst zum ersten Mal seit etwa 30 Jahren aufbegehrt. Sie bewältigten ihre Ängste trotz Repressionen, wodurch weitere Proteste möglich wurden (vgl. Kislakci 2013: 140).

Es gab vorher keine freien und zuverlässigen Presseorgane in der arabischen Welt, denn freie Medien hätten den Interessen der autoritären Regime zuwider handeln können (vgl. Kislakci 2013: 85). Daher wurden soziale Medien wie Facebook und Twitter genutzt, weil sie Möglichkeiten boten, dass die Demonstranten ihre Proteste leichter organisieren und die Welt in Sekundenschnelle über Korruption, Behördenwillkür und Menschenrechtsverletzungen informieren konnten (vgl. Clasmann 2016: 53). Außerdem entstand eine neue Mediennutzung

bei den Umbrüchen. Facebook war zunächst das wichtigste Medium, um das Volk zu mobilisieren. Junge Leute verwendeten Twitter und YouTube um die Informationen über Proteste um die Welt zu senden. Schließlich berichteten auch arabische TV Sender darüber. Das Zusammenspiel von TV, Internet und Mobiltelefon verwandelte die politische Kommunikation und konstruierte die erforderliche Öffentlichkeit, welche die Umstürze anfangs möglich machte (vgl. El Difraoui 2011: 59). Jugendliche in beide Ländern nützten effizient soziale Medien, damit sie ihre Anliegen bekannt machen (vgl. ebd.: 85) und Reformen einfordern konnten (vgl. Lüders 2011: 72-74).

Eine weitere wichtige Gemeinsamkeit der sozialrevolutionären Bewegung in Tunesien und Ägypten war, dass sie breit aufgestellt war und nicht von einer einzigen Gruppe getragen wurde, viel eher handelte es sich um eine komplexe Zusammensetzung unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher AkteurInnen, von Intellektuellen bis hin zu Offizieren (vgl. Kislakci 2013: 58-62). Auf den Straßen Tunesiens und Ägyptens standen die VertreterInnen linker, nationalistischer und islamistischer Parteien Seite an Seite, wobei vor allem in Ägypten die Muslimbruderschaft versuchte, sich als führend zu etablieren (vgl. Kislakci 2013: 142). Herausragend war dabei, dass die Proteste plötzlich und spontan starteten und am Anfang unabhängig vom Eingreifen externer AkteurInnen, wie zum Beispiel ausländischer AgentInnen, blieben (vgl. Telci 2017: 42 f.).

Beide Bewegungen forderten die Einhaltung der Menschenrechte und das Recht auf „Würde“ (vgl. Nordhausen/ Schmid 2011: 11). Beide Bewegungen forderten dezidiert einen Umsturz: „Das Volk will den Sturz des Regimes“ (Clasmann 2016: 51). Die politischen Führer in Tunesien und Ägypten wurden auch erfolgreich gestürzt (vgl. Kislakci 2013: 147), wobei beide Bewegungen eine Transformation anstrebten, was sie zu sozialrevolutionären Protestbewegungen macht (vgl. Nordhausen/ Schmid 2011: 13). Gleichzeitig waren in beiden Fällen, Tunesien und Ägypten, Jugendliche die Träger der Proteste. Das Ziel war sowohl die Verbesserung des Lebensstandards als auch das Öffnen der Gesellschaft (vgl. Nordhausen/ Schmid 2011: 13). Klar war jedoch, dass beide Bewegungen aufgrund ihrer heterogenen Zusammensetzung uneinig über die potenzielle Regierungsform waren.

Bei allen Gemeinsamkeiten lassen sich jedoch auch Gegensätze feststellen. Zunächst besitzt Tunesien keine wesentlichen natürlichen Reichtümer wie Ägypten, und es ist geografisch abseits von den politischen Krisenherden gelegen. Ägypten liegt direkt, auch als beteiligter Staat, an Nahostkrisenherden, wie dem Gazastreifen, und durch den Suez-Kanal ist es

besonders relevant für den internationalen Güterverkehr (vgl. Nordhausen/ Schmid 2011: 11f.).

Die Eliten Ägyptens und Tunesiens waren nicht vernetzt. Zum Beispiel dominierten in Ägypten der Milliardär Sawiris und hochrangige Militärs die verschiedenen Sektoren der Wirtschaft und der staatlichen Institutionen. In Tunesien hingegen errichteten Clans des später gestürzten Präsidenten Ben Ali mehr als 200 Unternehmen und wurden der Unterschlagung von fast 50 Milliarden US-Dollar bezichtigt (vgl. Prollius / Schnabl 2016: 12). Ägypten war ein autoritärer Staat, der durch das Militär regiert wurde, während es sich bei Tunesien um einen laizistischen Staat handelte, der von einer Elite um Präsident Ben Ali regiert wurde, wengleich auch dieser Staat de facto autoritär war. (vgl. Nordhausen/ Schmid 2011: 11).

Obwohl die Armee in beiden Staaten großen Einfluss hatte und sehr effektiv war, gab es Unterschiede in der Einbindung in den Staatsapparat. Beispielweise hatte die Armee in Tunesien kein eigenes wirtschaftliches Interesse, während in Ägypten die Armee in verschiedenste Sektoren eingebunden war und davon profitierte, wie zum Beispiel aus den Einnahmen des Suez-Kanals (vgl. Schmid 2011:25).

Unterschiede lassen sich auch feststellen, wenn man den Genderaspekt betrachtet. In beiden Ländern wird die Rolle der Frau in der Öffentlichkeit anders artikuliert. Laut einer veröffentlichten Umfrage im Jahr 2015 im Auftrag der Thomas Reuters Foundation, war die Situation der Frauen in Ägypten schlechter als in anderen arabischen Staaten, da Frauen dort weniger präsent in der Öffentlichkeit und auch weniger in das Berufsleben eingebunden waren. In derselben Umfrage nahm Tunesien Platz sechs von einundzwanzig ein. Besonders verbreitet war sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum und am Arbeitsplatz gegenüber Frauen in Ägypten während der Amtszeit von Mubarak, wobei derartige Meldungen in Tunesien eher rar waren (vgl. Clasmann 2016: 113).

Hinzukommt, dass in Tunesien die Proteste von einer Allianz verschiedener laizistischer Gruppen getragen wurde, während eine radikal islamische Kraft sowohl während als auch nach den Protesten verfolgt wurde (vgl. Mersch 2017: o.S.).

In Ägypten war die Lage anders. Dort setzten sich die Muslimbrüder schnell an die Spitze der Proteste, da sie bereits zuvor stark organisiert waren und aktiv agierten (vgl. Völkel/ Kubbara 2017: 2). Die islamistische Opposition war daher in Ägypten schneller aktiv und auch tiefer in die Bewegungen eingebunden als in Tunesien.

Zusammenfassend handelt es sich bei beiden Bewegungen eindeutig um soziale Protestbewegungen, welche durchaus als sozialrevolutionär beschrieben werden können, da ihnen eine Transformation des politischen Systems vorschwebte. Die jeweilige Ausgangslage, sowohl wirtschaftlich als auch zivilgesellschaftlich, war jedoch divergierend.

5 ENTWICKLUNGEN SEIT DEM ARABISCHEN FRÜHLING

5.1 Tunesien

Nach der Flucht Ben Alis übernahm Premierminister Mohammed Ghannouchi sein Amt. Nach Artikel 57 der Verfassung, wurde für den Fall, dass der Präsident sein Amt nicht mehr ausführen konnte, der Ministerpräsident zum Interimspräsidenten. Von Ghannouchi wurde dann auch die provisorische Regierung ernannt. Trotz der Ablöse Ben Alis setzten sich die Proteste fort, da nicht alle Ministerien neu besetzt wurden. Ghannouchi hatte auch aus dem alten Kabinett einige Minister übernommen, diese waren vor allem aus der sogenannten Destur Partei (RCD). Daneben wurden auch die Spitzenpolitiker der drei Oppositionsparteien und drei Mitglieder der Union Generale Tunisienne du Travail (UGTT), der tunesischen Gewerkschaft, mit Ministerien bedacht. Außerdem gab Ghannouchi die Einsetzung von drei Kommissionen bekannt, welche Todesfälle während der Demonstrationen untersuchen, Korruption bekämpfen und demokratische Reformen einleiten sollten.

Doch schnell begann sich in der neuen Regierung Unmut zu regen und einige Mitglieder traten wieder aus. Der Interimspräsident besetzte drei Schlüsselministerien nicht nach, das Außen-, das Verteidigungs- und das Finanzministerium. Deshalb gaben die Gewerkschafter ihre Mitgliedschaft im Kabinett auf. Dann trat auch der Oppositionspolitiker Ben Jaafar zurück, mit der Begründung, dass er keiner Regierung angehören wolle, welche mit der RCD zusammenhing. Premierminister Ghannouchi und sämtliche RCD-Minister traten nun ebenfalls zurück, woraufhin Ben Ali seine Rückkehr anbot, doch Ghannouchi wies ihn zurück und die Staatsanwaltschaft erließ einen Haftbefehl gegen Ben Ali wegen Amtsmissbrauch (vgl. Mersch 2017: o.S.).

Nach dem Sturz Ben Alis verlor die Armee ihren Einfluss in der Politik. Unter seiner Präsidentschaft war diese auf 35.000 Soldaten angewachsen, die Hälfte davon in der Verwaltung. Daneben standen ihm etwa 150.000 Polizisten und zahlreiche Spitzel zur Verfügung. Nach dem Sturz Ben Alis versuchte die Armee zunächst die Regierungsgewalt zu erlangen, zog sich jedoch aufgrund der anhaltenden Proteste zurück und beschränkte sich vor allem auf Sicherungsmaßnahmen (vgl. Schmid 2011: 22-25). ProvokateurInnen waren jedoch aktiv und stifteten Unruhe. Das Ziel der ProvokateurInnen war es, die Regierungsarbeit zu verunmöglichen. Die Proteste richteten sich schnell gegen diese als ProvokateurInnen

agierenden AgentInnen, wobei nicht geklärt werden konnte ob diese RCD-Mitglieder, Armeemitglieder oder Polizeiangehörige waren (vgl. ebd.).

Aufgrund des Zerfalls des Kabinetts sowie der Provokationen durch RCD Anhänger, musste Interimspräsident Ghannouchi zurücktreten. (vgl. Kocak 2012: 43). Er übergab die Verantwortung an Fuad Mebazaa als Interimspräsident, der Baji Qaid Al-Sabsi (parteilos) als Premierminister einsetzte. Baji Qaid Al-Sabsi war neuer Übergangsregierungschef ab 27. Februar 2011. Al-Sabsi hatte in der Amtszeit von Bourguiba in verschiedenen „Schlüsselressorts“ gedient und war kein treuer Anhänger Ben Alis (vgl. Clasmann 2016: 101 f.). Am 7. März ernannte Al-Sabsi das neue Kabinett. Kurz darauf wurde die ehemalige Regierungspartei verboten und komplett aufgelöst. Allen hochrangigen Mitgliedern dieser Partei wurde ein zehnjähriges Verbot auf politischer Ebene erteilt. Darüber hinaus war es den an der tunesischen Übergangsregierung beteiligten Personen ebenfalls untersagt, an den Wahlen teilzunehmen (vgl. Kocak 2012: 43).

Im Anschluss daran endete die Amtszeit des Interimspräsidenten nach Artikel 57, deshalb sollten Präsidentschaftswahlen stattfinden, doch wurde eine Verlängerung der Frist beschlossen, damit sich Parteien formieren und ein Wettbewerb ermöglicht werden konnte (vgl. Schmid 2011: 29). Auf diesem Grund wurde die Präsidentschaftswahl erst am 23. Oktober 2011 durchgeführt und die Ergebnisse am 27. Oktober bekannt gegeben. Fast hundert politische Parteien nahmen an der Wahl teil. Der Kopf der zweiten Übergangsregierung, Baji Qaid Al-Sabsi, hatte schon unter Bourguiba gedient und viele der Technokraten seines Kabinetts hatten zuvor hohe Positionen im System von Ben Ali bekleidet, aber ohne mit dem Präsidenten zu eng verbunden zu sein. Die politische Landschaft Tunesiens während der Präsidentschaftswahlen 2011 war in drei Blöcke geteilt: „Einen islamistischen mit der Ennahda als stärkster Kraft, einen linken und einen liberalen der rechten Mitte, in dem sich Parteien der sogenannten Neo-Bourguibisten fanden, darunter auch einige Parteien, die als Sammelbecken für ehemalige Mitglieder und Eliten von Ben Alis RCD“ (Werenfels 2011: 18 f.) bestehen konnten.

Bei der Wahl erzielt die Al-Nahda (Ennahda) Partei unter Führung von Raschid al-Ghannouchi einen großen Erfolg, da sie die am besten organisierte Partei darstellte und nicht mit dem Regime von Ben Ali zusammengearbeitet hatte, dadurch wurde sie als neutrale Bewegung betrachtet. Bei der Wahl gewann die Al-Nahda 37,0 % der Stimmen und 89 von 217 Sitzen (vgl. Pabst 2014: 53). Die nächstplatzierten 2 Parteien aus dem linken Spektrum

erreichten 29 und 26 Sitze, die restlichen entfielen an unabhängige Kandidaten und konservative Parteien. Die Partei Ben Ali (RCD), durfte zu dieser Wahl nicht antreten (vgl. Classman 2016: 103).

Die Wahl lässt sich als Systemtransformation betrachten, da diese demokratischen Richtlinien folgte und vom Pluralismus geprägt war (vgl. Werenfels 2011: 19). Damit begann eine Transformation, welche das autoritäre System mit seinem formal demokratischen Verfassungstypus zu einer echten Demokratie umwandelte. Der radikale Wandel war ein gutes Vorzeichen, doch waren die Rahmenbedingungen, wenn man die Systemtheorien in Betracht zieht, komplex und hinderlich, da nach wie vor sozio-ökonomische Probleme ungelöst waren.

Erstens erlebte das Land nach dem Sturz Ben Ali eine Wirtschaftskrise. Der Tourismussektor verzeichnete bis Herbst 2011 deutliche Rückgänge, und die Betriebe konnten aufgrund von Demonstrationen oder Streiks nicht im gewohnten Ausmaß produzieren. Der Konflikt in Libyen hatte die politische Stabilität des Landes beeinträchtigt und die weiterhin gestiegene Arbeitslosigkeit hatte die wirtschaftliche Lage der tunesischen Bevölkerung verschlechtert. Wenn sich die Wirtschaftslage jedoch nicht verbesserte, wurden wieder Demonstrationen erwartet, die die Wirtschaft schwächen und die Handlungsfähigkeit der Regierung einschränken könnten. Dies wiederum könnte einen Backlash darstellen, welcher die Transformation gefährden könnte.

Zweitens dauerten die Unruhen im Zentrum und Süden Tunesiens nach wie vor an, dort hatte sich die Kriminalität erhöht, da die militärische und polizeiliche Ordnung nicht wiederhergestellt wurde.

Drittens waren nach wie vor Eliten der Ben Ali Zeit im Justiz-, Polizei- und Verwaltungsapparat präsent, was eine Aufklärung der Verbrechen und des Amtsmissbrauchs erschwerte. Dies wiederum untergrub zu einem gewissen Grad die Legitimation der neuen Regierung.

Viertens war eine neue Konfliktlinie entstanden, da nun islamistische und säkulare Kräfte um die Vorherrschaft im neuen System rangen, sowie um die Ausrichtung des Systems. Dieser Konflikt war zentral für die weitere Entwicklung des tunesischen Modells, da sich hier entschied, ob eine Demokratie westlichen Musters entstehen, oder aber eine illiberale Wende eintreten würde (vgl. Werenfels 2011: 19). Der Erfolg der Al-Nahda Partei wäre aus liberaler Perspektive daher besorgniserregend gewesen, weil diese Partei als islamistische Partei

bekannt war. Die Partei selbst definierte sich jedoch als „eine islamische Partei“, nicht als „eine islamistische Partei und hat eine prodemokratische Haltung eingenommen, trug sie doch weitere Schritte zur Demokratisierung mit, wie eine Verfassungsreform, welche auch säkulare Elemente enthielt.

Um die gesellschaftliche Zersplitterung aufzuhalten, wurden Kommissionen zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen bei den Demonstrationen gegründet:

„Die Kommission soll die Menschenrechtsverletzungen sowohl aus der Regierungszeit Ben Alis als auch seines Vorgängers, Habib Bourguiba, aufarbeiten und so einen Beitrag zur Versöhnung leisten. Allerdings sind die Kommission und ihr gesetzlicher Rahmen politisch umstritten. Insbesondere Nidaa Tounes steht der Aufarbeitung der Vergangenheit durch die Übergangsjustiz kritisch gegenüber. Denn sie würde viele ihrer Mitglieder betreffen, die unter den Regierungen Bourguiba und Ben Ali öffentliche Ämter innehatten. Das Amnestiegesetz, das im September 2017 verabschiedet wurde, wird als ein Versuch des Präsidenten gewertet, die Wahrheitskommission zumindest teilweise zu entmachten.“ (Mersch 2017: o.S.)

Diese Entwicklungen wurden als sehr wichtige Veränderung für das Land betrachtet. Aber neben dieser Entwicklung kam es zu neuen Protesten durch salafistische und islamistische Elemente in Tunesien, welche einen Umbau Tunesiens nach Schariarecht forderten. Die Übergangsregierung, die nach den Massenprotesten ihr Amt antrat, hatte hart auf die Proteste der SalafistInnen reagiert, mit Gewalt und Repression, wobei man sagte, dass dies zum Schutz der Demokratie geschehe. Während die Spannungen zwischen der liberalen Regierung und den SalafistInnen stiegen, wurden zwei Attentate auf Politiker verübt. Am 6. Februar 2013 wurde Schukri Belaid, einer der führenden linken Politiker Tunesiens, ermordet und am 25. Juli 2013 Mohamed Brahmî, Vorsitzender der Partei Volksbewegung. Die Situation wurde dadurch noch komplizierter, dass die islamische Regierungspartei für die Normalisierung von Gewalt verantwortlich gemacht wurde. Das Volk begann Demonstrationen gegen die neue Regierung zu organisieren, an vielen Orten waren Polizei und Opposition in Konfrontation. Diese Situation störte den Wiederaufbau in Tunesien. Der Militärputsch, der am 30. Juni gegen die gewählte Regierung der Muslimbruderschaft in Ägypten geführt wurde, wirkte sich auch negativ auf den Übergang Tunesiens zur Demokratie aus, da nun gefürchtet wurde, dass das Militär in Tunesien ähnlich vorgehen würde.

Die Regierung versuchte Maßnahmen zu treffen, um diese Spannungen zu beenden. Darüber hinaus war das Vorhandensein mehrerer Kommissionen für die Durchführung von Reformen und für die Aufarbeitung von Korruption und Menschenrechtsverletzungen ein wichtiger Faktor, um die Ziele dieser sozialrevolutionären Bewegung zu erreichen und Versöhnung zwi-

schen den liberalen und islamischen Elementen sicherzustellen, und somit ein wichtiger Faktor für den bisherigen Erfolg des tunesischen Übergangsprozesses im Vergleich zu Ägypten (vgl. Kocak 2012: 44-49).

Am 26. Januar 2014 verabschiedete das Parlament letzten Endes eine neue Verfassung, deren Inkraftsetzung sich jedoch etwas verzögerte. Sie wurde von internationalen Beobachtern und vielen westlichen Regierungen als Wendepunkt im Prozess der demokratischen Transformation eingeschätzt und als „echter Systemwechsel“ beurteilt. Die Verfassung sah eine parlamentarische Demokratie mit einem starken Regierungschef vor, wobei der Präsident nur noch eine repräsentative Funktion innehatte. Das heißt, dass das System sich von der Tradition der Präsidialdominanz abgekehrt hatte, wobei säkulare Elemente dominierten.

Mit der neuen Verfassung stand der Weg zur freien Wahl eines neuen Parlaments offen. Nach Einschätzung internationaler WahlbeobachterInnen verlief diese Wahl am 26. Oktober 2014 fair und transparent. Im selben Jahr fanden die Parlamentswahl und die Präsidentschaftswahlen (bestand aus zwei Runden) nach demokratischen Standards statt. Nach dem Ergebnis der Parlamentswahl hat Nidaa Tounes (neu gegründete Partei von Al-Sabsi) 86 Sitze, Al-Nahda 69 Sitze und andere Parteien erreichten weniger als 4.1%. Nidaa Tounes präsentiert sich als breite gesellschaftliche Konstellation, ihre AnhängerInnenschaft war sehr heterogen, bestehend aus GewerkschafterInnen, Linken, Rechten, bürgerlich-konservativen und säkular-liberalen Kräften. Ihr hervorstechendes Merkmal war ihre Ablehnung der Ideologie des politischen Islam. Nach diesem Wahlergebnis hatte nicht nur Al-Nahda Stimmen verloren, sondern auch die anderen Parteien der Übergangsregierung. Nidaa Tounes schaffte es jedoch nicht die Mehrheit in eine Regierung umzusetzen, da sich eine konservativ-islamische Koalition bildete (vgl. Classman 2016: 108-110). Am 5. Februar 2015 hat die neue Regierung aus Vertretern der Partei Nidaa Tounes (säkular-konservativ) mit Vertretern von Al-Nahda (islamisch-konservativ), Afek Tounes (liberal), UPL sowie unabhängigen TechnokratInnen ihr Amt angetreten (vgl. Republik der Türkei 2011).

Nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahl wurde die absolute Mehrheit von keinem der KandidatInnen errungen. Die zweite Runde der Präsidentschaftswahl fand am 21. Dezember 2014 statt, Diese gewann Al-Sabsi mit 55,68 Prozent der Stimmen und übernahm die Präsidentschaft (vgl. Classman 2016: 115 f.). Aufgrund der politischen Mobilität im Land wurde am 6. Januar 2016 die Regierung erneut umgebildet und das neue Kabinett überstand das Vertrauensvotum im Parlament. Im neuen Kabinett waren nun 9 Minister von Nidaa Tounes vertre-

ten, einer von Al-Nahda, drei von Afek Tounes, vier von UPL, dreizehn Minister waren unabhängige Kandidaten (vgl. Republik der Türkei 2011).

Alles in allem zeigte der ständige Wandel der Regierungsmehrheit einerseits, dass das politische System noch fragil war, obwohl der stetige friedliche und konstitutionelle Wandel indizierte, dass eine tatsächlich demokratische Transformation stattgefunden hatte. Die demokratische Verfassung sah eine radikale Schwächung der Exekutive vor und etablierte auch transparentere Normen. Weiter wurden Amtszeiten des Präsidenten wieder beschränkt, wodurch eine Zentralisierung der Macht verhindert werden sollte. Das Militär verhielt sich passiv und akzeptierte den Wandel.

Neben dem politischen Fortschritt hielten wirtschaftliche Schwierigkeiten im Land an, wie zum Beispiel hohe Arbeitslosigkeit und große Entwicklungsunterschiede zwischen dem touristisch erschlossenen Küstenstreifen und dem ländlichen Hinterland. Deren Lösung könnte das Land voranbringen, das bislang als einziges „Erfolgsland“ des Arabischen Frühlings gilt (vgl. Völkel 2018: 2).

Im Allgemeinen befindet sich die Region Naher Osten und Nordafrika insgesamt - mit wenigen positiven Ausnahmen - nach wie vor in einer Transformationskrise. Laut einer Zusammenfassung von Daten in den Kategorien

- a) sich konsolidierende Demokratien (Werte 10 bis 8),
- b) defekte Demokratien (Werte < 8 bis 6) ,
- c) stark defekte Demokratien (Werte < 6),
- d) gemäßigte Autokratien (Werte \geq 4),
- e) harte Autokratien (Werte < 4),

ist die politische Transformation in dieser Region nicht sehr fortgeschritten (vgl. Völkel 2018: 4). Die Region steht im Durchschnitt auf 4,35 von maximal 10 Punkten. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar, gefolgt von Tunesien, sind als die besten in der Region im weltweiten Vergleich nicht mehr als mittelmäßig. Mehr als die Hälfte der Länder dieser Region - Ägypten ist ein Beispiel dafür - findet sich in den beiden schlechtesten Kategorien - schwach oder sogar fehlgeschlagenes „Transformationsmanagement“ - des BTI-Governance-Index der Bertelsmann Stiftung (vgl. Völkel 2018: 3).

Zusammenfassend ist trotz aller wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen Tunesien ein Land, in dem erhebliche Fortschritte auf dem Gebiet der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit erzielt wurden, und der Übergang von der Revolution zum Demokratisierungsprozess fortgesetzt wird. Ägypten lag und liegt im Demokratisierungsprozess weit hinter Tunesien.

5.2 Ägypten

Die Protestbewegung, die Ende Januar 2011 in Kairo ihren Anfang nahm, konnte ihre Ziele nur teilweise erreichen, das langjährige Staatsoberhaupt wurde gestürzt, das politische System jedoch nicht transformiert. Trotzdem musste Mohammad Husni Mubarak aus seinem Amt scheiden, wie auch Ben Ali in Tunesien.

Die Bewegung in Kairo war kein “koordinierter Aufstand”, es handelte sich um eine heterogene Bewegung von Oppositionellen und unzufriedenen BürgerInnen. Die Situation in Tunesien war ein Beispiel für das Ziel, das ägyptische Regime zu stürzen. Als Ergebnis erklärte Mubarak am 11. Februar 2011 seinen Rücktritt, was von den DemonstrantInnen positiv aufgenommen wurde (vgl. Clasmann 2016: 124 f.). Für die ägyptischen DemonstrantInnen waren vor allem drei Begriffe wichtig: “Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit“, wobei Demokratisierung in der Agenda weiter unten stand (vgl. ebd.:45). Mubaraks Sturz wäre ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung gewesen, doch kam es schnell zu Konflikten zwischen zwei großen Interessensgruppen. Diese Gruppen waren 1. die SalafistInnen und 2. die Muslimbruderschaft (vgl. ebd.: 85 f.).

Kurz nach der Entmachtung Mubaraks gründete die Muslimbruderschaft die “Partei für Freiheit und Gerechtigkeit”. Zwei Monate später gründete eine salafistische Gruppe die „Lichtpartei“ (Hizb al-Nour), deren einziges Ziel die Einführung des islamischen Rechts (Scharia) in Ägypten war (vgl. ebd. 124 f.). Im Folgenden wird kurz auf die beiden Gruppierungen eingegangen.

Der Salafismus bezeichnet sich als eine “ultra-konservative Bewegung”, die ihre Existenz von der Zeit des Propheten direkt ableitet, wobei dies umstritten ist. Daniela Pisiu erläutert in ihrem Beitrag, dass nicht alle SalafistInnen politisiert sind. Sie unterscheiden sich je nach den politischen, sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen jedes Landes (vgl. Günay 2017: 8). In wissenschaftlichen Forschungsartikeln werden einige Strömungen des Salafismus mit

unterschiedlichen Zielsetzungen unterschieden. GIGA Focus (vgl. Lorch Ranko 2016) definierte drei Formen von salafistische Strömungen: apolitischer Quietismus (1), Jihadismus (2) und weniger bekannt der politisch-demokratische Salafismus (3). Die erste Strömung des Salafismus lehnt es ab, sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Ihr Zweck ist es, sich auf die Gesellschaft zu konzentrieren, mit dem Ziel, MuslimInnen für missionarische Aktivitäten (da‘wa) zu gewinnen und eine Reislamisierung der als „unmuslimisch“ betrachteten Muslime zu erreichen. Die zweite Strömung der SalafistInnen beinhaltet gewalttätige Aktionen. Ihre VertreterInnen sehen die Herrscher in der arabischen Welt als „Ungläubige“ und in der Region tätige externe Akteure wie die Vereinigten Staaten werden als „ungläubige Invasoren“ in muslimischen Ländern betrachtet. Die dritte Strömung des Salafismus ist mehr nach einer sozialrevolutionären Bewegung ausgerichtet und versucht durch die Unterwanderung der politischen Institutionen Einfluss zu gewinnen (vgl. Günay 2017: 8). Die Geburtsstätte dieser Strömungen liegt in Saudi-Arabien, sie entstanden vor allem in den 70er und 80er Jahren und wollen der angeblichen Verderbtheit der muslimischen Welt durch eine puristische Wende entgegenwirken.

Telci unterscheidet die salafistischen Strömungen nach folgenden Kriterien: TraditionalistInnen (1), welche politischen Aktivismus ablehnen; ReligionspädagogInnen (2), die die Aktivitäten des Religionsunterrichts bevorzugen; Politischer Salafismus (3), der zur Politik neigt, und (4) letztendlich konservative DschihadistInnen, welche den bewaffneten Widerstand forcieren. Diese Bewegungen führten in der Zeit von Mubarak keine politischen Aktivitäten aus, lediglich der bewaffnete Arm des Salafismus, i.e. die DschihadistInnen, begingen Attentate auf TouristInnen, hochrangige PolitikerInnen und intellektuelle Persönlichkeiten des Landes. DschihadistInnen hatten auch Putschversuche gegen Mubarak geplant, scheiterten jedoch am ägyptischen Sicherheitsapparat. Nach dem Sturz Mubaraks gewann der politische Salafismus Aufwind und Bedeutung (vgl. Telci 2017: 109).

Der "Arabische Frühling" bot erstmals die Gelegenheit zu mehr politischer Beteiligung in arabischen Staaten. In einigen Staaten der arabischen Welt erlebte der politische Salafismus auch einen Aufstieg. In Tunesien und Ägypten wurden kurz nach dem Sturz der autoritären Machthaber Ben Ali und Hosni Mubarak salafistische politische Parteien gegründet. Während SalafistInnen in Tunesien bisher kaum politische Erfolg erlangen konnten, konnten sie 2012 mit der Partei „al-Nur“ (Partei des Lichts) in Ägypten direkte Wahlerfolge erzielen (vgl. Lorch/ Ranko: 1 ff.).

SalafistInnen hatten in Tunesien und Ägypten unterschiedliche Startpositionen. Während sie im tunesischen Kontext als eine Jugendbewegung auftraten, profitierten sie in Ägypten von der Feindschaft zwischen dem Mubarak-Regime und der Muslimbruderschaft. Damit die Bruderschaft politisch und gesellschaftlich entmachtete wurde, förderte das Mubarak-Regime unter anderem auch salafistische Gruppen als islamische Gegenbewegung zu den sozial agierenden Muslimbrüdern (vgl. Günay 2017: 8 f.).

Seit der Entstehung der Proteste in Ägypten und Tunesien fokussierten sich salafistische AkteurInnen in Tunesien, um sich politisch zu organisieren; mit dem Ziel sich am politischen Prozess beteiligen zu können. Mehrere kleine salafistische Parteien wurden im Jahr 2012 registriert, „Jabhat al-Islah“ (JI – Reformfront), „Hizb al-Asala“ (HA – Authentizitätspartei) und Hizb ar-Rahma (HR – Barmherzigkeitspartei). Diese Parteien hatten nur begrenzte Mitgliederzahlen und eine begrenzte organisatorische Reichweite. Alle drei Parteien forderten die Anwendung des Scharia-Gesetzes als gültiges Rechtssystem. Ihre politischen Ziele unterscheiden sich daher von der neuen tunesischen Verfassung, die nach 2014 beschlossen wurde und nicht ausdrücklich auf die Scharia Bezug nimmt. Daneben lehnten die legalen salafistischen Parteien Gewalt ab und sie bekannnten sich auch offiziell zu den Regeln des demokratischen Systems. Die drei salafistischen Parteien bezeichneten sich selbst als „islamistisch“ und nicht mehr „salafistisch“. Obwohl ihre Bemühungen, vom Staat legalisiert und anerkannt zu werden, erfolgreich waren, konnten sie nicht erfolgreich sein, im Gegenteil, sie verloren an Macht, da eine breite zivilgesellschaftliche Front sich gegen sie formierte (vgl. Lorch/ Ranko: 1-6).

Die Muslimbruderschaft, gegründet 1928 von Hassan al-Banna, ist die größte organisierte islamistische Bewegung Ägyptens. Das Ziel von Hasan al- Banna war es, einer Alternative zum damaligen politischen System in Ägypten und ein unabhängiges und sich selbst regierendes Ägypten ohne den Einfluss der Kolonialmächte zu bilden. Zu diesem Zweck verbreitete er die Rückbesinnung auf die islamischen Wurzeln des Landes und das islamische System als politische Alternative (vgl. LfV o.J.). Damit ist die Muslimbruderschaft eng an salafistische Gruppen angelehnt. Die Muslimbruderschaft wird daher oft als “die Mutter moderner islamistischer Bewegungen in der arabischen Welt” bezeichnet.

“With the notable exception of al-Wefaq Society in Bahrain, all participating parties or movements derive their ideas from and are loosely affiliated with the Muslim Brotherhood” (Günay 2017: 10).

Obwohl sie eine große Basis in der Bevölkerung hatte, musste die MB ihren politischen Aktivismus auf einem niedrigen Niveau halten, weil sie unter dem Regime Mubarak jahrelang politisch verfolgt und auch verboten wurde. Bis 2005 konnte die MB gegen das Regime nur kleine Demonstrationen durchführen. Am 27. März 2005 organisierte sie zum ersten Mal eine großflächige Demonstration, welche gewaltsam niedergeschlagen wurde. Bei der sozialrevolutionären Bewegung 2011 wurde sie umgeformt und in die Demonstrationen einbezogen (vgl. Telci 2017: 101 f.). Als erste politische Organisation begann die Muslimbruderschaft unmittelbar nach den Demonstrationen aktiv zu werden. Im April 2011 organisierte der Führer der Muslimbruderschaft zum ersten Mal seit 15 Jahren eine öffentliche Sitzung des Rates der Beratung (Schura-Rat), wobei beschlossen wurde, dass die Bruderschaft ihre eigene Partei gründen solle, die Partei der Freiheit und Gerechtigkeit (Freedom and Justice Party FJP). Mohammed Mursi wurde zum Parteivorsitzenden gewählt (vgl. Gerlach 2016: 95).

Nach dem Mubaraks Sturz wurde das erste Verfassungsreferendum im Frühjahr 2011 abgehalten. Verschiedene politische Akteure, hochrangige Generäle oder Personen aus der Zeit von Mubarak hatten sich zuvor besorgt über die Legitimität der Handelnden geäußert, wobei sich die Frage stellt, ob dies nicht ein Ausdruck des Machterhalts war. Als Folge der Proteste im Jahr 2011 verursachte der Rat der Bruderschaft Druck auf die Militärführung auszuüben, welche er offen des Amtsmissbrauchs bezichtigte (vgl. Kurt 2017: 94). Am 23. Januar 2012 versammelte sich zum ersten Mal in der Geschichte der Republik Ägypten ein frei gewähltes Parlament. Die unbestrittenen Sieger der abgehaltenen Parlamentswahlen waren die Muslimbrüder und ihre Partei, welche eine Allianz mit salafistischen Bewegungen bildeten.

Die Einteilung der ägyptischen Parteien unterschied damals vier politische Lager: das islamistische, das liberale, das linke und das Lager der alten Kräfte aus der ehemaligen Regierungspartei NDP (vgl. Büchs 2012: 1 f.).

Tabelle 2: Zentrale Parteien

Islamistische Parteien	Ultra-konservativ	al-Nur, al-Asala, al Fadyla, Building and Development Party
	moderat	Freedom and Justice Party, Renaissance, al-Tayar, al-Wasat
	gegenüber Islamisten aufgeschlossen	Al-Wafd, al-Ghad, Masr al-Hurriya
Liberales Parteien	gegenüber Islamisten skeptisch	Free Egyptians Party, Democratic Front
Linke Parteien		Tagammu, Social Democratic Party, Equality and Development Party, Islamic Labour Party
	Parteien von Ex-NDPlern	Freedom Party, Citizen Party, National Party, Union Party

Quelle: Zusammenfassung von Büchs 2012: 3

Bei den ersten freien Präsidentschaftswahlen, die im Mai 2012 stattfanden, hatte sich keiner der Kandidaten durchsetzen können. Beim zweiten Wahlgang im Juni 2012 gewann Muhammad Mursi, als Kandidat der Muslimbruderschaft, für die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei (FJP) mit 51,73 Prozent der Stimmen gegen seinen unabhängigen Herausforderer Ahmad Shafiq (48, 27 Prozent). Die Wahlen wurden von internationale BeobachterInnen begleitet, diese waren sich über der Korrektheit dieser Wahlen weitgehend einig (vgl. Kirkpatrick 2012 zit. nach Fürtig 2018: 2).

Das erste Mal seit der Gründung der ägyptischen Republik fand die Wahl eines zivilen Politikers für die Spitzenposition des Staates statt. Dies wurde jedoch von verschiedenen Kräften, inklusive politischer und militärischer Eliten des Mubarakregimes, negativ betrachtet (vgl. Völkel/ Kubbara 2017: 3).

Kurz nach der Wahl von Mursi flackerte die politische Debatte wieder auf. Es gab Meinungsverschiedenheiten darüber, wie die ägyptische Regierungsform aussehen sollte, wobei die politische Opposition und die Regierung um die Muslimbruderschaft sich nicht einigen konnten. Unklar war Mursis Ankündigung einer Änderung der Verfassung, welche eine salafistische Ausrichtung vorsah, was wiederum liberale Kräfte und auch Befürworter des alten Regimes zu Protesten gegen Mursi veranlasste (vgl. Kurt 2017: 94-98). Mursi und die MB wurden von ihren GegnerInnen als nicht regierungsfähig betrachtet, darüber hinaus gab es auch interne Kritik (vgl. Gerlach 2016: 100). Die Muslimbrüder trugen mit ihrer ambivalenten Haltung dazu bei, dass ein Machtvakuum entstand, welches illiberale Kräfte nutzten, um die Muslimbrüder zu diffamieren, wobei liberale Kräfte sich dieser Kritik anschlossen, da die Errichtung eines Scharia-Staates befürchtet wurde (vgl. ebd.)

Es gibt jedoch noch andere Gründe für den Misserfolg der Muslimbruderschaft und der sozialrevolutionären Bewegung in Ägypten. Ein Grund dafür ist der große Einfluss der Armee auf die ägyptische Politik. Angehörige der ehemaligen Armee traten in die Politik ein und beteiligten sich auf allen Ebenen des Staates, einschließlich der lokalen Regierungen. Darüber hinaus hatten sie auch großen wirtschaftlichen Einfluss. Obwohl die Armee ein deutliches Mitspracherecht hatte, blieb sie in der sozialrevolutionären Phase passiv. Bei Mursi spielten sie eine andere Rolle und trugen zu seinem Sturz bei.

Am 3. Juli 2013 stürzte Führung von General Abd al-Fattah al-Sisi die Mursi-Regierung mit Unterstützung der westlichen Demokratien und Saudi-Arabiens. Auf diese Weise wurden die stetigen Demonstrationen der politischen Opposition von der militärischen Reaktion genutzt, um die gewählte Regierung abzusetzen. Der einzige Unterschied zwischen dem Mubarak- und dem Mursi-Putsch bestand darin, dass Mubarak mit einem indirekten Putsch und Mursi mit einem direkten Putsch gestürzt wurde. Nach dem Putsch übernahm die Armee die Verwaltung. Die Muslimbruderschaft, welche versuchte, Demonstrationen zu organisieren, wurde mit Gewalt aufgelöst (vgl. Kurt 2017: 89-100).

Bei den Wahlen von 29. Mai 2014 traf Al-Sisi nur auf einen anderen Kandidaten, da weitere entweder nicht zugelassen oder zum Rücktritt gezwungen wurden. So gewann er die Präsidentschaftswahlen. Sein Herausforderer war der linkspopulistische Hamdeen Sabahi, der selbst Teil des ehemaligen Staatsapparats war (vgl. Roll 2014: 1).

Abbildung 3: Wahlergebnisse in Ägypten 2014

Candidate	Votes	%
Abd al-Fatah al-Sisi	23, 780,104	96.91
Hamdeen Sabahi	757,511	3.09

Quelle: Smith 2016: 5

Obwohl Abd al-Fattah al-Sisi bei den Präsidentschaftswahlen einen wichtigen Erfolg erzielt hatte, begannen die eigentlichen Schwierigkeiten für al-Sisi nach den Wahlen. Nach wie vor herrschten Korruption und wirtschaftlicher Stillstand. Unter diesen Bedingungen waren die Erwartungen der ägyptischen Bevölkerung an al-Sisi hoch. Er musste seine Macht festigen und Reformen durchführen, um die Erwartungen zu erfüllen. Eine nachhaltige Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Situation Ägyptens war schwer, da die alten Strukturen nach wie vor nicht aufgebrochen wurden. Daneben war bekannt, dass die Armee sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich aktiv war, das heißt, seit dem Sturz von Mubaraks im Jahr 2011 wurden die Eliten de facto nicht ausgetauscht (vgl. Roll 2014: 1 ff.).

Al-Sisis übermäßige Gewalt gegen die Zivilbevölkerung führte dazu, dass Gruppen, welche die Armee zuvor unterstützt hatten, sich jetzt gegen die Armee stellten. Laut Artikel 136 der Verfassung, die in Ägypten im Jahr 2014 verabschiedet wurde, konnten nun auch Zivilisten vor ein Militärgericht gestellt werden. Militärverfahren waren intransparent, und die Angeklagten hatten nur eingeschränkte Möglichkeiten sich zu verteidigen. Die Einführung dieser Verfahren bot die Möglichkeit, oppositionelle politische Organisationen stärker unter Druck zu setzen, da in diesen Verfahren die Todesstrafe eher verhängt werden konnte, ohne Möglichkeit auf Berufung. In diesem Zusammenhang wurden im ersten Halbjahr 2016 insgesamt 15 Personen in zwei verschiedenen Fällen mit der Todesstrafe bestraft (vgl. Sinmaz 2016: 4 ff.). Hunderte junge ÄgypterInnen verschwanden unter der Herrschaft von Al-Sisi. Während die Regierung die Anschuldigungen in vielen Fällen bestritt, kann davon ausgegangen werden, dass die Verschwundenen von der Polizei festgenommen und ohne Gerichtsverfahren inhaftiert oder von Sicherheitskräften gefoltert wurden, die keiner gerichtlichen Kontrolle unterliegen. Der Bericht "We do unreasonable things here" der

Organisation Human Rights Watch vom 5. September 2017 weist darauf hin. Neben diesen Folterungen sowie inoffiziellen Tötungen wurde auch der Mord an Giulio Regeni, einem italienischen Doktoranden, nie aufgeklärt. Regeni verschwand im Januar 2016 und wurde einige Tage später tot aufgefunden, mit eindeutigen Foltermalen und multiplen Knochenbrüchen. Dieser Fall repräsentiert Hunderte von ÄgypterInnen, die dasselbe Schicksal teilten oder immer noch erleiden (vgl. Völkel/ Kubbara 2017).

Das Al-Sisi-Regime, das seine innenpolitische Repressionspolitik ausbaute, zielte darauf ab, die Fortsetzung der sozialrevolutionären Bewegung von 2011 zu verhindern, indem es die Aktivitäten fast aller Oppositionsgruppen im Land verbot. Darüber hinaus setzte man Einschränkungen, zum Beispiel im Medienbereich. Das Fernsehen und Teile der sozialen Medien wurden nun auch von Geheimdiensten kontrolliert. Viele InhaberInnen von Social Media-Konten wurden wegen Anti-Al-Sisi-Aktionen verhaftet und lange Zeit im Gefängnis festgehalten. Das Al-Sisi Regime etablierte eine starke Zensur und Medienkontrolle (vgl. Sinmaz 2016: 5-9). Ahmed Musa, ein bekannter Journalist und Fernsehmoderator des Landes, gab in einer Live-Sendung zu, dass er das sage, was die ägyptische Armee von ihm verlange. JournalistInnen konnten ohne staatliche Kontrolle nicht mehr arbeiten, viele wurden inhaftiert, mehr als 100 journalistische Webseiten wurden blockiert, wie z.B. das Nahost-Dialog-Portal www.qantara.de der Deutschen Welle. AkteurInnen der Zivilgesellschaft standen unter dem Druck der Regierung, insbesondere im Bereich der Menschenrechtsarbeit (vgl. Völkel/ Kubbara 2017):

„Hinzu kommt ein Konflikt zwischen der autoritären Regierung und liberalen Oppositionellen, darunter Studierende und Journalisten, aber auch organisierte Fußballfans und streikende Gewerkschaftsmitglieder. Etliche werden systematisch drangsaliert und aufgrund ihrer politischen Forderungen bedroht. Zum Beispiel wurde der Menschenrechtsanwalt Khaled Ali, ein potenzieller Herausforderer al-Sisis bei den für 2018 angesetzten Präsidentschaftswahlen, im September 2017 zu drei Monaten Gefängnisstrafe wegen "Erregung öffentlichen Ärgernisses" verurteilt. Er kann damit nicht bei den nächsten Wahlen kandidieren.“ (Völkel/Kubbara 2017: 2).

Neben dieser Repressionsmaßnahmen setzte das Al-Sisi-Regime auch Maßnahmen im Wirtschaftsbereich. Jene Gesetze, welche das Machtmonopol der Eliten wie zum Beispiel der Armee bedroht hätten, wurden zurückgenommen oder ad acta gelegt. Die Armeeingehörigen konnten Baugrundstücke leichter erlangen, es wurde ihnen bei öffentlichen Ausschreibungen Priorität gegeben und sie konnten Nahrungsmittel umverteilen, unter Berufung auf Notstandsgesetzen (vgl. Sinmaz 2016: 27). Unter der Al-Sisi Regierung wurde zum Beispiel beobachtet, dass seit 2013 die Bautätigkeit der Armee deutlich gestiegen war. In diesem Jahr

sollen mehr als eine Milliarde Dollar an öffentlichen Infrastrukturprojekten an Militärs vergeben worden sein, ohne dass eine Ausschreibung erfolgte. Die Regierung hatte sich zu mehreren Großprojekten entschlossen, wie der Planung der Hochgeschwindigkeitsbahnlinie und dem Ausbau der Infrastruktur am Standort für das erste Atomkraftwerk des Landes, wobei stets Ingenieure der Armee mit der Planung, beauftragt wurde (vgl. ebd.: 3). In der Vergangenheit konnte beobachtet werden, dass große Bauprojekte häufig die Bedürfnisse der Bevölkerung umgingen. Hinsichtlich eines erheblichen Leerstands bei Wohnungen im Luxusbereich stellt sich die Frage, ob das Land wirklich eine Million von neuen Wohneinheiten benötigt, welche von der Mehrheit der Bevölkerung nicht genutzt werden kann.

Während diese Projekte realisiert wurden, nutzte Al-Sisi die Unterstützung von Interessengruppen, um die alten Eliten im Rahmen ihrer Entwicklungspläne zu stärken. Diese Pläne beinhalteten jedoch keine echten Reformen, weshalb sich die prekären Lebensbedingungen Ägyptens nicht änderten. Das bedeutete aber, dass Proteste erneut auftreten könnten, weshalb wiederum Zensur und Kontrolle verstärkt wurden.

Weiter war Ägypten bei westlichen Verbündeten hoch verschuldet (vgl. Roll 2014: 3 f.) Aus diesem Grund versuchte man mit dem Suezkanal-Projekt die ägyptische Wirtschaft zu stärken. Das Suezkanal-Projekt, das die Region zu einem bedeutenden Logistikstandort und Schwerindustriezentrum machen sollte, wurde während der Präsidentschaft von Mursi entwickelt, aber dieser hatte keine Gelegenheit, das Projekt umzusetzen. Auch Al-Sisi wollte dieses Projekt umsetzen (vgl. Sinmaz 2016: 27). Das Megaprojekt, das unter Führung der Armee fertiggestellt wurde, wurde mit Hilfe von Volksanleihen finanziert, an denen sich auch Angehörige der Mittelschicht beteiligten (vgl. Clasmann 2016: 150). Diese Verbindung öffnete den Kanal für größere Schiffe.

„Ein zweites Großprojekt betrifft die "Neue Hauptstadt", die – errichtet in der Wüste zwischen Kairo und dem Suezkanal – internationale Investoren anlocken soll. Kritiker verweisen bei beiden Projekten auf die exorbitanten Kosten (geschätzte 8 bzw. 45 Milliarden US-Dollar) und bemängeln, dass vor allem die militärischen Bau- und Verwaltungsfirmen von den Projekten profitieren würden, nicht aber die freie Wirtschaft. Während die Regierung stolz diese Vorzeigeprojekte präsentiert, sind Millionen von Ägyptern wirtschaftlich ausgegrenzt und leben unter der Armutsgrenze.“ (Völkel/Kubbara 2017: 2)

Milliarden Dollar, die für dieses Projekt ausgegeben wurden, wurden verschwendet, was die ohnehin ungünstige ägyptische Wirtschaftslage erneut belastete (vgl. Sinmaz 2016: 27).

Darüber hinaus gerieten viele Angehörige der Mittelschicht weiter unter Druck (vgl. Clasmann 2016: 150).

Zusammenfassend kann man die wirtschaftlichen Probleme von Ägypten wie folgt beschreiben: Der Verbrauch hielt an, aber die Produktion war auf sehr niedrigem Niveau. Die Importe waren dreimal so hoch wie die Exporte, deshalb stieg das Leistungsbilanzdefizit. Es konnten lediglich jährliche Einsparungen von 5% des BIP erzielt werden (vgl. Sinmaz 2016: 28). Al-Sisi konnte das Land nicht auf einen wirtschaftlich positiven Weg bringen, obwohl er Milliarden Dollar aus verschiedenen Ländern, wirtschaftliche Hilfe und politische Unterstützung erhielt (vgl. Sinmaz 2016: 1).

Der Sturz Mubaraks im Jahr 2011 und der Putsch gegen Mursi im Jahr 2013 verschlechterte sich die ohnehin sehr angespannte wirtschaftliche Situation Ägyptens. Das Land konnte sich nicht wirtschaftlich entwickeln und ca. ein Drittel der Bevölkerung lebte unterhalb der Armutsgrenze. Nach den Wahlen machte Al-Sisi viele Versprechungen für die wirtschaftliche Entwicklung und wollte diese zum Mittelpunkt seiner Präsidentschaft machen. Er erreichte im Jahr 2017 ein moderates Wirtschaftswachstum von 4,1 Prozent, dieses lag jedoch deutlich unter einem Wachstum von 7,1 Prozent, wie noch vor einem Jahrzehnt. Daneben wurde es durch das gleichzeitige Bevölkerungswachstums von 2 Prozent beträchtlich in Frage stellt (vgl. Fürtig 2018: 3).

Außer wirtschaftlichen Problemen blieb auch das Terror-Problem in der Zeit der al-Sisi-Regierung bestehen. Trotz der Ausweitung der Sicherheitskräfte unter Al-Sisi war die Bedrohung durch Terroranschläge nicht geringer geworden. 28 KirchenbesucherInnen erlagen einem Selbstmordattentat am 11. Dezember 2016 in der St.-Peter-und-Paul-Kirche in Kairo, am 9. April 2017 wurden in der St.-Georg-Kirche in Tanta und in der St.-Markus-Kathedrale weitere ChristInnen während des Gottesdienstes von islamistischen TerroristInnen ermordet. In allen drei Fällen hat die Terrororganisation IS die Verantwortung dafür übernommen. Die Regierung erklärte den Notstand für das gesamte Land, dieser wurde am 12. Oktober 2017 um drei Monate verlängert. Die Strategie der Regierung hatte es offensichtlich nicht geschafft, die öffentliche Unsicherheit durch Massenrepressionen zu stoppen.

Die Regierung ignorierte die Möglichkeit einer der wirksamen Gewaltprävention, beispielsweise basierend auf sozialer und politischer Partizipation und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung (vgl. Völkel/ Kubbara 2017). Im Gegenteil, der Präsident setzte die Terroranschläge des „Islamischen Staats“ (IS) zu seinem eigenen Vorteil ein. Er stellte

sich als Bekämpfer von Terrorismus und Krieger gegen den militanten Islamismus dar, sowohl im Inland als auch im Ausland. Er nutzte die Terroranschläge als Trumpf sowohl gegen reale als auch gegen vermeintliche Gegner (vgl. Fürtig 2018: 4). Je mehr demokratische Grundrechte jedoch im tatsächlichen oder vermeintlichen Kampf gegen den Terrorismus ignorieren werden, umso kann die gesamte Region wieder aus dem Gleichgewicht geraten (vgl. Völkel 2018: 13).

Das auffälligste Merkmal, das Ägypten von Tunesien unterschied, war die Existenz von inneren und externen AkteurInnen in Ägypten und ihre Unvereinbarkeit, die auch einen wichtigen Grund für den Misserfolg der sozialrevolutionären Bewegung in Ägypten darstellt.

Externe AkteurInnen waren besorgt um die Sicherheitslage in der Region und in Europa:

„Internationale Akteure, wie die EU oder die USA, appellieren zwar an die Regierung, Demokratie und Menschenrechte zu wahren, setzen tatsächlich aber eher auf die Stärkung des Regimes, um eine befürchtete weitere Destabilisierung der Region zu verhindern. Auch das Interesse an einer wirksamen Eindämmung der irregulären Migration über das Mittelmeer spielt eine Rolle. Schließlich sehen sich die westlichen Staaten den verstärkten Ambitionen rivalisierender Mächte gegenüber. Ein Beispiel ist Russland, das ohne nach Demokratie zu fragen in Ägypten investiert und auch die militärische Zusammenarbeit ausbauen will.“ (Völkel/Kubbara 2017: 3).

Bei den internen AkteurInnen konnten drei Gruppen ausgemacht werden. Die erste Gruppe bestand aus der Armee, Geschäftsleuten, Medien, Justiz und die Bürokratie des ehemaligen Regimes, die den Putsch gegen Mursi unterstützten. Die zweite Gruppe waren islamische politische Gruppen, welche gegen das Mubarak-Regime demonstrierten, wobei diese vor allem durch die gut aufgestellte Muslimbruderschaft getragen wurden. Die dritte Gruppe bestand aus liberalen, säkularen oder sozialistischen AkteurInnen, die auf die Verwirklichung der Revolution und ihrer sozialen und radikalen Transformation abzielten.

Ein wesentliches Hindernis für den Erfolg der sozialrevolutionären Bewegung in Ägypten war der Konflikt zwischen liberalen Gruppen und der Bewegung der Muslimbrüder. Es wurde in diesem Land die Revolution sowie eine vollständige Transformation verhindert, weil diese Gruppen sich nicht auf einem gemeinsamen Nenner einigen konnten (vgl. Telci 2017: 61 f.). Hinzukam, dass äußere AkteurInnen, wie die USA oder Saudi-Arabien, Al-Sisi unterstützten, da sie ein Erstarken islamistischer Bewegungen in Ägypten fürchteten und die neue Nahost Politik Mursis ablehnten (vgl. ebd.:14-21). Nach seinem Sturz im Juli 2013 wurde er in Haft gehalten, obwohl er mit der ersten demokratischen Abstimmung in Ägypten gewählt wurde. Am 17. Juni 2019 starb Mohammed Mursi nach einer Anhörung im Gericht.

Nachdem Präsident Mursi gestürzt wurde, übernahm das Militär die Macht (vgl. Roll 2013: 27) und führte den Staat in einer autokratischen Herrschaft. Am 2. April 2018 gewann Al- Sisi mit 97% der Stimmen die Präsidentschaftswahlen für eine zweite Amtszeit. Danach hätte er die Verfassung für eine lebenslange Präsidentschaft ändern können, aber Konkurrenz innerhalb des Militärs verhindert dies (vgl. Fürtig 2018: 4).

Wenn man von Beginn der ersten Amtszeit von Al-Sisi bis heute zurückblickt, kann man feststellen, wohin sich die Präsidentschaft al-Sisis entwickelte. Ägyptens Führung war zu dem seit 1952 ausgeübten autoritären Verhalten zurückgekehrt, und das Militär arbeitet kontinuierlich daran, seine beherrschende Stellung im Staat zu festigen. Von den 27 Gouverneuren sind 19 ehemalige Generäle und die verbleibenden acht Zivilgouverneure müssen Generäle als Stellvertreter akzeptieren (Marshall 2015: 18 Fürtig 2018: 7). Aus diesem Grund kann man verstehen, dass die sozialrevolutionäre Bewegung nicht erfolgreich war. Eher könnte sich etwas ändern, wenn die Machstellung des Militärs und der Sicherheitsdienste gegenüber der zivilen Elite zu groß wird und sich die Armee nicht länger hinter der zivilen Elite verstecken kann, um ihre eigene Bevölkerung unterzudrücken. Das System erhöht seine Verwundbarkeit, wenn es beginnt, in seinen Reihen zu konkurrieren (vgl. Fürtig 2018: 7).

6 FAZIT

Wenn man die Bewegungen in Tunesien und in Ägypten betrachtet, so zeigt sich, dass in beiden Fällen eine starke Protestbewegung entstand. Dennoch entwickelte sich in beiden Staaten keine eigenständige Dynamik, sondern die Bewegung zerfiel sehr schnell in kleine Splittergruppen.

In Ägypten gewann die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei die ersten freien Wahlen mit über 47% der Stimmen und Mohammed Mursi gewann die Präsidentschaftswahl (vgl. Büchs 2012: 1; Kurt 2017: 94-98). Beide, die Partei so wie Mursi selbst, sind Teil der Muslimbruderschaft. Die Proteste in Ägypten wurden, wie in Tunesien, von jungen Menschen getragen, welche eine Verbesserung der sozio-ökonomischen Position forderten, wobei in Ägypten nur eine gemeinsame Forderung artikuliert wurde: Mubarak sollte gehen. Es handelte sich daher um eine Protestbewegung, keine soziale Bewegung im engeren Sinne. Eine andere sozial-revolutionäre Bewegung lässt sich jedoch in Ägypten feststellen, die Muslimbruderschaft. Diese erfüllte alle Aspekte einer sozialen Bewegung nach Raschke (1987):

1. eine lange Kontinuität
2. kollektives Handeln
3. zielgerichtet
4. hohe symbolische Identifikation

Diese Bewegung war es auch, welche den Umbruch in Ägypten ausnutzte, um sich selbst als stärkste Partei im neuen Parlament zu etablieren und die Präsidentschaftswahl für sich zu entscheiden. Revolutionär war die Bewegung in dem Sinn, dass sie den Staat nach ihren eigenen Vorstellungen umbauen wollte (vgl. Telci 2017: 101-102). Das Ziel war, eine neue Verfassung zu verabschieden, welche eine engere Anbindung der Gesellschaft an den Islam vorsah, sowie eine Stärkung des Parlaments, unter Zurückdrängung des Militärs.

Hier scheiterte auch die schnelle Reform, welche die Muslimbrüder angestrebt hatten, das Militär ließ sich nicht entmachten und reagierte mit einem Putsch (vgl. ebd.). Das Militär in Ägypten konnte auch dadurch so erfolgreich sein, da der Rückhalt Mursis und der Muslimbrüder in Ägypten schwach war, ihr Vorgehen zu übereilt, und sie auch de facto keine Einbindung anderer AkteurInnen der Tahrir-Demonstrationen vornahmen. Die ägyptische Revolution blieb aus, es entstand keine breite Zivilgesellschaft und ein autoritäres System wurde durch ein anderes autoritäres System ersetzt. Im Grunde genommen ist daher von keiner sozialen Bewegung in Ägypten zu sprechen und die Tahrir-Demonstrationen waren

auch nicht sozial-revolutionär. Lediglich die Muslimbrüder agierten als Gruppe und Bewegung, scheiterten jedoch am Widerstand des alten Systems. Faktum ist, dass die Revolution in Ägypten an sich selbst scheiterte.

In Tunesien fällt eine Klassifizierung der Ereignisse nicht so negativ aus und man kann durchaus von einer Revolution sprechen. Das System Ben Alis wurde ersetzt durch ein neues demokratisches System, welches auf dem System der liberalen Demokratie basiert. Was war anders gekommen als in Ägypten? In Tunesien wurde anders als in Ägypten die Verfassung nicht von der Armee diktiert. Diese wollte zwar die RCD, Ben Alis Partei, stärken, doch die Bevölkerung reagierte mit neuen Protesten gegen die Armee, das Ziel hier war es nicht eine Person zu ersetzen, sondern die Armee aus der Politik zurückzudrängen (vgl. Schmid 2011). Sobald alte Eliten wieder an die Macht kamen, wurden neue Demonstrationen organisiert. Die Kontinuität der Demonstrationen und die klaren Forderungen der DemonstrantInnen nach einer Demokratisierung lassen Charakteristika einer sozialen Bewegung erkennen, welche das System radikal ändern wollte, ergo handelt es sich um eine sozial-revolutionäre Bewegung.

Die Partei Ben Alis wurde von der Übergangsregierung verboten, die Armee wurde aus der Politik gedrängt, d.h. dass innerhalb weniger Monate ein totaler Regime-Wechsel stattfand. Das neue Regime wollte bzw. konnte nicht die alten Strukturen einfach neu besetzen, sondern ließ sofort eine verfassungsgebende Versammlung wählen. Diese basierte auf einem Plebiszit, war ergo auch nicht verankert in den Strukturen Ben Alis oder seiner Unterstützer. Die ersten freien Wahlen brachten eine gemäßigt-islamistische Partei an die Macht, mit etwa 37% der Stimmen und eine linke Partei mit etwa 27% der Stimmen, damit war ein demokratisches Regime installiert. Die neue Verfassung aus dem Jahr 2014 schaffte alle Elemente der Einparteienherrschaft ab. Neue Regierungen in Tunesien gingen stets mit Druck und auch Gewalt gegen salafistische, anti-liberale Gruppen vor. 2016 wurde erneut gewählt, ein demokratischer Regime-Wechsel war die Folge, womit die Transformation grundlegend geschafft war. Die alten Eliten waren nicht mehr an der Macht als die Wahlen 2016 stattfanden. Die Proteste in Tunesien hatten sich demnach tatsächlich zu einer sozial-revolutionären Bewegung entwickelt, welche in Parteien überging, die jedoch alle einen demokratischen Regime-Wechsel anstrebten.

Ein wichtiger Aspekt, der die Bewegung in Tunesien von jener in Ägypten unterschied, war, dass die Proteste in Tunesien von organisierten Oppositionsgruppen getragen wurden, welche

alle ein Ziel verfolgten. Dadurch kam es auch zum Regime-Wechsel und letzten Endes zu einer Transformation.

Ein weiterer Aspekt war, dass in Tunesien die formale Bildung besser war als in Ägypten, was wiederum, im Einklang mit gängigen Transformationstheorien, eine Transformation zu einem demokratischen Regime begünstigte. Außerdem war die ethnische Zusammensetzung Tunesiens deutlich homogener und auch religiöse Minderheiten waren de facto nicht vorhanden, lediglich 1% der Bevölkerung gehören nicht dem sunnitischen Islam an. Außerdem war Tunesien nach der Dekolonisation kurzfristig ein demokratischer Staat und jeher eng mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich verbunden.

Der Erfolg bzw. Misserfolg in Tunesien und Ägypten war daher auf innere Mechanismen zurückzuführen gewesen, wobei auch äußere Faktoren nicht gänzlich außer Acht gelassen werden dürfen. Vor allem in Ägypten zeigte sich die Bedeutung geopolitischer Überlegungen. Die Regierung Al-Sisi wurde von Verbündeten, wie den USA, aktiv gestützt. Die Gründe hierfür waren klarerweise in der Lage am Suezkanal zu suchen, wie auch in der Rolle die Al-Sisi gegen den IS am Sinai spielte, sowie die Ankündigungen Mursis, Grenzübergänge zum Gazastreifen zu öffnen. Dies führte dazu, dass er schnell von westlichen Verbündeten fallengelassen wurde. Weiter wurde der Muslimbruderschaft nachgesagt, dass sie dem Islamismus nahestehe. Die geopolitische Bedeutung Ägyptens dürfte daher wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Re-Etablierung eines autoritären Regimes, mit den damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen, geduldet wurde.

In Tunesien distanzierte sich die islamisch-konservative Partei sofort von salafistischen Kräften und unterdrückte diese. In diesem Sinne wurde kritischer über reaktionäre Kräfte berichtet, welche von westlichen Staaten generell abgelehnt werden. Faktum ist aber auch, dass Tunesien weder über nennenswerte Ressourcen noch über geopolitischen Einfluss verfügte und daher weniger im Fokus geopolitischer Interessen stand.

In Summe zeigt sich also, dass in Tunesien eine sozial-revolutionäre Bewegung aus der Protestbewegung entstand. In Ägypten wiederum handelte es sich um eine Protestbewegung, welche von der sozial-revolutionären Bewegung der Muslimbrüder instrumentalisiert wurde. Diese erzielte jedoch keinen Konsens mit den alten Eliten oder der liberalen Anti-Mubarak Opposition und wurde auch nicht international gestützt.

ABSTRACT

6.1 Abstract

Der arabische Frühling 2011 hat radikale Umwälzungen in der politischen und gesellschaftlichen Struktur des Nahen Ostens ausgelöst. Das Ziel dieser Masterarbeit ist es herauszuarbeiten, ob es sich bei den Bewegungen in Ägypten und Tunesien um sozialrevolutionäre Bewegungen handelt oder nicht. Hierzu wurde die Theorie sozialer Bewegungen nach Raschke und Brand verwendet, um herauszuarbeiten, ob die Proteste soziale Bewegungen oder sozialrevolutionäre Bewegungen waren. Weiter wird ausgehend von Transformationstheorien untersucht, wie die Proteste zu klassifizieren sind, als Transformation oder als reiner Regime-Wechsel.

Dabei vertrete ich die These, dass die Bewegung in Tunesien als sozialrevolutionäre Bewegung zu betrachten ist. Die Proteste in Ägypten sind als Umsturz und gescheiterte Transformation zu betrachten, die Muslimbruderschaft, versuchte die Bewegungen zu nutzen, schaffte es jedoch nicht eine breite Allianz unter den sozialen Kräften der sozialrevolutionären Bewegung in Ägypten zu schaffen. Es wird daher argumentiert, dass Tunesien eine erfolgreiche Transformation darstellt, während Ägypten einen Regime-Wechsel erlebte ohne jedoch einen Systemwechsel zu erlangen.

6.2 Abstract

The Arab spring in 2011 changed the political and societal shape of the Middle East. The aim of this master thesis is to investigate whether or not the movements in Egypt and Tunisia classify as social-revolutionary movements or protests only. Classification of the respective movements were undertaken in accordance with social movement theories as proposed by Raschke and Brand. Additionally, transformation theories were applied, and according to those the developments in both countries were investigated to find out whether system transformation did indeed happen or whether regimes were exchanged only.

I will argue that the movement in Tunisia does classify as a social-revolutionary movement, whereas the movement in Egypt does not classify as such. The developments in Egypt are described as a mere regime change and a failed transformation. The Muslim Brotherhood, who took leadership after president Mubarak was ousted, did not manage to forge consensus among the different actors of the social-revolutionary movement. Hence, it is argued that the movement in Tunisia constitutes a real transformation while Egypt's experience is a regime change.

7 LITERATURVERZEICHNIS

7.1 Monographien und Sammelbände

AXTMANN, Dirk (2007): Reform autoritärer Herrschaft in Nordafrika. Verfassungs- und Wahlrechtsreformen in Algerien, Tunesien und Marokko zwischen 1988 und 2004. 1. Aufl., Deutscher Universitäts- Verlag, Wiesbaden

BRAND, Karl-Werner (1987): Kontinuität und Diskontinuität in den neuen sozialen Bewegungen. In: Roth, Roland/ Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

CLASMANN, Anne-Beatrice (2016): Der arabische (Alb-) Traum. Aufstand ohne Ziel. 2. Aufl., Passagen Verlag, Wien

CIMEN, Ali (2011): Tarihi Değiřtiren Diktatörler. Timas Verlag, Istanbul

GERLACH, Julia (2016): Der verpasste Frühling. Woran die Arabellion gescheitert ist. 1. Aufl., Links Verlag, Berlin

HAKTANIR, Handan (2010): Bir Avuç Mısır. 1. Aufl., Rüstem Verlag, Nikosia

JELLOUN, Tahar Ben (2013): Arabischer Frühling; Vom Wiedererlangen arabischen Würde. 6. Aufl., Berlin Verlag, Berlin

KELSEN, Hans (1966): Allgemeine Staatslehre. Bad Hamburg v.d. Höhe/ Berlin/Zürich (Neudruck der 1. Aufl., Berlin/Heidelberg/New York 1925)

KERN, Thomas (2008): Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen. 1. Aufl., VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

KISLAKCI, Turan (2013): Arap Bahari. 4. Aufl., Enes Verlag, Istanbul

KREISKY, Eva (2012): "Durch die Wüste der Abstraktion"? Begriffs- und Theoriearbeit in der Politikforschung. In: Kreisky, Eva/ Löffler, Marion/ Spitaler, Georg (Hrsg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft, S. 21-32, Facultas WUV, Wien

KURT, Veysel (2017): Ortadoğu'da Ordu ve Siyaset. 2. Verlag, Turkuvaz Verlag, Istanbul

- LINDNER, Clausjohann (1972): Theorie der Revolution. Ein Beitrag zur verhaltenstheoretischen Soziologie. Das wissenschaftliche Taschenbuch. 1. Aufl., Wilhelm Goldmann Verlag, München
- LÜDERS, Michael (2011): Tage des Zorns. Die arabische Revolution verändert die Welt. 1. Aufl., C.H. Beck Verlag, München
- LUHMANN, Niklas (1996): Protest. System Theorie und soziale Bewegungen. 1. Aufl., Suhrkamp, Frankfurt am Main
- MANSFIELD, Peter (2010): A History of the Middle East. , Penguin, London
- MERKEL, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empire der Transformationsforschung. 1. Aufl., Leske + Budrich Verlag, Opladen
- MERKEL, Wolfgang (2003). Demokratie in Asien. Ein Kontinent zwischen Diktatur und Demokratie. 1 Aufl., Dietz Verlag, Bonn
- MERKEL, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Lehrbuch. 2. Aufl., VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- MERKEL, Wolfgang/ PUHLE, Hans-Jürgen/ CROISSANT, Aurel/ EICHER, Claudia/ THIERY, Peter (2003): Defekte Demokratie. Bd. 1, 1. Aufl., VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- MEYER, Thomas (2009): Eingebettete Demokratie. In: Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung, S. 226-230. Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- NEUNERT, Gregor (2011): Das Großreich Ägypten. In: Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Hofbauer, Martin/ Loch, Thorsten (Hrsg.): Wegweiser zur Geschichte. Nordafrika. Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn
- NORDHAUSEN, Frank/ SCHMID, Thomas (2011): Die Rebellion des jugendlichen Mittelstandes. In: Nordhausen, Frank/ Schmid, Thomas (Hrsg.): Die arabische Revolution. Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf. 1. Aufl., Christoph Links Verlag, Berlin
- NOVER, Sabine Ursula (2008): Protest und Engagement. Wohin steuert unsere Protestkultur. Dortmund. Dissertation

- OKUMUS, Fatih (2015): Islami Hareketin iktidar deneyimi: Tunus ve Misir. 1. Aufl., Mana Verlag, Istanbul
- PERTHES, Volker (2011): Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen. 1. Aufl., Pantheon Verlag, Berlin
- RASCHKE, Joachim (1987): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt, New York
- RUF, Werner Klaus (1969): Der Burgibismus und die Außenpolitik des unabhängigen Tunesien. Bd. 1, Bertelsmann Universitätsverlag, Bielefeld
- SANDSCHNEIDER, Eberhard (1994): Systemtheoretische Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemtransformation 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen. Leske + Budrich, Opladen
- SCHMID, Thomas (2011): Tunesien: Die Jasmin- Revolution. In: Nordhausen, Frank/ Schmid, Thomas (Hrsg.): Die arabische Revolution. Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf. 1. Aufl., Christoph Links Verlag, Berlin
- SCHUMACHER, Juliane/ GABY, Osman (2012): Tahrir und kein Zurück. Ägypten, die Bewegung und der Kampf um die Revolution. 1. Aufl., Unrast-Verlag, Münster
- SCHLUMBERGER, Oliver / KREITMEYR, Nadine / MATZKE, Torsten (2013): Arabische Revolten und politische Herrschaft: Wie überlebensfähig sind Autokratien im Vorderen Orient? In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen. Springer VS, Duisburg
- SCHULZE, Reinhard (2011): Neubestimmungen: Von der alten Ordnung und der islamischen Gesellschaftsutopie zum sozialen Umbruch (1985-2011). In: Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Hofbauer, Martin/ Loch, Thorsten (Hrsg.): Wegweiser zur Geschichte. Nordafrika. Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn
- TADROS, Sherine (2011): Freitagsgebet auf dem Tahrirplatz in Kairo. S. 7. In: Arabische Welt. Ölscheichs, Blogger, Muslimbrüder. Edition Le Monde diplomatique Nr.: 11/ 2012, Deutsche Ausgabe Le Monde diplomatique, taz Verlag, Berlin
- TELCİ, İsmail Numan (2017): Misir. Devrim ve Karsi Devrim. 1. Aufl., Turkuvaz Verlag, Istanbul

WASSMUND, Hans (1978): Revolutionstheorien. 1. Aufl., Verlag C. H. Beck, München

7.2 E-Books

ALVAREZ-OSSORIO, Ignacio (2016): Civil Society and Political Change in Contemporary Egypt. In: Çakmak, Cenap (Hrsg.): The Arab Spring, Civil Society and Innovative Activism. Springer Verlag, Eskisehir. Online unter: https://www.academia.edu/37608365/The_Arab_Spring_Civil_Society_and_Innovative_Activism [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

LINZ, Juan José (2003): Totalitäre und autoritäre Regime. In Krämer, Raimund (Hrsg.). Potsdamer Textbücher. Bd. 4, Berliner Debatte Wiss.-Verlag, Berlin. Online unter: <https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/4487/file/PTB4.pdf> [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

TEKIN SÜREK, Kamil (2011): Tunus'un ekonomik ve sosyal durumu. In: Yalciner, Mustafa (Hrsg.): Arap Dünyasında Ayaklanma. Evrensel Basim Verlag, Istanbul. Online unter: <https://play.google.com/books/reader?id=4nNUAwAAQBAJ&hl=tr&pg=GBS.PT15> [letzter Zugriff: 15.06.2019]

7.3 Wissenschaftliche Zeitschriften, Arbeitspapiere und Berichte

AHLEMEYER, Heinrich W. (1989): Was ist eine soziale Bewegung? Zur Distinktion und Einheit eines sozialen Phänomens. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 18, Heft 3 (Juni 1989), F. Enke Verlag, Stuttgart. S. 175-191. Online unter: <https://www.degruyter.com/downloadpdf/j/zfsoz.1989.18.issue-3/zfsoz-1989-0301/zfsoz-1989-0301.pdf> [letzter Zugriff: 01.05.2018]

ANGENENDT, Steffen/ Popp, Silvia (2012): Jugendarbeitslosigkeit in nordafrikanischen Ländern. In: SWP-Aktuell, 34 (Juni 2012). Online unter: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A34_adt_pop.pdf [letzter Zugriff: 15. 06. 2019].

AYDIN, Mehmet Zeki (1996): Sosyo kültürel hayat ve egitim açısından bugünkü Tunus. In: Peer Reviewed Journal. Cumhuriyet Üniversitesi İlahiyat Fakültesi Dergisi, Issue 1. S.143-148.

FÜRTIG, Henner (2018): Präsidentenkür in Ägypten: eher Volksabstimmung als Wahl. In: GIGA Focus Nahost, Nr.: 1 (April 2018), ISSN 1862-3611. Online unter: https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_nahost_1801.pdf [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

BÜCHS, Annette (2012): Wahlsieg der Islamisten in Ägypten: Der Aufstieg der Muslimbrüder und der Salafisten. In: GIGA Focus Nahost, Nr.: 1, ISSN:1862-3611. Online unter: https://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_nahost_1201.pdf [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

GÜNAY, Cengiz (2017): Einleitung. In: Dzihic, Vedran/ Gharib, Sherin/ Günay, Cengiz/ PISOIU, Daniela (Hrsg.): Islamismus im Wandel. oiip Arbeitspapier, Nr.: 94 (Juni 2017). Online unter: https://www.oiip.ac.at/fileadmin/Unterlagen/Dateien/Publikationen/Arbeitspapiere/Arbeitspapier_Islamismus_im_Wandel.pdf [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

GÜNAY, Cengiz (2017): Die Muslimbruderschaft in Ägypten In: Dzihic, Vedran/ Gharib, Sherin/ Günay, Cengiz/ PISOIU, Daniela (Hrsg.): Islamismus im Wandel. oiip Arbeitspapier, Nr.: 94 (Juni 2017). Online unter: https://www.oiip.ac.at/fileadmin/Unterlagen/Dateien/Publikationen/Arbeitspapiere/Arbeitspapier_Islamismus_im_Wandel.pdf [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

KOLLMORGEN, Raj (2010): Transformation theory and socio-economic change in Central and Eastern Europe. A conceptual framework. Online unter: http://www.raj-kollmorgen.de/upload/documents/emecon_2010_Kollmorgen.pdf [Letzter Zugriff: 22.06.2019]

LORCH, Jasmin/ RANKO Annette (2016): Salafisten im Maghreb: Politische Ambitionen nach dem „Arabischen Frühling“. In: GIGA Focus Nahost, Nr.: 7, ISSN 1862-3611. https://www.giga-hamburg.de/en/system/files/publications/gf_nahost_1607_0.pdf [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

PABST, Martin (2014): Externe Einflüsse im Arabischen Umbruch und ihr Stellenwert. In: Pabst, Martin/ AIDAILAMI, Said: Der Arabische Umbruch eine Zwischenbilanz. Interne Dynamik und externe Einmischung. Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.). Berichte & Studien 99, München. Online unter: https://www.hss.de/download/publications/Berichte_Studien_99.pdf [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

PROLLIUS, Michael/ SCHNABL, Gunther (2016): Geldpolitik, Arabellion, Flüchtlingskrise, Working Paper, Universität Leipzig, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Nr.: 146, Online unter: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/147498/1/870665197.pdf> [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

ROLL, Stephan (2014): Al-Sisis Entwicklungsvisionen. Großbauprojekte und Herrschaftssicherung in Ägypten. In: SWP- Aktuell, Nr.: 35. Online unter: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A35_rll.pdf [Letzter Zugriff: 15.06.2019].

Roll, Stephan (2013): Ägyptens Unternehmerelite nach Mubarak Machtvoller Akteur zwischen Militär und Muslimbruderschaft. In: SWP- Aktuell, S. 14 (Juli 2013), Berlin. Online unter: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013_S14_rll.pdf [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

RAMMSTEDT, Otthein (1981). Soziale Bewegung, Öffentlichkeit und Legitimität. In W. Schulte (Hrsg.), Soziologie in der Gesellschaft: Referate aus den Veranstaltungen der Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Adhoc-Gruppen und des Berufsverbandes Deutscher Soziologen beim 20. Deutschen Soziologentag in Bremen 1980, S. 319-323, Bremen: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS). Online unter: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/18882/ssoar-1981-rammstedt-soziale_bewegung.pdf?sequence=1 [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

SCHULZE WESSEL, Julia (2014): Revolutionäre Zeiten. Von der „Friedlichen Revolution“ zu den Protesten in der arabischen Welt. Öffentliches Kolloquium, Weiterdenken. Heinrich-Böll-Stiftung. Online unter: http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2014/07/nie_wieder_revolution_sarah_ulrich_0.pdf [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

VÖLKEL, Jan Claudius (2018): Regionalbericht Naher Osten und Nordafrika. In: BTI 2018/ Tyranneika. Online unter: https://www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2018/pdf_regional/BTI_2018_Regionalartikel_MENA_Web.pdf [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

7.4 Weitere Internetquellen

BECK, Martin (2013): Der “Arabische Frühling“ als Herausforderung für die Politikwissenschaft. Kommentar. PSV, 54. Jg. (April 2013). S. 641- 661. Online unter: https://www.pvs.nomos.de/fileadmin/pvs/doc/Aufsatz_PVS_13_04.pdf [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

Demokratiezentrum Wien. Online unter: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/citizenship-konzepte/einfuehrung/staatsbuergerschaft-und-demokratie.html> [letzter Zugriff: 01.05.2018].

Die Presse (2019): Ägypten: Amnesty fordert Untersuchung von Mursis Tod. Online unter: https://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5645892/Aegypten_Amnesty-fordert-Untersuchung-von-Mursis-Tod [Letzter Zugriff: 20.06.2019]

EL DIFRAOUI, Asiem (2011): Die Rolle der neuen Medien im Arabischen Frühling. In: bpb. Online unter: www.bpb.de/system/files/pdf_pdflib/pdflib-52388.pdf [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

GEMEINHARDT-BUSCHHARDT, Konstanze (2009): Illegalität und Macht - Die ägyptische Muslimbruderschaft in den 1980ern und frühen 1990ern. Online unter: https://www.uni-erfurt.de/fileadmin/user-docs/Westasiatische_Geschichte/Muslimbruderschaft.pdf [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

KOCAK, Konur Alp (2012): Yasemin Devrimi’nden “Arap Bahari”na Tunus. In: Yasama Artikel, Nr.:22, S. 22-61. Online unter: http://www.yasader.org/web/yasama_dergisi/2012/sayi22/22-61.pdf [Letzter Zugriff: 15.06.2019].

KOZIEL Rama, 2018: Ägypten, Online unter: <https://www.liportal.de/aegypten/geschichte-staat/> [Letzter Zugriff: 18.06.2019]

OHLE Alexander 2019: Sudan, Online unter: <https://www.liportal.de/sudan/geschichte-staat/#c49950> [Letzter Zugriff: 18.06.2019]

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV): Die ägyptische „Muslimbruderschaft“ (MB). Online unter: <http://www.verfassungsschutz-bw.de/Lde/Startseite/Arbeitsfelder/Muslimbruderschaft+ MB> [Letzter Zugriff: 15.06.2019].

MERSCH, Sarah (2017a): Tunesien. In: LIPortal. Online unter: <https://www.liportal.de/tunesien/geschichte-staat/#layout-header> [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

MERSCH, Sarah (2017b): Tunesien. In: bpb. Online unter: <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/182896/tunesien> [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

MERSCH Sarah (2019): Tunesien <https://www.liportal.de/tunesien/ueberblick/>, [Letzter Zugriff: 18.06.2019]

Republik der Türkei (2011): Tunus'un Siyasi Görünümü. Online unter: <http://www.mfa.gov.tr/tunus-siyasi-gorunumu.tr.mfa> [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

SAIF, Ibrahim (2012): Arabische Führer und westliche Länder. In: bpb. Online unter: <http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/125329/arabische-fuehrer-und-westliche-laender?p=1> [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

SINMAZ, Kadriye (2016): Misir kriz raporu. Bir darbenin Muhasebesi. In: INSAMER. Forschung 29, Naher Osten. Online unter: <https://insamer.com/rsm/files/Misir-Kriz-Raporu-Bir-Darbenin-Muhasebesi.pdf> [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

SMITH, Ben (2016): Egypt under Sisi. In: House of Commons Library. Briefing Paper, Nr.: 7146. Online unter: <http://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/SN07146/SN07146.pdf> [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

THYEN, Kressen (2016): Ursachen und Hintergründe der Krisen und Umbrüche in der arabischen Welt. In: Dossier innerstaatliche Konflikte. Online unter: <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/202360/ursachen-und-hintergruende-der-krisen-und-umbrueche-in-der-arabischen-welt> [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

VÖLKEL, Jan Claudius/ KUBBARA, Ola (2017): Ägypten. In: bpb. Online unter: <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/182905/aegypten> [letzter Zugriff: 20.05.2019]

WAGNER, Neelke (2015): Scheitert der Arabische Frühling? Der Begriff „Arabischer Frühling“ bringt die Hoffnung zum Ausdruck, die sich mit dem Aufstand in Nordafrika und dem Nahen Osten verbindet, gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Was ist davon vier Jahre

später geblieben. In: International. Ein Interview, Nr.: 104, 2 /2015. Online unter:
https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2015-04-01_md-magazin_Werner_Ruf_arabischer_fruehling.pdf [Letzter Zugriff: 15.06.2019]

WERENFELS, Isabelle (2011): Vorreiter Tunesien. In: bpb. Online unter:
www.bpb.de/system/files/pdf_pdflib/pdflib-52388.pdf [Letzter Zugriff: 15.06.2019]